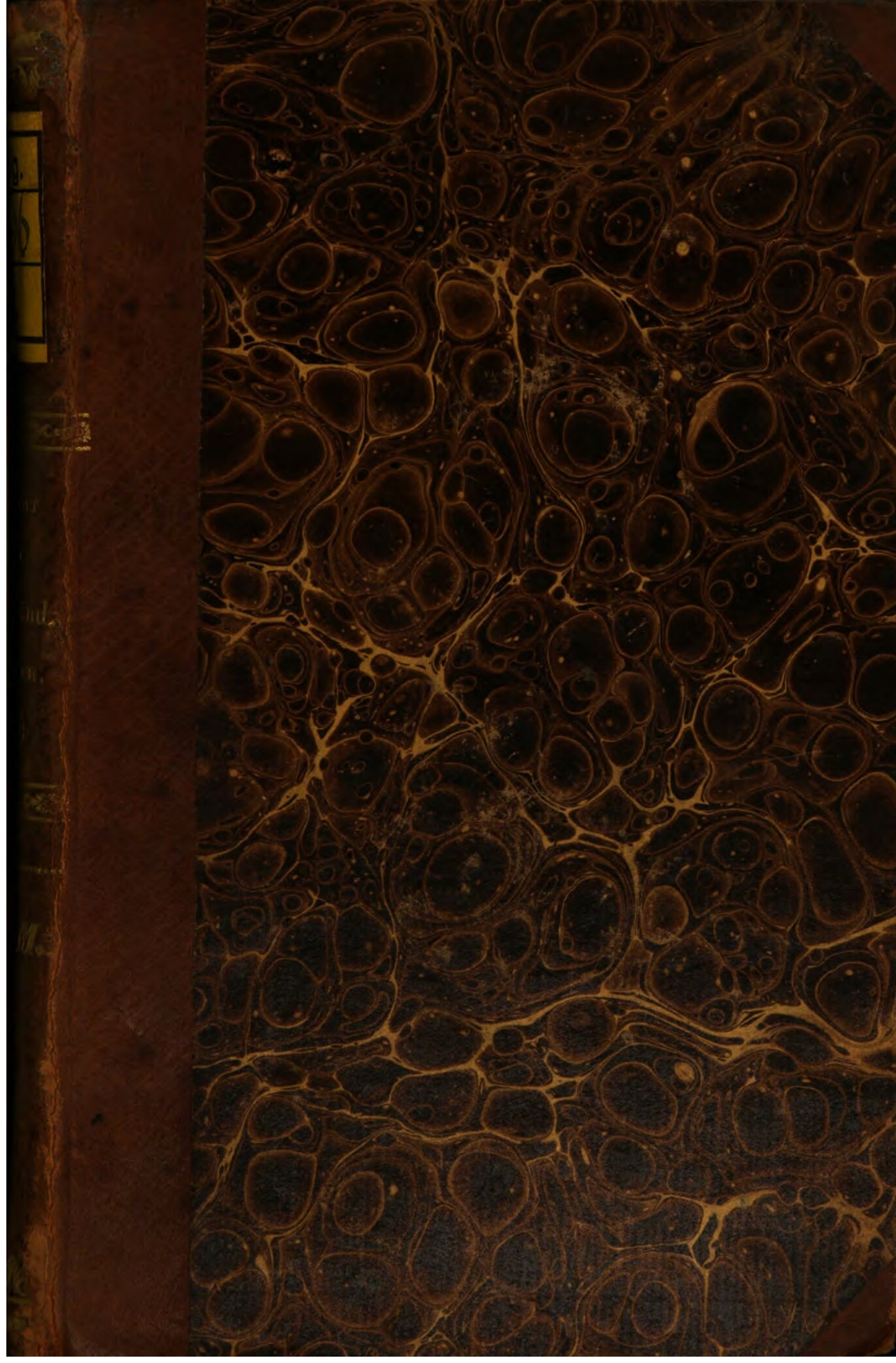
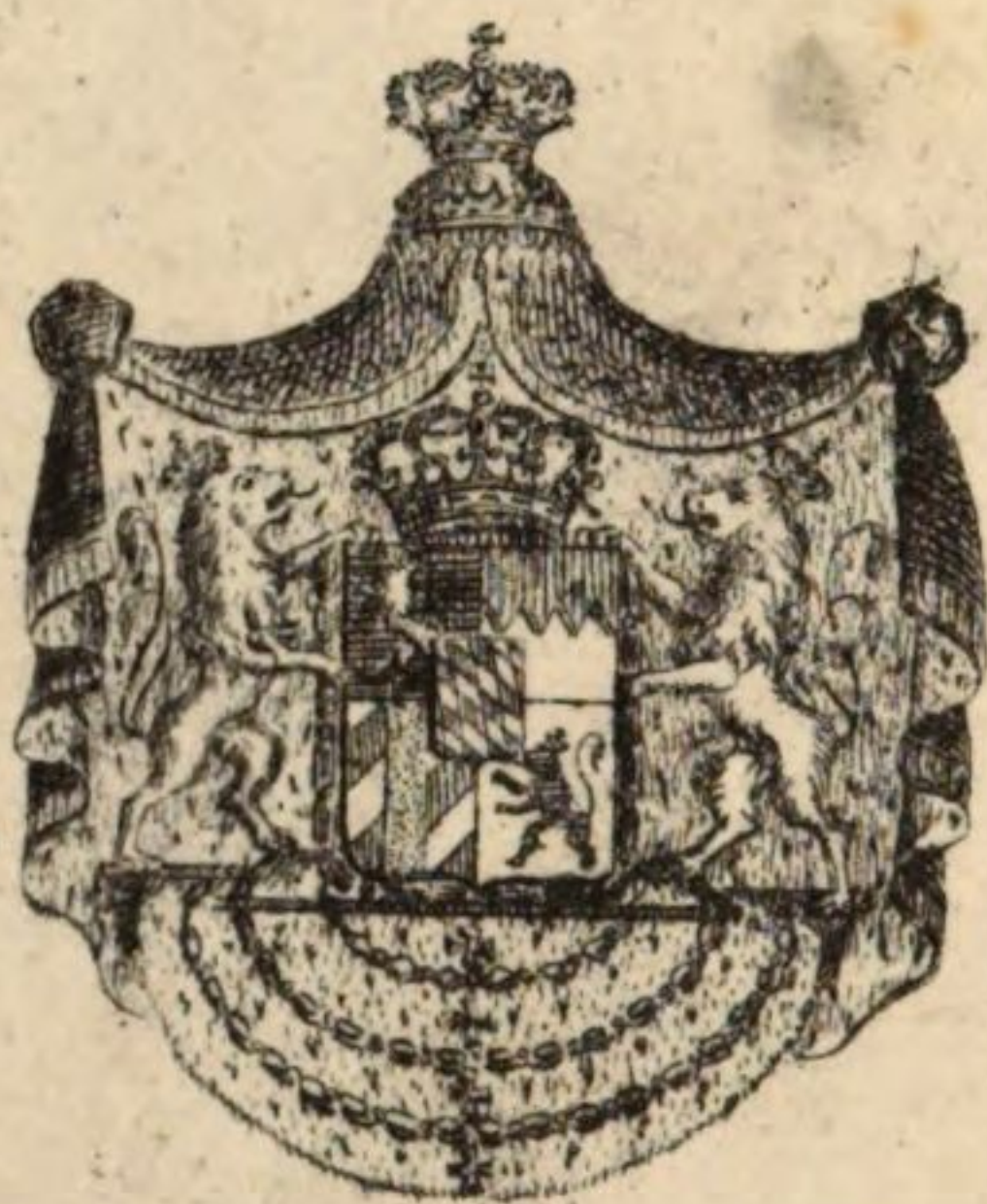




Belg
1969

Osiander



BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Geschichtliche Darstellung
der
niederländischen Finanzen

v o n

Anfange des Jahres 1830 bis Ende
des Jahres 1833.

Mit

einigen Betrachtungen

über das

niederländische Grundgesetz

v o n

M. F. Oslander.

S t u t t g a r t.

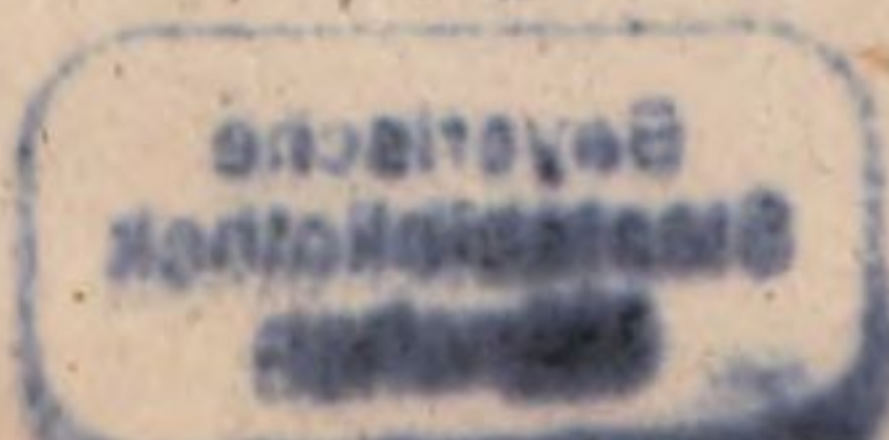
Fr. Brodhag'sche Buchhandlung.

Amsterdam.

Gebrüder Diederichs.

1834.

144.D.



Geschichtliche Darstellung

1844

Die Geschichte der Deutschen

von

Dr. J. G. Müller

Leipzig

Verlag von

Dr. J. G. Müller

Leipzig

Verlag von

Dr. J. G. Müller

Leipzig

Verlag von

Dr. J. G. Müller

Leipzig

Verlag von

Dr. J. G. Müller

Leipzig

Verlag von

Dr. J. G. Müller



V o r r e d e.

Seit unserer vorigen Abhandlung der niederländischen Finanzen ist eine Epoche grosser Weltbegebenheiten eingetreten.

— Kein Staat ward im Laufe derselben tiefer erschüttert, als das Königreich der vereinigten Niederlande, welches wir durch eine Revolution in zwei, einander feindlich gegenüber stehende Theile zerissen sehen, ohne dass an eine Wiedervereinigung derselben zu denken wäre.

— Auf dem kleinern, der Dynastie getreu gebliebenen Theile lastet bis jetzt, bei den ausserordentlichsten, durch einen Kriegszustand gebotenen Anstrengungen,

die ganze Bürde der Staatsschuld, welche schon während der Vereinigung mit Belgien, trotz des tiefsten Friedens, in fortschreitendem Wachsen war. Nothwendig müssen hiedurch ausserordentliche Finanzverhältnisse in dem verkleinerten, neuen Staate entstehen.

Diese, in mancher Hinsicht dunkeln Finanzverhältnisse zu entwickeln und möglichst klar darzustellen, ist das Ziel, welches wir uns vorgesteckt haben. Sowohl die politischen Begebenheiten als die vielfachen, gesteigerten Interessen des Publikum, welche die ausser-

ordentliche Ausbreitung des Handels in Staatspapieren erzeugt, dürften dasselbe genugsam rechtfertigen.

In einigen Fällen, wo der dichte, ein paar geheime Kassen umhüllende Schleier nicht zu lüften war, mussten wir uns auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen beschränken, welche indessen nicht allzu sehr gegen die Wirklichkeit verstossen werden.

Eine geschichtliche Darstellung, von welcher Art sie auch sey, darf sich nicht darauf beschränken, die Begebenheiten zu verzeichnen, sondern sie muss auch

so viel als möglich die Ursachen andeuten, welche denselben zum Grunde liegen. Indem wir diese Pflicht zu erfüllen suchten, wurden wir zu einigen Betrachtungen über das niederländische Grundgesetz geführt, welche, wie wir hoffen, dem Leser nicht unangenehm seyn werden.

Der Verfasser.

Sehr heftig, ja sehr stürmisch waren die Sitzungen der General-Staaten der damals vereinigten nördlichen und südlichen Provinzen, aus welchen die Annahme des zehnjährigen Budgets mit einer Mehrheit von fünfzehn Stimmen, und des einjährigen für 1830 mit einer Mehrheit von einer einzigen Stimme, im December 1829 hervorging.

Mehr als gewöhnliche Mittel wurden angewendet, um ein solches Resultat herbeizuführen.— Um dem Geiste der Unzufriedenheit, welcher in den südlichen Provinzen immer höher zu steigen drohte, entgegen zu arbeiten, ward den General-Staaten in der

Sitzung vom 11. December 1829 eine Regierungsbotschaft überbracht, worin die Verhältnisse des Landes, mit der sorgfältigsten Bedeckung jeder Schattenseite, auseinander gesetzt wurden. Die Verantwortlichkeit der Minister, worauf so stark angedrungen worden, wird darin gewissermassen als eine Ungereimtheit betrachtet, und die Verbesserung des Finanzwesens in dem glänzendsten Lichte dargestellt. Den Beschwerden über die Konflikte, wodurch die Regierung jede gerichtliche Klage der Einwohner gegen eine Behörde wegen Kränkung ihrer Rechte niederschlagen kann, sollte nach Vollendung der Gesetze in Beziehung auf die Organisation des Gerichtswesens (womit man schon von der Wiedergeburt des Staates an beschäftigt war, und noch ist) so viel als möglich abgeholfen werden. Die Botschaft war von einem Entwurfe zu einem sehr strengen Strafgesetze begleitet, welcher jedoch keinen Erfolg gehabt hat.

Die den General-Staaten überreichte Botschaft der Krone genügte indessen dem

Ministerium nicht vollkommen. Der Justiz-Minister erliess daher am folgenden Tage, am 12. December 1829, ein Anschreiben an alle unter ihm stehende Beamte, worin er ihnen ein Exemplar jener Botschaft übermachte, mit der Andeutung, dass der Inhalt derselben ihnen zur strengsten Richtschnur ihres Verhaltens dienen müsste. Sie wurden zugleich aufgefordert, binnen zweimal vier und zwanzig Stunden nach Empfang eine förmliche Erklärung einzusenden, ob der von der Regierung vorgeschlagene Weg ganz mit ihren Einsichten und Gefühlen übereinstimme, widrigenfalls ward ihnen gedroht, dass die Regierung ihnen das in sie gesetzte Vertrauen entziehen werde.

Diese mehr als scharfe, auf einem vielleicht unerhörten Gewissenszwange beruhende Massregel fand eine verschiedene Aufnahme, wie bei der hoch gestiegenen Reibung zwischen den beiden Theilen des Landes zu erwarten war. In den nördlichen Provinzen betrachtete man sie als zweck-

mässig, um den in den südlichen entstandenen revolutionären Grundsätzen entgegen zu wirken, wogegen die schon so grosse Erbitterung gegen den Justizminister in den südlichen Provinzen dadurch noch vermehrt ward.

Selbst mehr als Erstaunen ward indessen durch dieses Verfahren erregt: man fürchtete, wenn das Budget abermals verworfen würde, einen Staatsstreich; und diese Furcht mag dazu beigetragen haben, dem Ministerium jene geringe Mehrheit der Stimmen zu verschaffen.

Nach diesem errungenen, schwierigen Siege war die Regierung augenblicklich einer grossen Verlegenheit überhoben, und es liess sich vor der nächsten Berathung des einjährigen Budgets nicht wohl etwas Wichtiges in den Finanzen erwarten. — Grosse Operationen, wenn auch nicht immer durch die Natur der Sache hervorgerufen, haben aber in der letztern Zeit das niederländische Finanzwesen mehr als jedes andere ausgezeichnet, und diese Neigung mag wohl

zu dem, den General-Staaten in ihrer Sitzung vom 4. März 1830 vorgelegten Gesetzentwurfe, eine Verminderung der Zinsen von den creirten $4\frac{1}{2}\%$ Syndicat-Obligationen betreffend, beigetragen haben. Als Motiv dieses Gesetzentwurfes ward das Sinken des Zinsfusses angegeben. Nach Art. 1. des Entwurfes sollte das Amortissement-Syndikat ermächtigt werden, seine $4\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine nach Beschaffenheit der Umstände einzuziehen und zu vernichten, und dagegen andere zu einem geringern Zinsfusse auszustellen; und nach Art. 2. sollten durch die vorgeschlagene Massregel durchaus keine grössere Verpflichtungen für den Staat erwachsen.

Heftig war der Widerstand, den die vorgeschlagene Massregel in den General-Staaten fand. Derselbe gründete sich unter andern darauf, dass, da für die $4\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine jährliche Auslosungen von einer Million Gulden eingeführt worden, das Interesse der Gläubiger durch eine willkührliche Massregel des Schuldners in Beziehung auf die

Kapitalablösung gekränkt würde; dass im Entwurfe nichts von der Kapitalsumme der neu zu creirenden Schuldscheine erwähnt werde, und daher zu besorgen stände, die Massregel sey allein darauf berechnet, durch eine Vermehrung der Masse von Schuldscheinen grosse Summen Geldes, über deren Verwendung den General-Staaten keine Controlle zusteht, in die geheime Kasse des Amortissement-Syndicates zu stürzen.

So wie der Entwurf vorlag, waren diese Bemerkungen keinesweges ungegründet; denn das Amortissements-Syndikat konnte, ohne die Zinsenbürde zu vermehren, eine grössere Masse von neuen Schuldscheinen zu niedrigeren Zinsen ausgeben, deren Verkauf bei dem damals gesteigerten Stande der Staatspapiere gegen den Nennwerth der alten Obligationen, welche abgelöst und eingezogen werden sollten, einen grossen Ueberschuss in seinen Kassen liess. Man besorgte, dass das Uebel sich alsdann erst

später bei der Ablösung der neuen Schuldscheine empfindlich fühlen lassen würde.

Ueber beides suchte der Finanzminister die General-Staaten durch die Versicherung zu beruhigen, dass die Kapitalsumme der neuen Schuldscheine nur mit 5 % vermehrt werden sollte. — Nach der ministeriellen Angabe handelte es sich von der Verwechslung von 110 Millionen 4 $\frac{1}{2}$ % Syndikat-Obligationen, womit noch 35,000,000 fl., welche die General-Staaten früher für Anleihen für die ostindischen Besitzungen garantirt hatten, sehr künstlich verflochten wurden. Dieses letztere gab zu neuen Bedenklichkeiten bei den General-Staaten Veranlassung. Der grösste Stein des Anstosses lag aber darin, dass das Amortissement-Syndikat mit der Operation beauftragt seyn sollte: ein geheimsinniges Institut, welches zwar in Folge eines Gesetzes besteht, aber eines Gesetzes, welches mit § 121, 123 und 126 des Grundgesetzes in dem grellsten Widerspruche steht, in so ferne es die Controlle der General-Staaten über die

Finanzen zu nichte macht, und daher von jedem denkenden Manne als eine grosse Calamität für den Staat betrachtet wird. Hierüber war der Finanzminister in seiner doppelten Eigenschaft, als Finanzminister und als Präsident des geheimen Amortissement-Syndikates sehr betroffen, und überliess sich den heftigsten Wehklagen und Declamationen. „Er sey vielleicht nicht
„lange genug Minister, erklärte er,
„um bei einer niederländischen
„Seele, die er im Busen trage, kalt-
„blütig anzuhören, wie man Offen-
„herzigkeit durch Misstrauen, gute
„Treue durch Zweifel, und Aufrich-
„tigkeit durch ängstliche Zurück-
„haltung erwiedere, und die rein-
„sten Absichten der Regierung so
„ganz verkenne.*“

Die Erörterung des weitem Laufes der Dinge wird darthun, ob jene Besorgnisse

*) Staatszeitung vom 12. Mai 1830.

der General-Staaten oder die Klagen des Finanzministers gegründet waren.

Mehrere Mitglieder der General - Staaten fürchteten, die Massregel sey zum Theil darauf berechnet, dem Amortissement-Syndikat die nöthigen Mittel zur Einlösung der mit dem 1. October 1830 fälligen, besonders $2\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine, Domainen-Losrenten genannt, zu verschaffen, worauf aber der Finanzminister mit aller Grossmuth erklärte, dass das Institut zu diesem Zwecke keiner so edlen Hülfe bedürfe.

Nach unsern Ansichten entschied in diesem vielfachen Streite ein Streich einer gewissen parlamentarischen Gewandtheit, wodurch schon der vorige niederländische Finanzminister sich so sehr ausgezeichnet hatte; von Seiten des Ministers ward nämlich hoch betheuert: der Hauptzweck der vorgeschlagenen Massregel gehe dahin, die Bürde des schwer belasteten Volkes zu erleichtern, was das ganze Streben der Regierung sey. — So wenig sich nun auch begreifen lassen möchte, wie, wenn der

Staat in den vorhergegangenen 6 Jahren ein theils offenkundiges, theils stilles Deficit von ungefähr 100 Millionen hatte, eine wesentliche Erleichterung der Lasten des Volkes durch eine Zinsenersparniss von einer halben Million Gulden oder auch etwas mehr bei einem Budget von ungefähr 80 Millionen Gulden sich denken lasse, ohne das Finanzwesen auf ein loses Creditsystem zu bauen; so machte doch jene Versicherung des Finanzministers grossen Eindruck auf viele Abgeordnete der südlichen Provinzen, so dass der Gesetzesvorschlag mit 47 gegen 31 Stimmen angenommen, und am 27. Mai 1830 mit der Königlichen Sanction publicirt ward.

Ein Königlicher Beschluss vom 1. Juny 1830 enthält nähere Bestimmungen, die Creirung von 152,250,000 fl. $3\frac{1}{2}\%$ neuer Schuldscheine des Amortissement-Syndikats betreffend.

Nach § 2 sollte dieses Kapital in Serien eingetheilt werden, wovon die erste, um ein Kapital von 35,000,000 fl. so viel als möglich

zu ersetzen, auf 30 Millionen festgesetzt ward, während die Summe jeder folgenden Serie näher bestimmt werden sollte.

Die auszugebenden neuen $3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine waren von 1000 fl. Nominal-Kapital, und mit halbjährigen, am 1. April und 1. October fälligen Zins-Coupons versehen.

Nach § 5 sollten die $3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine nicht früher als im Jahre 1845 abgelöst werden, doch bis dahin jährlich eine gewisse Summe, wovon das Minimum für jede Serie besonders zu bestimmen war, zum Einkaufe verwendet werden. Für die erste Serie ward diese Summe sofort auf 1% festgesetzt.

Die auf diese Weise eingekauften Schuldscheine waren nach § 6 zu vernichten, und die Nummern davon am 1. Januar jeden Jahres bekannt zu machen.

Nach § 7 waren die Schuldscheine mit 1845 vermittelst jährlicher Auslosungen, deren Betrag dem Gutfinden der Regierung anheim gestellt blieb, al pari abzulösen, und für die erste Serie ward diese Ablösung voraus auf 1% vom Nennkapital festgesetzt.

Nach § 8 waren für die Sicherheit der Zinszahlungen und der Ablösung der Schuldscheine alles Eigenthum und alle Einkünfte des Amortissement-Syndikats verpfändet.

Dieses Institut kündigte darauf unterm 9. Juny 1830 die Eröffnung einer Anleihe von 30,000,000 fl. $3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine an.

Das Wesentlichste der Bedingungen ist, dass diejenigen, die in die Anleihe einzeichneten, für 900 fl. Einlage eine Obligation von 1000 fl. Nennwerth erhielten, und dass die Bezahlung in zwei Terminen geschehen musste, wovon

der erste vor oder am 31. August 1830, und der zweite „ „ „ 30. Sept. 1830 war.

Hienach ist es offenkundig, dass die in den General-Staaten geäusserten Besorgnisse rücksichtlich einer beschwerenden Kapitalvermehrung der Schuld sehr gegründet waren. Die Grossmuth des Amortissement-Syndikats, den Unterschied zwischen 95% und 90% für seine Rechnung zu nehmen, hat für uns etwas Unbegreifliches, da der

Finanzminister in seiner Rede vom 8. Mai 1830 aufs Bestimmteste erklärt hat, das Amortissement - Syndikat sey blos Nego-
ciateur, und der Staat Bürge, und es beruhe auf eiteln Theorien, eine Trennung der Angelegenheiten des Staates von den Angelegenheiten des Amortissement-Syndikates aufstellen zu wollen.

Mit einer wirklichen Fieberhitze erfolgten die Einschreibungen für die neue Anleihe bis zu einem Betrage, der das verlangte Kapital mehrere Male überstieg.

Wir betrachten nun für einige Augenblicke die vorliegende Finanzoperation in ihrem innern Wesen.

Es ist notorisch, dass die von der Anleihe eingegangenen Gelder nicht zur Ablösung von $4\frac{1}{2}\%$ Schuldscheinen verwendet worden sind, und es lässt sich daher nach dem über die Anleihe in den General-Staaten Verhandelten jenen Geldern keine andere Bestimmung beimessen, als den ausserordentlichen Bedürfnissen der ostindischen Besitzungen abzuhelpen, wofür die General-

Staaten zwei Anleihen, die eine von 20 Millionen, und die andere von 15 Millionen, garantirt hatten. Nun hat aber das Amortissement-Syndikat bereits unterm 19. April 1826 eine Anleihe gegen Ausgabe sogenannter Losrenten auf eine Art, dass wohl ungefähr 61 Millionen Gulden in seine Kasse geflossen seyn können, gemacht, und dabei ausdrücklich als einen Theil des Zweckes angekündigt, den Bedürfnissen der ostindischen Besitzungen, wofür durch das Gesetz vom 28. März 1826 20,000,000 fl. bewilligt worden, abzuhelpen*). Für die erste von den General-Staaten garantirte Anleihe waren demnach offenkundig die Gelder bereits aufgenommen. Die edle Hülfe der General-Staaten zur Ablösung der für die Anleihe vom 19. April 1826 ausgegebenen Schuldscheine war, wie wir bereits bemerkt,

*) Der französische Text der Ankündigung lautet:
„Troisièmement, à l'effet de pourvoir aux besoins des
„possessions d'outre-mer, fixés par la loi du 23. Mars
„1826 (Journal officiel Nro. 12.) au montant de
„Vingt Millions de Florins.“

von dem Finanzminister und Präsidenten des Amortissement-Syndikats förmlich verschmähet; ja derselbe zog vor, diese Schuldscheine bei ihrer Verfallzeit unabgelöst zu lassen, so dass davon eine Masse unbezahlt geblieben ist, die vielleicht von dem Betrage der ersten, von den General-Staaten für die ostindischen Besitzungen garantirten Anleihe nicht sehr abweicht, und wofür die Inhaber noch die Bürgschaft des Staates haben. Es däucht uns, hieraus unwidersprechlich hervorzugehen, dass die niederländischen Finanzkünstler, indem sie die ostindischen Anleihen in die erörterte Finanzoperation eingeflochten, sich die Mittel zu einer doppelten Geldaufnahme auf eine und dieselbe Bürgschaft zu verschaffen gesucht, und dieses auch wirklich in Ausführung gebracht haben, was, von einem Privatmanne begangen, wohl schwerlich der strengsten gesetzlichen Ahndung entgehen möchte.

Mit Recht möchte es wohl einige Verwunderung erregen, dass auch nicht ein einziges Mitglied der General - Staaten im Laufe

der Debatten darauf hinwies, dass für die ersten von den General-Staaten garantirten 20,000,000 fl. bereits unterm 19. April 1826 eine Anleihe statt gefunden habe.

Dass ein Theil der für die 30,000,000 fl. $3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine eingenommenen Gelder für die zweite, von den General-Staaten für die ostindischen Besitzungen garantirte Anleihe von 15 Millionen verwendet worden sey, wird wohl ebenfalls mehr als zweifelhaft erscheinen, wenn man erwägt, dass in einer von Cands. ten, Brink ausgegebenen und den General-Staaten mitgetheilten Schrift „*een Woord over het beheer van Indie*“ pag. 50 und 51 bestimmt angegeben wird: „ungefähr „14 Millionen von den durch die General-Staaten garantirten Anleihen, so wie der „von der niederländischen Handels-Gesellschaft geleistete Vorschuss seyen nicht „für die ostindischen Besitzungen verwendet worden.“ Diese Behauptung kann schwerlich ungegründet erscheinen, da eine Widerlegung derselben von der dabei

betroffenen Behörde bis jetzt auf keine Weise versucht worden ist.

So wie der Thatbestand vorliegt, wird wohl niemand etwas anders schliessen können, als dass die vom Amortissement-Syndikat für die 30 Millionen zum Course von 90 % eingenommenen 27,000,000 fl. zu geheimen Zwecken gedient haben, die für die Nation immer ein Räthsel bleiben werden, so lange der dichte Schleier, worin alle Operationen des Amortissement-Syndikats eingehüllt sind, nicht gelüftet wird.

Uebrigens möchte unter den angegebenen Umständen die Kasse der ostindischen Besitzungen, worüber den General-Staaten ebenfalls keine Controlle zusteht, da die Regierung dieser Besitzungen nach § 60 des Grundgesetzes ausschliesslich dem Könige übertragen ist, die Ehre nicht ganz ablehnen können, eine würdige Nebenbuhlerin oder Gehülfin des geheimen Amortissement-Syndikats in der Befriedigung geheimer Bedürfnisse zu seyn.

Nach allem diesem glauben wir es dem Finanzminister überlassen zu müssen, den derben Vorwurf, den er den General-Staaten wegen ihres schwachen Vertrauens in seine Finanzmassregeln gemacht, zu rechtfertigen.

Durch das Finanzgesetz vom 3. Juny 1830 wurden die Mittel zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse von 1831 näher geordnet; doch, da dieses Gesetz wegen des Widerwillens, welchen die beabsichtigte Accise auf Kaffee in den nördlichen Provinzen erzeugte, nicht in Ausführung gebracht ward, so übergehen wir es.

Bis jetzt war es das Königreich der vereinigten nördlichen und südlichen Provinzen der Niederlande, deren Finanzverhältnisse wir zum Gegenstande unserer Betrachtungen gemacht haben. Ein Staat mit grossen Mitteln war aus dieser Vereinigung entstanden, und dessenungeachtet ergab sich aus dessen Finanzverwaltung ein so trauriges Resultat, als wohl schwerlich bei irgend einem andern constitutionel regierten

Volke zu finden seyn möchte. — Nun schlug die französische Juli-Revolution auch gar bald nach Belgien über, und fand da des Brennstoffes gar vielen. Die Umstände, welche die belgische Revolution begleiteten, sind in den Weltannalen aufgezeichnet, und deren Erörterung liegt ausserhalb des Bezirkes einer Finanzdarstellung. Nur dieses glauben wir nicht ganz unbemerkt lassen zu dürfen, dass, unsers Bedünkens, das von der Regierung angenommene Finanzsystem nicht wenig mitgewirkt haben möchte, jenes traurige Ereigniss herbeizuführen, insofern nämlich ein grossentheils auf Creditmitteln beruhendes Gebäude wenig geeignet ist, einer Regierung Festigkeit zu verschaffen. Nach unsern Ansichten steht es sehr dahin, ob selbst bei der Vereinigung der einflussreichen Geistlichkeit mit der liberalen Partei die Flamme des Aufruhrs ohne die, durch den fiscalischen Geist der Finanzgesetze hervorgerufene Erbitterung der mittlern Volksklassen in Belgien so schnell und so allgemein hätte um sich greifen können.

Bereits im September 1830 erfolgte die factische Trennung der südlichen Provinzen von den nördlichen, und da auch in diesen der Volksgeist sich einer Wiedervereinigung aufs Höchste widersetzt, so wird die Trennung nach allen Berechnungen wohl dauernd seyn.

Auch bei der Vereinigung der beiden Theile des Landes liess sich, wie wir in unserer vorigen Schrift auseinander gesetzt haben, in den sechs Jahren von 1824 bis zum Anfange von 1830, ein theils offenkundiges, theils stilles Deficit von ungefähr 100 Millionen berechnen, wozu noch die 27 Millionen kommen, welche für die ausgegebenen 30 Millionen $3\frac{1}{2}\%$ Schuld-scheine in die Kasse des Amortissement-Syndikats flossen. Wie musste sich nun die Finanzlage des Staates nach Abreissung des volkreichern und von der Natur am meisten begünstigten Theiles gestalten, wenn zugleich ein Kampf zu bestehen war, der mit den seltensten Anstrengungen gepaart ging.

Nichts weniger als Ueberfluss war in den Staatskassen. Das Kriegsmaterial war grössten Theils in den südlichen Festungen verloren, und fast Alles zur Bestehung des Kampfes neu anzuschaffen. Unter diesen Umständen wurde die Hülfe des Amortissement-Syndikats in Anspruch genommen. — Man sollte erwarten, dass diese zuerst in den 27 Millionen Gulden zu finden gewesen wäre, welche dieses Institut kurz zuvor für die ausgegebenen $3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine eingenommen hatte, um so mehr, da es, mit Beseitigung der bestimmtesten Verpflichtung, die am 10. October 1830 fälligen $2\frac{1}{2}\%$ Losrenten nicht einlöste, sondern dafür neue 5% Schuldscheine ausgab. Von einer Geldhülfe dieser Art ist aber nichts bekannt; dagegen ward das Amortissement-Syndikat durch einen Königlichen Beschluss vom 10. October ermächtigt, von den in seinen Koffern befindlichen Staatsschuldscheinen

5,000,000 fl. $4\frac{1}{2}\%$ Syndikat-Obligationen
50,000,000 fl. $2\frac{1}{2}\%$ wirkliche Schuld
bei der niederländischen Bank in Amsterdam

zur Verfügung des Finanzministers zu depotiren, worauf dieser versuchen sollte, ein Darlehn von 20,000,000 fl. zu $5\frac{1}{2}\%$ Zinsen, und binnen zwei Jahren vom 1. März 1831 an ablösbar, zu erhalten.

Trotz des angebotenen hohen Zinsfusses schlug dieser Versuch fehl, da die andern Schuldscheine des Staates so tief gesunken waren, dass sie noch mehr Zinsen abwarfen.

Unter den ausserordentlichen Umständen, welche obwalteten, vermochte die Regierung nicht, den General - Staaten bei ihrer Zusammenkunft sofort ein genaues Budget vorzulegen, daher durch das Finanzgesetz vom 18. November 1830 die gewöhnlichen Abgaben und Ausgaben in den nördlichen Provinzen vorerst auf dem vorigen Fusse beibehalten wurden.

Immer dringender wurden die Geldbedürfnisse der Regierung zur Bestreitung der ausserordentlichen Kriegskosten. Der Kampf galt zunächst die Selbsterhaltung, und es ist daher nicht zu verwundern, dass die Nation für dessen Bestehung einen

hohen Enthusiasmus zeigte. Der grössere Theil war auf Opfer gefasst, und die Regierung konnte zum Voraus der Bereitwilligkeit der General-Staaten in Beziehung auf die Finanzmassregeln, welche der Kriegszustand erforderte, versichert seyn.

Die in dieser Hinsicht erwarteten Anträge der Regierung blieben nicht lange aus; denn bereits in der Sitzung vom 1. Nov. 1830 ward den General-Staaten ein Gesetzentwurf vorgelegt, wornach, um den dringenden Bedürfnissen der Staatskasse aufs schnellste abzuhelpen, im Wege einer Anleihe die Grund- und Personal-Steuern, so wie die Abgabe für Patente auf den nämlichen Fuss, wie selbige im Jahre 1830 bezahlt worden, in kurzen Terminen noch einmal erhoben, und für 12 Millionen Gulden 6 % Zinsen tragende Schatzkistbillette ausgegeben werden sollten.

Trotz des guten Willens der General-Staaten, der Regierung mit den Mitteln zur Bestreitung der ausserordentlichen Ausgaben entgegen zu kommen, fand der Gesetz-

vorschlag nicht geringen Widerstand. Man bestritt denselben vorzüglich auf den Grund, dass die gezwungene Anleihe nicht sowohl die reichen Kapitalisten und Renteniery, welche das Geld am leichtesten vorschiessen könnten, sondern vielmehr den Mittelstand treffe, der ohnediess unter der Bürde der Abgaben gebückt gehe: eine Behauptung, die nicht ungegründet erscheint, wenn man bedenkt, dass der Mittelstand in der letztern Zeit vielleicht in keinem Lande so sehr an Wohlstand verloren hat, als in Holland. — Die Ausgabe von Schatzkistbilletten ward von Manchen unter den gegenwärtigen Umständen als besonders gefährlich betrachtet. Nach mehreren Modificationen und Erläuterungen ging indessen der Gesetzvorschlag durch, da man keine bessere Mittel zu finden wusste, den augenblicklichen Bedürfnissen abzuhelpfen.

Das daraus hervorgegangene Gesetz ist am 22. November 1830 promulgirt.

Nach § 2 war die Grundsteuer von Ländereien für die Hälfte, und von Häusern,

Packhäusern etc. zum vollen, eben so auch die Personal- und Patentsteuer, vom ganzen Jahre als eine Anleihe noch einmal zu bezahlen.

Ausnahmen fanden statt für Steuerpflichtige, welche in Gemeinden von 75,000 Seelen nur 20 fl. Steuer und darunter bezahlten, und in Gemeinden von geringerer Bevölkerung verhältnissmässig; dagegen wurde der Beitrag derjenigen, welche in der personellen Steuer eine gewisse Summe bezahlten, erhöht. Unter andern hatten diejenigen, welche in Gemeinden erster Klasse 240 fl. und darüber bezahlten, das Doppelte zu entrichten.

Die Bezahlung musste

für	$\frac{1}{3}$	bis zum letzten	November	1830
»	$\frac{1}{3}$	»	»	December »
und	»	$\frac{1}{3}$	»	» Januar 1831

geschehen.

Nach § 11 konnten diejenigen, welche nicht mehr als 30 fl. in der gezwungenen Anleihe zu entrichten hatten, sich gegen

baare Zahlung von einem fünften Theile ihres verpflichteten Beitrages frei kaufen.

Nach § 13 war das Kapital der gezwungenen Anleihe, wofür 5 % Zinsen tragende Obligationen ausgegeben wurden, auf 14 Millionen Gulden bestimmt; doch nach einem spätern Gesetze vom 14. December 1831 ist es mit 1 Million vermehrt, und also auf 15 Millionen gebracht.

Mit Anfang von 1832 sollte, in so fern die Obligationen nicht früher eingezogen worden, jeden Monat eine Ablösung von 80,000 fl. erfolgen.

Der Betrag der 6 % Zinsen tragenden Schatzkistbillette, welche ausgegeben werden sollten, war nach § 15 auf 15 Millionen festgesetzt. Für eine Million waren davon Billete von 50 fl. auszugeben, und für das Weitere Billette von 100 fl., 500 fl. und 1000 fl.

Nach § 17 sollte die Hälfte aller Besoldungen, Pensionen, Zulagen etc. in Schatzkistbilletten mit den darauf laufenden Zinsen, bis zum Ende des Monats vor der Ausgabe

gerechnet, bezahlt werden. Die Armee und die Marine machten dabei eine Ausnahme. Dagegen konnten auch alle Forderungen an den Staat, mit Ausnahme der vom Auslande auf irgend ein Departement gezogenen Wechsel, nach dem Gutdünken der Regierung zur Hälfte in Schatzkistbilletten bezahlt werden.

Nach § 18 konnten vom Anfange des Jahres 1831 an alle gewöhnliche Abgaben an den Staat in Schatzkistbilletten entrichtet werden.

Die vom Staate in Bezahlung empfangenen Schatzkistbillette waren wieder auszugeben, doch der Gestalt, dass der Betrag nie die bestimmte Summe von 15 Millionen überstieg.

In den gewöhnlichen Sitzungen der General-Staaten von 1831 sollte in Ueberlegung genommen werden, ob und bis zu welchem Betrag die Schatzkistbillette wieder eingezogen werden sollten.

Dieses sind die wesentlichen Bestandtheile des angeführten Gesetzes.

Auch mit den Modificationen, welche zu Gunsten der gering Besteuerten gemacht worden, war die gezwungene Anleihe für die mittlern Klassen der Nation drückend. Gar viele der weniger Vermögenden, welche mittelst ihres Gewerbes einer starken directen Steuer unterliegen, mussten genöthigt seyn, die Scheine, welche sie für die geleisteten Zahlungen erhielten, sofort zu jedem Preise zu verkaufen, während der Reiche im Stande war, einen günstigen Augenblick dazu abzuwarten. Die Stimmung der Nation war indessen der Art, dass die Klagen über ein solches Unrecht nicht allzu laut wurden.

Im Ganzen möchte die Massregel nur durch den Drang der Umstände zu rechtfertigen seyn, welcher die zur Auffindung anderer Hülfsmittel nöthige Zeit nicht gestattete.

Die zweite Massregel, die Ausgabe von Schatzkistbilletten, däucht uns noch weniger eine strenge Prüfung unversehrt bestehen

zu können. Der Finanzminister gründete seinen Vorschlag zum Theil darauf, dass ein solches Mittel in benachbarten Staaten schon lange mit Erfolg im Gange sey, und dass daraus eine nützliche Vermehrung der Circulationsmittel entstehen würde. Hieraus möchte sich wohl wenig Vertrautheit mit den seinem Lande eigenen Verhältnissen folgern lassen. — Ohne Zweifel meint der Finanzminister mit seiner Andeutung die in Preussen ausgegebenen Tresorscheine, wovon der Staat allerdings (in Friedenszeiten) grosse Vortheile zieht. Sie sind aber nur durch immer zur Einlösung offene Kassen ein gefälliges Circulationsmittel für das Publikum, und von einer solchen Kasse war in Holland nicht die Rede. Uebrigens strotzt Holland so zu sagen von künstlichen Circulationsmitteln durch eine Masse von Banknoten und Zins-Coupons, so dass ein neues Circulationsmittel daselbst nicht nur überflüssig, sondern selbst schädlich werden muss, da dadurch das wahre Circulationsmittel, das baare

Geld, nur noch mehr aus dem Lande vertrieben wird.

Das Gesetz führte übrigens dadurch eine schreiende Ungerechtigkeit mit sich, dass man ihm eine zurückwirkende Kraft gab, nämlich nach § 17 diejenigen, welche bereits vor dessen Erlassung Forderungen an den Staat hatten, zwang, die Schatzkistbillette zum Vollen nach ihrem Nennwerthe in Bezahlung zu nehmen, ohne sie für den Verlust, den sie bei dem Verkaufe dieser Papiere litten, durch irgend etwas schadlos zu stellen. Die Befugniss, sie bei Abgaben an den Staat zum Vollen in Bezahlung zu geben, konnte nach der Natur der Sache vorzüglich nur dem Reichen zu gut kommen, da die mittlern Klassen der Nation nur selten Summen an den Staat zu bezahlen haben, wobei die grössern Billette, woraus 14 Millionen bestanden, zu verwenden gewesen wären. Der Reiche war demnach auf Kosten der andern Klassen begünstigt, was ebenfalls eine Ungerechtigkeit ist. Eine starke Abneigung gegen dieses Papier

entstand gar bald, und die grösseren Scheine sanken bis nahe an 80 %. Es ist natürlich, dass diejenigen, welche Lieferungen an die Regierung machten, ihre Preise im Verhältnisse zu dem gesunkenen Werthe der Papiere, worin sie bezahlt wurden, setzten; ja es verstieß nicht gegen die Klugheit, ein noch weiteres Sinken derselben mit in Anschlag zu bringen, und so musste der Staat für die gegen die frühern Lieferanten begangene Ungerechtigkeit theuer büssen. Aus allem diesem entstand eine grosse Verwirrung, welche eine schleunige Abhülfe erforderte, und diese war nicht wohl zu bewerkstelligen, ohne dass reiche Kapitalisten, in deren Händen der grössere Theil der Papiere war, davon Vortheil auf Kosten des Staates zogen, um so mehr, da beabsichtigte Finanzoperationen einer Regierung selten das tiefste Geheimniss bleiben.

Trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse wurde die sogenannte Tilgung der Staatsschuld in Ueberlegung genommen, und zu

diesem Zwecke durch ein Gesetz vom 22. Nov. 1830 die Summe von 1,750,000 fl. nebst den Zinsen von dem früher getilgten Kapitale bestimmt.

Eine Million davon war zur jährlichen Ablösung der $4\frac{1}{2}\%$ Syndikat-Obligationen zu verwenden, da diese nicht unterbleiben konnte, ohne das öffentliche Vertrauen zu erschüttern.

Was aber die Verwendung des übrigen Theiles zu Einkäufen von der sogenannten $2\frac{1}{2}\%$ wirklichen Schuld (Integralen) betrifft, so können wir, da der Staat im nämlichen Augenblicke so ungeheure Massen neuer Schuld contrahirte, keinen einleuchtenden Zweck darin finden, als etwa den, die Mäcker Courtage verdienen zu lassen.

Durch das Gesetz vom 4. December 1830 ward dem Kriegsministerium zur Bestreitung der ausserordentlichen Kosten die Summe von 11,352,400 fl. bewilligt.

Nicht lange währte die durch das Finanzgesetz vom 22. November 1830 der Regierung gewordene Hülfe, obgleich der Betrag

derselben 30 Millionen übersteigen muss, da ausser demjenigen, was von den Steuerpflichtigen unter 30 fl. abgekauft worden, für 15 Millionen Gulden Obligationen von der gezwungenen 5 % Anleihe ausgegeben wurden, und die Regierung über 15 Millionen Gulden Schatzkistbillette zu verfügen hatte. Ausserdem waren für 319,662 fl. 73 Cent. freiwillige Beiträge (ohne diejenigen, wovon die Geber eine besondere Verwendung verlangt hatten) eingegangen.

Bei der Vorlegung der Gesetzentwürfe zur Regulirung des Staatshaushaltes von 1831, welche in der Sitzung der General-Staaten vom 22. März 1831 erfolgte, drang der Finanzminister wieder zuvörderst auf die schleunigste Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses, welches auf ungefähr 8 Millionen geschätzt ward. Das dazu vorgeschlagene Mittel war ein gezwungener Vorschuss von den Steuerpflichtigen der sogenannten personellen Belastung. — Nicht geringen Widerstand fand dieses Mittel bei der zweiten Kammer. Einer der Sprecher,

Herr *van Dam von Isselt*, warf die Frage auf: welchen Gebrauch man von den bewilligten Geldern gemacht habe, und ob diese Gelder ausschliesslich zum Wohle und Dienste des Vaterlandes verwendet worden seyen? Sodann warf er dem Finanzminister vor, dass die mehr als unwillkürliche Dunkelheit, wodurch das niederländische Finanzwesen sich bis dahin so sehr ausgezeichnet hatte, auch bei dem eingetretenen grossen Drange der Umstände getreu beibehalten worden sey. Die Idee eines Kampfes, der bloss die Unabhängigkeit des Staates und die National-Ehre bezwecke, war indessen vorherrschend, und entschied über den Antrag der Regierung.

Das daraus hervorgegangene Gesetz ist am 2. April 1831 promulgirt. Seine wesentlichen Bestandtheile sind:

- 1) Dass die Steuerpflichtigen der sogenannten personellen Belastung nach dem Anschläge von 1830 einen gezwungenen Vorschuss, zur Hälfte bis zum 15. April und zur Hälfte bis zum 15. Mai, nach

folgendem Maasstabe zu leisten hatten,
als :

in Gemeinden von und über 45,000 Seelen
den einfachen Betrag der Steuer bei einem
Anschlage von 50 fl. bis unter 70 fl.

den doppelten bei ditto 70 „ „ „ 105 „

„ dreifachen „ „ 105 „ „ „ 160 „

„ vierfachen „ „ 160 „ „ „ 250 „

„ fünffachen „ „ 250 „ und darüber,

und so in Gemeinden von einer geringern
Bevölkerung im Verhältnisse zu dem da-
selbst eingeführten geringern Anschlage; und

2) dass für die Zahlungen Quittungen
auf Namen und noch überdiess Beweise in
blanco ausgegeben wurden, welche letztere,
mit darauf laufenden Zinsen zu $\frac{1}{2}$ % im
Monate, als baares Geld in einer ausser-
ordentlichen Steuer oder gezwungenen An-
leihe, (worüber noch zu berathen war) oder
auch in den 5 letzten Terminen einer frei-
willigen Anleihe, jedesmal zur Hälfte, in
Bezahlung angenommen werden sollten.

Manche Individuen, welche vermöge ihres
Gewerbes einer starken Personalsteuer

unterliegen, wurden durch die Massregel hart getroffen. Es war indessen nicht wohl ein anderes Mittel zur Befriedigung der vorgegebenen augenblicklichen Bedürfnisse zu finden, da eine Zuziehung der Grundsteuer mit noch grössern Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre, und der reiche Kapitalist, der das Geld am besten vorschliessen konnte, erst noch hätte taxirt werden müssen.

Der so eben erörterten provisorischen Massregel folgten gleichsam auf dem Fusse Verhandlungen über eine durchgreifende zur Bestreitung der ausserordentlichen Staatsbedürfnisse von 1831. Die von dem Finanzminister zu diesem Zwecke den Generalstaaten vorgetragenen Gesetzentwürfe waren zweifacher, verschiedener Art: der eine derselben betraf eine freiwillige Anleihe von 42,000,000 fl. zu 6 % Zinsen, und der andere eine gezwungene Anleihe vom Einkommen der Einwohner. Ersteres Mittel ward zuerst ergriffen, und die Berathschlagungen darüber begannen am 9. April 1831. — Es fehlte dabei in der 2ten Kammer

nicht an verschiedenen Bemerkungen; besonders drang man auf Ersparnisse und Vereinfachung im Staatshaushalte. Dieses gab dem Finanzminister Gelegenheit, sein Talent in beruhigenden Versicherungen im schönsten Lichte erscheinen zu lassen. Erst am Abende vor den Verhandlungen empfingen die Mitglieder der Kammer, wie der Repräsentant, Herr *Warin*, bemerkt, den Bericht der Central-Section, woraus sich wohl mit Grund folgern lässt, dass der Finanzminister mit ächt parlamentarischer Taktik der Kammer so wenig als möglich Zeit zu ihren Berathschlagungen geben wollte, um auf diese Weise den zu erwartenden Widerstand so viel als möglich zu vermindern. Diesem Umstande mag es wohl zum Theil beizumessen seyn, dass sich nur 5 Stimmen gegen den Entwurf erklärten.

Die wesentlichen Bestandtheile des daraus hervorgegangenen Finanzgesetzes vom 13. April 1831, eine freiwillige Anleihe von 42,000,000 fl. zu 6 % Zinsen betreffend, sind die folgenden:

- 1) Gegen eine Einlage von 950 fl. erhielten die Theilnehmer einen Schuldschein von 1000 fl., so dass die Anleihe zu 95 % gemacht wurde.
- 2) Für die Zahlungen waren Termine vom 31. Mai bis 15. December 1831, und die Zinsen zu 6 % fingen von dem Tage, der auf die geleisteten Zahlungen folgte, an.
- 3) In den fünf letzten Terminen der Anleihe wurden, bis zur Hälfte ihres respectiven Betrages, die in Folge des Gesetzes vom 2. April 1831 ausgegebenen Beweise von gezwungenem Vorschusse, mit den darauf verfallenen Zinsen, als baares Geld angenommen.
- 4) Die Theilnehmer erhielten für ihre Einzeichnung Beweise, worauf die Zahlungen abgeschrieben wurden, und wogegen man später die eigentlichen Schuldscheine ausgab. Die Coupons von diesen waren am 1. April zahlbar.
- 5) Ausserdem erhielten die Theilnehmer bei jeder Zahlung für deren Betrag

besondere Beweise, welche, wenn etwa später eine ausserordentliche Steuer oder gezwungene Anleihe statt finden sollte, dabei als baares Geld in Bezahlung gegeben werden konnten, ohne dass man jedoch für eine solche Zahlung bei einer gezwungenen Anleihe Zinsen tragende Schuldscheine erlangte.

6) Es sey, dass die Anleihe die bestimmte Grösse von 42 Millionen erreiche, oder dass eine geringere Theilnahme erfolge, so sollten doch die dafür ausgegebenen Schuldscheine in dem Zeitraume von 16 Jahren im Wege von Auslosungen abgelöst und vernichtet werden, und zwar durch die jährliche Verwendung von 4 % von dem Kapitale, mit Zuziehung der ersparten Zinsen von den eingezogenen Schuldscheinen. Der Staat behielt sich indessen die Befugniss zu einer frühern Ablösung nach vorabgängiger Aufkündigung vor.

7) Zum Behufe der richtigen Zinszahlung und Ablösung der Schuldscheine bis

zur bestimmten Summe von 42 Millionen Gulden sollten vor dem letzten April 1832 840,000 fl., und weiter jährlich, vom letzten April 1833 an, 4,200,000 fl. von der Staatskasse bei der niederländischen Bank in Amsterdam zur Verfügung von besondern Commissairs gestellt werden, und zwar aus dem Ertrage des primitiven Anschlages der Grundsteuer von Gebäuden und Ländereien, welcher Theil der Staatseinnahme unwiderruflich zur Sicherheit der Anleihe angewiesen ward.

S) Von den fünfzig grössten Theilnehmern sollten fünf Commissairs ernannt werden, welche ausschliesslich alles diese Anleihe Betreffende zu leiten hatten, so dass dieselbe von den andern Staatsschulden ganz abgesondert blieb.

Diese beiden letzten Bestimmungen gingen jedoch nicht in Erfüllung, vielleicht weil der Finanzminister besorgte, manche Mitglieder der General-Staaten durch die Vortragung eines Budgets, auf welchem von

den Staatseinkünften 4,200,000 fl. für eine besondere Schuld abgezogen waren, zu erschrecken. Man zog vor, diese Schuldscheine, so weit die Inhaber dazu bereit waren, auch zu sehr schädlichen Bedingungen gegen andere auszutauschen, wie wir im Laufe unserer Abhandlung darzuthun Veranlassung finden werden.

Das Interesse der Mäcker und Papierhändler blieb nicht vergessen, indem man ihnen für die durch sie eingezeichneten Summen $\frac{1}{4}\%$ Provision zusicherte.

Eine 6% Zinsen tragende Anleihe zu 95% mit besondern Garantien kann allerdings nicht anders als drückend erscheinen; die $2\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine, sogenannte Integralen, standen aber zur nämlichen Zeit etwas unter 40%, so dass die Bedingungen der Anleihe nicht allzu sehr gegen den damaligen wirklichen Zinsfuss der andern Staatspapiere verstiessen. Grosser Enthusiasmus der Nation liess sich aber in dem Momente, wo die Anleihe gemacht wurde, laut hören, und es wäre daher einigermassen zu er-

warten gewesen, dass in einem so reichen Lande, wie Holland, die Regierung auf eine andere Art die Mittel zur Bestreitung der ausserordentlichen Ausgaben hätte finden können. Sollte man hieraus nicht mit Grund folgern, dass die Regierung selbst befürchtete, diesen Enthusiasmus sehr zu schwächen, sobald sie Geldopfer von Seiten der reichern Klasse der Nation in Anspruch nahm?

Die Theilnahme des Publikum an der Anleihe war nicht allzu warm, indem während der fünf Tage vom 18. bis 23. April, dass die Register dazu offen waren, nur 21,101,400 fl. eingezeichnet wurden. Ohne das starke Reizmittel der Renversalen, welche bei einer ausserordentlichen Steuer oder gezwungenen Anleihe in Bezahlung zu geben waren, würde die Theilnahme wahrscheinlich noch schwächer geblieben seyn.

Ziemlich langen Berathungen unterlag die weitere Ordnung des Staatshaushaltes für 1831, und die Regierung musste sich zu mehreren Veränderungen verstehen, die jedoch zu keinem namhaften Resultate

führten; denn die veränderten Gesetzvorschläge boten im Ganzen noch eine Erhöhung der Ausgaben dar.

Um die Unzufriedenheit der Kammern über die Höhe der verlangten Summen einigermaßen zu beschwichtigen, trug der Minister das Budget als ein Creditgesetz vor, worauf die Frage entstand, was unter einem Creditgesetze zu verstehen sey? Man machte den Einwurf, Credite würden unter ausserordentlichen Umständen für einige Tage, Wochen, oder höchstens Monate zugestanden, aber nicht für den ganzen Staatshaushalt eines ganzen Jahres. Aus diesem Grunde verstosse der Vorschlag schnurstracks gegen den Buchstaben des Grundgesetzes. Die Staatsausgaben müssten mit der Einnahme in Uebereinstimmung gebracht, und daher erstere im Verhältnisse zu dem verkleinerten Staate vermindert werden. Man drang auf Abschaffung des Staatssecretariats durch ministerielle Verantwortlichkeit, auf Vereinfachung mehrerer Verwaltungszweige, auf die schleunigste

Unterdrückung des geheimen Amortissement-Syndikats etc. Dass belgische Beamte nach wie vor ihren Gehalt bezögen, ward auch scharf gerügt. Selbst mehrere Mitglieder, welche für den vorliegenden Entwurf stimmten, erschracken gewissermassen vor der Höhe der verlangten Summen.

Diesen Einwendungen stellte der Finanzminister die beruhigende Versicherung entgegen, dass der Gesetzentwurf nur eine vorübergehende Massregel (die Bewilligung von ungefähr 86 Millionen für ein Jahr) betreffe, dass die obwaltenden ausserordentlichen Umstände diese Massregel rechtfertigten, dass in den Spätjahrssitzungen den General-Staaten ein ausgearbeitetes Verzeichniss der Staatsausgaben würde vorgelegt werden, und dass sich viele Ersparnisse und Vereinfachungen auf demselben finden würden, da die Arbeiten der zu dem Ende niedergesetzten Staats-Commission die herrlichsten Früchte zu tragen versprächen. Solche ansprechende Beruhigungsgründe konnten nicht verfehlen, über alle rationnelle

Gründe der Opposition obzusiegen, und der Regierungsantrag ward mit 31 Stimmen gegen 16 angenommen.

Das am 13. Juni 1831 publicirte Gesetz, wodurch Credite für die Ausgaben von diesem Jahre geöffnet, und die Mittel zur Deckung derselben angewiesen wurden, theilt sich in vier Abschnitte.

Nach § 1 konnten für die gewöhnlichen Ausgaben, die erste Abtheilung des Budgets genannt, gebraucht werden:

I.	für das Königl. Haus	. fl. 1,425,000
II.	„ „ Staatssecretariat u. hohe Kollegien	„ 620,000
III.	„ „ Departemet der auswärtigen An- gelegenheiten	. „ 610,000
IV.	„ „ Justizdepart.	. „ 1,000,000
V.	„ „ Depart. d. Innern	„ 2,340,000
VI.	„ „ Depart. der Ange- legenheiten des reformirten Kul- tus etc.	. . . „ 1,350,000
Transport		fl. 7,345,000

	Transport	fl. 7,345,000
VII.	für das Departement der Angelegenheiten des katholischen Kultus	„ 408,000
VIII.	„ „ Depart. d. Marine und Kolonien . .	„ 5,977,000
IX.	„ „ Finanzdepart. .	„ 14,620,000
X.	„ „ Kriegsdepart. .	„ 12,400,000
	zusammen	fl. 40,750,000

Nach § 2 wurden überdiess noch folgende
Credite für die aussergewöhnlichen Aus-
gaben zugestanden, als :

	für das Staatssecretariat und hohe Kollegien . .	fl. 30,000
„	„ Departement der aus- wärtigen Angelegen- heiten	„ 40,000
„	„ Justizdepartement .	„ 230,000
„	„ Depart. des Innern .	„ 300,000
„	„ Depart. der Marine	„ 700,000
„	„ Finanzdepartement .	„ 14,000,000
	Transport	fl. 15,300,000

Transport	fl. 15,300,000
für das Kriegsdepartement .	„ 28,000,000
„ „ Depart. der Wasser-	
bauten, des National-	
gewerbfleisses u. der	
Kolonien	„ 3,300,000
zusammen	fl. 46,600,000

Für unvorhergesehene Ausgaben ward überdiess die Summe von 500,000 fl. ausgesetzt.

Durch § 3 wurden die Mittel zur Bestreitung dieser Ausgaben bestimmt. Sie sind die folgenden:

- a) und b) die durch die Gesetze vom 24. Dec. 1829 festgesetzten Abgaben und Steuern;
- c) der Ueberschuss der durch das Gesetz vom 22. Nov. 1830 angewiesenen ausserordentlichen Mittel;
- d) der durch das Gesetz vom 2. April 1831 bestimmte gezwungene Vorschuss von der Personalsteuer;
- e) die von der freiwilligen Anleihe vom 13. April 1831 eingehenden Gelder;

f) wurden zur Deckung des Fehlenden nähere gesetzliche Bestimmungen vorbehalten.

Ferner hatte das Amortissement-Syndikat zur Bestreitung der aussergewöhnlichen Pensionen, Leibrenten und anderer ablaufenden Ausgaben, in Folge § 9 des Gesetzes vom 27. Dec. 1822 1,670,000 fl., und in Folge des Gesetzes vom 5. Juni 1824 500,000 fl., in die Staatskasse zu stürzen.

Sehr auffallend wird es wohl immer bleiben, wenn sämtliche Staatsausgaben für ein ganzes Jahr nur provisorisch angegeben, und im Wege eines Credits votirt werden. Wir für uns suchen in dem vorliegenden Falle vergebens nach einem einleuchtenden Grunde dafür. Es war kein plötzlich zusammengesetzter, neuer Staat, dessen Haushalt ohne vorabgängige Erfahrung zu ordnen war, sondern es war nur eine Trennung zweier, sehr heterogenen Bestandtheile des Landes erfolgt. Die Regierung war in dem nördlichen Theile geblieben, und musste daher im Besitze

aller Quellen seyn, woraus das Mass der gewöhnlichen, für diesen Theil nöthigen Staatsausgaben sich ergab. Dem vom Minister befolgten Verfahren kann daher, unsers Bedünkens, nicht wohl etwas anders zum Grunde liegen, als die Besorgniss, die Kammern durch die Grösse der Summen, worauf die gewöhnlichen Ausgaben berechnet worden, gleich im Anfange eines neuen Haushaltes zu erschrecken. Eine nähere Betrachtung des ersten Abschnittes, die gewöhnlichen Ausgaben enthaltend, däucht uns wenigstens eine solche Ansicht genugsam zu rechtfertigen.

Es ist hiebei zuvörderst zu bemerken, dass nach § 122 des Grundgesetzes zwei Budgete festgesetzt waren, nämlich ein zehnjähriges für die gewöhnlichen Bedürfnisse, und ein einjähriges für die ausserordentlichen, veränderlichen und zufälligen Ausgaben. War ersteres einmal angenommen, so stand es während einer zehnjährigen Finanzperiode den Kammern nicht zu, ohne einen Regierungsantrag darauf

zurückzukommen; nur letzteres war ein Gegenstand jährlicher Berathung. Unstreitig ist dieser Geschäftsgang, wenn auch keinesweges der richtigste, doch der gemächlichste für die Regierung; und es kann daher nicht befremden, wenn das Ministerium denselben auch dem neuen Haushalte einzuimpfen versuchte. Schon die Trennung des vorliegenden Ausgabenverzeichnisses in zwei Theile deutet darauf hin; auch die Verhandlungen in der zweiten Kammer sprechen dafür. Nun beläuft sich der erste Theil für den Staat, der durch den Abfall der südlichen Provinzen beinahe zwei Drittheile seiner Bevölkerung und ungefähr die Hälfte seiner Einkünfte verloren hatte, auf nicht weniger als 40,750,000 fl., während in dem letzten zehnjährigen Budget vom 24. December 1829, dessen wir in der Einleitung erwähnt, die gesammten gewöhnlichen Ausgaben bei der Vereinigung der beiden Theile des Landes nur auf 60,750,000 fl. festgesetzt waren. Es erhellt daraus, dass, die Kräfte des neuen Staates abgewogen,

ungefähr 10 Millionen mehr als vorher für die gewöhnlichen Ausgaben verlangt wurden; und es war daher einigermaßen der Klugheit angemessen, wenn der Finanzminister im Anfange einer ganz neuen Finanzperiode ein solches Bedürfniss als eine vorübergehende Massregel vorstellte. Schwerlich wird sich ein einleuchtender Grund für eine solche Steigerung der gewöhnlichen Bedürfnisse des verkleinerten Staates finden lassen; denn die Bedürfnisse des Departements der Wasserbauten, welche Holland eigen sind, erscheinen im zweiten Abschnitte unter den ausserordentlichen Ausgaben. Am auffallendsten wird wohl unter den gewöhnlichen Ausgaben das Bedürfniss des Kriegsdépartements von 12,400,000 fl. seyn, da in dem vorigen Budget bei einer beinahe dreifachen Bevölkerung nur 16,580,000 fl. dafür ausgeworfen waren. Wie soll ein Staat von etwas über zwei Millionen Seelen, der auch eine Marine zu unterhalten hat, und von der schwersten Schuldenlast gedrückt ist, jährlich die Summe von 12,400,000 fl.

für die Landmacht verwenden können? Nach unserer unmassgeblichen Meinung waren nur die ausserordentlichen Kosten des Kriegsdépartements und der Marine, so wie der Finanzen, in sofern es sich von der Uebernahme eines Theiles der Schuld durch Belgien handelte, nicht voraus zu bestimmen, und für diese Zweige Credite zu verlangen.

Nachdem das, in mancher Beziehung sonderbare, sogenannte Creditgesetz, angenommen war, so musste man auf weitere Mittel bedacht seyn, sich dessen Vollziehung zu versichern. Die Regierung legte zu dem Ende den General-Staaten zwei Gesetzentwürfe vor. Nach dem einen derselben sollten die fehlenden Mittel durch eine neue freiwillige 6% Anleihe, und nach dem andern durch eine gezwungene 4% Anleihe, herbeigeschafft werden. Beide Gesetzentwürfe waren mit einander verbunden, um, wenn der erstere fehlschlagen sollte, sofort letztern in Ausführung zu bringen.

Sehr heftigen Widerstand fand der

Regierungsantrag in der zweiten Kammer; es zeigte sich, dass es ungleich leichter war, Credite zu bewilligen, als die Mittel zu deren Deckung anzuschaffen. Sehr verschiedene Ansichten wurden über den Vortrag geäussert. Einige bestritten denselben auf Grund der freiwilligen Anleihe, wodurch die Schuldenbürde des Staates noch vermehrt würde; Andere auf Grund der gezwungenen Anleihe, wodurch ein Theil der Nation über ihre Kräfte gedrückt werden müsste, indem bei Bestimmung der Zahlungsverpflichtung die Personal-Steuer wieder zur Grundlage genommen war. Die Vereinigung der beiden Gesetzentwürfe gab demnach einen grossen Stein des Anstosses ab. Ein starkes Verlangen nach Ersparnissen und nach einer Revision des mit vielen Gebrechen behafteten Grundgesetzes liess sich laut hören. Das Daseyn dringender Bedürfnisse ward indessen nicht in Abrede gestellt. Der Finanzminister vertheidigte besonders die freiwillige Anleihe auf Grund der Rücksichten, die man gegen die weniger

vermögenden Klassen des Volkes zu beobachten habe, indem eine gezwungene Anleihe bei denselben gar leicht grosse Unzufriedenheit erregen könnte, was unter den obwaltenden Umständen doppelt gefährlich seye. Nur mit 28 Stimmen gegen 20 erfolgte die Annahme des Gesetzentwurfes, was in der niederländischen zweiten Kammer eine etwas auffallende Erscheinung darbietet, da derselben eine systematische Opposition ganz fremd ist.

Das daraus hervorgegangene Finanzgesetz vom 28. Juny 1831 hat seiner Natur nach zwei Abtheilungen, da es zugleich von einer freiwilligen Anleihe, und, wenn diese nicht zu Stande käme, von einer gezwungenen handelt. — Die hauptsächlichsten Bestimmungen der ersteren waren die folgenden:

- 1) Ward das Kapital auf 23 Millionen Gulden bestimmt, doch sollten auch Theilnahmen für mehr, nämlich bis zum Betrage von 38 Millionen im Ganzen, angenommen werden.

- 2) Der Zinsfuss war 6%, und für 950 fl.

Einlage erhielt man eine Obligation von 1000 fl. Nennwerth von der nämlichen Art, wie bei der vorigen Anleihe.

3) Für die Zahlungen waren Termine vom 31. Juli bis 31. December 1831.

4) Die von der vorigen freiwilligen Anleihe abstammenden besondern Beweise der Theilnahme, Renversalen genannt, wurden gegen 10% von der darin ausgedrückten Summe als baares Geld angenommen: auch sollten für den Theil der Anleihe, der 23 Millionen übersteigen möchte, Schatzkistbillette zum vollen Werthe in Zahlung gegeben werden können.

5) Auf gleiche Weise, als für die vorige Anleihe durch § 12 und 13 bestimmt worden, sollten zur Zinszahlung und Ablösung der Schuld-Briefe jährlich 10% von dem eingezeichneten Kapitale verwendet, und zu dem Ende von dem Ertrage des primitiven Anschlages der Grundsteuer abgesondert werden.

6) Die nach § 4 durch die Ausdehnung der

Anleihe etwa eingehenden Schatzkistbillette waren zu vernichten.

7) Sollte die Anleihe nicht genugsame Mittel für die Staatsbedürfnisse liefern, so hatten die Theilnehmer Beweise ihrer Unterzeichnung nach Art der mehr erwähnten Renversalen zu empfangen, welche bei einer gezwungenen Anleihe in Bezahlung zu geben waren, jedoch ohne dass die Inhaber in diesem Falle dafür Zinsen tragende Obligationen erhielten.

Bei der projectirten gezwungenen Anleihe sollte jeder District den achtfachen Betrag der Personal-Steuer aufbringen. Da aber diese gezwungene Anleihe nicht statt gefunden hat, so ist eine weitere Erörterung der für dieselbe statt gefundenen Vorschriften unnöthig.

Nach der vom Ministerium erlassenen Bekanntmachung war die Theilnahme an der freiwilligen Anleihe 17,998,300 fl., und die Regierung hielt diese Summe vorerst für hinreichend, um den Zwangsmitteln,

welche die zweite Abtheilung des Gesetzes darbot, zu entsagen.

Da die Renversalen der vorigen Anleihe zu 10 % in Bezahlung gegeben werden konnten, so erhielt der Staat für eine 6 % Zinsen tragende Schuldverschreibung von 1000 fl. mit einer speciellen Hypothek nur 850 fl. baares Geld, und die neue Anleihe war demnach eine Geldaufnahme zu etwas über 7 %. Indessen standen die 6 % Obligationen des Staates damals auf ungefähr 80 %, so dass ohne die Furcht vor Zwangsmitteln schwerlich jene Theilnahme an der freiwilligen Anleihe erfolgt wäre.

Wichtige Ereignisse trugen sich in dem Zeitraume zwischen den Verhandlungen über das Budget von 1831 bis zur Vorlegung des Budgets von 1832 zu. Der langen, zu keinem Resultate führenden Unterhandlungen müde, nahm Holland im August des erstern Jahres seine Zuflucht zu den Waffen, um seine Angelegenheiten mit Belgien selbst zu ordnen. Der Kampf war ein Kampf disciplinirter Truppen gegen undisciplinirte

Horden, und nahm, da die physische Beschaffenheit des Bodens in Belgien den kleinen Krieg nicht begünstigt, sofort eine entscheidende Richtung. Die Früchte des Sieges wurden aber zur Nichtigkeit durch das Einschreiten Frankreichs, welches ein Kind seiner Juli-Revolution nicht verlassen konnte. Der Enthusiasmus der Nation fand indessen durch die Besiegung der feindlichen Horden neue Nahrung. Dessen ungeachtet sanken in jenem Momente ihre Staatspapiere noch tiefer, und erst später, als die Besorgnisse wegen eines allgemeinen Krieges sich verminderten, hoben sie sich wieder, vorzüglich durch die Einwirkung der Papiergeschäfte an andern Hauptbörsen.

Das Schwanken der Schatzkistbillette liess sich besonders empfindlich fühlen, da der Staat seine Zahlungen zum Theil darin machte, und sie bei Bezahlung der Steuern wieder einnahm. Sie bildeten auf diese Weise eine Art von Papiergeld, welches Zinsen trug, dessen Werth aber dennoch täglichen Veränderungen unterworfen war.

Um diesem letzten Uebel so viel als möglich abzuhelpfen, ward durch das Gesetz vom 14. December 1831 festgesetzt, zum Behufe der Zinszahlung und Einlösung dieser Papiere die Summe von 1,500,000 fl. auf das Budget von 1832 anzuweisen. Alle drei Monate, vom Monat März 1832 an, sollten 150,000 fl. davon ausgeloset, und diese Summe mit den ersparten Zinsen von den ausgeloseten Papieren vermehrt werden. Auch der Uebelstand, welcher sich aus der verhältnissmässig geringen Anzahl kleiner Billette ergab, kam in nähere Betrachtung; und zur Verminderung desselben waren von den grössern Billeten zwei Millionen Gulden einzuziehen, und durch kleinere von 50 fl. zu ergänzen.

Die sogenannte jährliche Schuldentilgung kam wieder in Berathung. Die zu dem Ende kraft des Gesetzes vom 14. Decbr. 1831 dem Amortissement-Syndikat auferlegten Verpflichtungen sind die folgenden:

- 1) Auf dem bis jetzt vorgeschriebenen Wege für den Einkauf von $2\frac{1}{2}\%$ wirk-

licher Schuld zu sorgen, welchen der jährliche Uebergang von 5 Millionen ausgestellt erfordert. Da nun von der für 1832 ausgeloseten, ausgestellten Schuld bereits 1,928,000 fl. vernichtet waren, so hatte das Amortissement-Syndikat nur noch 3,072,000 fl. wirkliche Schuld einzukaufen.

2) Eine Million Gulden von seinen $4\frac{1}{2}\%$ Schuldscheinen abzulösen.

3) Dreimal hundert tausend Gulden von seinen $3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheinen einzukaufen und zu vernichten.

Die Mittel dazu hatte das geheime Amortissement-Syndikat in sich selbst zu suchen.

Der trotz der eingestellten Feindseligkeiten fortdauernde Kriegszustand musste die Finanzlage des verkleinerten Staates immer mehr erschweren. Früh legte die Regierung den Generalstaaten in den Späthjahrssitzungen von 1831 die Gesetzentwürfe zur Regulirung des Haushaltes für das folgende Jahr vor. Das bisher befolgte

Prinzip eines festen zehnjährigen, und eines veränderlichen einjährigen Budgets war nicht länger anwendbar, da die feste Zinsbürde, welche erstem angehört, täglich stieg. Alle Staatsausgaben, die sich berechnen liessen, wurden daher auf ein einziges Budget gebracht, während die Regierung besondere Credite für die Ausgaben, welche der Kriegszustand mit sich brachte, verlangte. Der Betrag der erstern war keinesweges erfreulich, indem nicht weniger als über 48 Millionen Gulden dafür gefordert wurden; und es ist daher nicht zu verwundern, wenn die Debatten darüber sehr lebhaft waren. Manche Mitglieder erschranken gewissermassen vor einem solchen Bedürfnisse eines so kleinen Staates; denn mit Zuziehung der ausserordentlichen Ausgaben, welche aus dem Kriegszustande hervorgingen, schwoll das gesammte Staatsbedürfniss auf nicht weniger als 94 Millionen Gulden an. — Noch stärker als bei der Berathung des vorigen Budgets liess sich das Verlangen nach Ersparnissen und Ver-

einfachungen im Staatshaushalte hören. Man warf den Ministern vor, eine Menge geeigneter Mittel zu diesem Zwecke angegeben zu haben; doch dieselben hätten sich damit beholfen, auf auswärtige Angelegenheiten zu verweisen. Das Bestehen des mit dem Grundgesetze durchaus unverträglichen Amortissement-Syndikats und die fortwährende Besoldung belgischer Beamten waren ein Gegenstand neuer Rügen. Die Forderungen für das Departement des Nationalgewerbflusses und der Kolonien wurden heftig bestritten, auf den Grund, dass die Kolonien nach dem Grundgesetze § 60 aller Einwirkung der Generalstaaten entzogen sind, indem die Leitung ihrer Angelegenheiten ausschliesslich der Krone zustehet. Einer der Abgeordneten, Herr *van Nes*, betrachtete den gegenwärtigen Finanzzustand als eine nothwendige Folge des frühern Mangels an Sparsamkeit, und deutete darauf hin, dass der fortschreitende Verfall des Mittelstandes in Holland sehr leicht ähnliche Convulsionen herbeiführen

könnte, wie diejenigen, womit ein grosser Theil von Europa in der letzten Zeit heimgesucht worden ist. Ein grosser Theil der Deputirten betrachtete indessen den Gesetzentwurf nicht nach seinen wirklichen Bestandtheilen, sondern nach den Zeitverhältnissen, aus Besorgniss, dass durch dessen Verwerfung die Uebereinstimmung zwischen Fürsten und Volk in dem gegenwärtigen Augenblicke auf eine gefährliche Weise gestört werden könnte; jeder Schatten einer innern Uneinigkeit oder Unzufriedenheit schien ihnen auf die auswärtigen Verhältnisse des Staates nachtheilig einzuwirken. Der Finanzminister verfehlte nicht, diese Stimmung zu benutzen. Dem Verlangen nach Vereinfachungen und Ersparnissen im Staatshaushalte hielt er entgegen: es sey noch nicht an die richtige Ordnung der inländischen Angelegenheiten zu denken, da es schon sehr viele Mühe koste, sie nur im Gange zu erhalten, und nicht in der Verwirrung theilen zu lassen, welche die ausländischen getroffen. Die verlangte

Auflösung des geheimen Amortissement-Syndikats erklärte er für ganz unzeitig, theils wegen des Standpunktes, auf welchem dieses Institut sich gegen Belgien befinde, theils auch wegen der erstaunungswürdigen Mühe, welche die Liquidirung der noch bei demselben vorhandenen Kapitalien erfordere. Mit aller Anstrengung des ihm eigenen Scharfsinnes gab er der zweiten Kammer die sehr tröstliche Versicherung, dass das eingeführte Ersparungssystem bereits die herrlichsten Früchte trage, und noch weitere verspreche. Zum Beweise des erstern verwies er auf das vorhergehende Budget, auf welchem die gesammten Staatsausgaben mit 87 Millionen Gulden aufgeführt waren, während nun 94 Millionen dafür gefordert wurden *). Trotz aller, vom Finanzminister

*) Wenn wir auch von den für die Staatsbedürfnisse von 1832 verlangten . . . fl. 94,000,000
nach der Angabe des Finanzministers für die Zinsen der seitdem creirten Schulden . . . „ 4,000,000
abziehen, so bleiben . . . fl. 90,000,000

aufgebotenen Kunst, liess sich der Ausgang der Debatten sehr bedenklich an. Da lehrte die Noth ein neues Hülfsmittel. Der Finanzminister überbrachte der Kammer die schriftliche Königliche Versicherung, dass von den für die Staatsausgaben verlangten 48 Millionen vorerst nur 44 Millionen gebraucht werden sollten, doch unter ausdrücklicher Vorbehaltung, wenn die Um-

Das vorhergehende Budget war .	fl. 87,000,000
wovon aber bei der angestellten	
Vergleichung die für das Depar-	
tament des Nationalgewerbfleisses	
und der Kolonien (welches auf	
dem neuen Budget weggelassen	
ist) die verlangte Summe von . . .	„ 3,300,000
abzuziehen ist, wodurch der Be-	
trag auf	fl. 83,700,000

zurückgeführt wird.

Nach dieser ziemlich einfachen Berechnung würde das Budget von 1832 fl. 6,300,000 mehr als das von 1831 betragen.

Es gehört wohl ein unbegreiflicher Scharfsinn dazu, um dessen ungeachtet eine Ersparniss von 9,000,000 fl. angeben zu können. Diese Aufgabe hat jedoch der niederländische Finanzminister zu lösen versucht.

stände nicht gestatten möchten, die beabsichtigte Ersparniss von vier Millionen in Vollziehung zu bringen, später die nöthigen Mittel zur Deckung des Fehlenden vorzuschlagen. Dieses hatte eine beinahe magische Wirkung, indem der ministerielle Antrag, welcher nach den in der Kammer geschehenen Erklärungen auf dem Punkte stand, mit 1 Stimme durchzufallen, nun mit 45 Stimmen gegen 8 angenommen ward.

Das Gesetz zur Festsetzung der Staatsausgaben von 1832 ist am 29. Dec. 1831 publicirt, und lautet folgendermassen:

I. Königliches Haus fl. 1,425,000 —

II. Staatssecretariat

u. hohe Kollegien „ 569,840 —

III. Departement der
auswärtigen Ange-

legenheiten . . . „ 569,800 —

IV. Justizdepart. . . „ 1,150,000 —

V. Departement des

Innern . . . „ 3,280,000 —

Transport fl. 6,994,640 —

Transport fl. 6,994,640 —

VI. Departement der
Angelegenheiten

des reformirten

Kultus etc. . . . „ 1,330,000 —

VII. Departement der
Angelegenheiten

des kathol. Kultus . „ 400,000 —

VIII. Depart. d. Marine „ 6,500,000 —

IX. Finanzdepart. . . „ 21,369,003. 43 Ct.

X. Kriegsdepart. . . „ 12,100,000 —

XI. Departement des
National-Gewerb-

fleisses und der

Kolonien.

Pro memoria . — — — —

zusammen fl. 48,693,643. 43 Ct.

Ausserdem ward für unvorhergesehene
Ausgaben die Summe von 500,000 fl. zur
Verfügung der Regierung gestellt.

Noch grössern Schwierigkeiten, als die
Festsetzung der Staatsausgaben, unterlag
die Anweisung der Mittel zu deren Be-
streitung. Die schweren Lasten, welche

auf dem Landmanne ruhen, waren schon längst ein Gegenstand starker Klagen in denjenigen Provinzen, deren Haupterwerbsmittel auf dem Landbaue beruhet; und diese Klagen konnten durch eine Erhöhung der drückenden Grundsteuer, durch sogenannte *Centimes additionnels*, nicht anders als erhöht werden, was sich in der Kammer laut offenbarte. Dessen ungeachtet ward der ministerielle Antrag mit 33 Stimmen gegen 18 angenommen.

Durch das Finanzgesetz vom 31. Dec. 1831 sind zur Bestreitung der Staatsausgaben von 1832 vorläufig folgende Mittel angewiesen.

a) Alle directe Steuern, die Accise, Enregistrement und weitere indirecte Abgaben auf den Fuss, wie dieselben bis dahin erhoben worden, nämlich:

- 1) Die Grundsteuer nach dem primitiven Anschlage von 8,127,321 fl.;
- 2) die Personalsteuer;
- 3) die Patentsteuer;
- 4) die Accise, mit Vorbehalt nöthiger Ver-

änderungen, und mit einer Auflage auf Seife vermehrt;

5) das Enregistrement und andere indirecte Abgaben.

b) Eine Erhöhung der Grundsteuer um 20 %, und 2 % für schlechte Posten.

c) Eine Erhöhung der Personalsteuer um 75 %.

d) Eine Erhöhung der Patentsteuer um 50 %, wobei jedoch eine Ausnahme für die Eigenthümer oder Schiffer von kleinen Schiffen und Barken für die inländische Schifffahrt statt fand, indem diese nur einer Erhöhung von 25 % unterworfen waren.

e) Eine Erhöhung der Accise um 25 %.

f) Desgleichen der andern indirecten Abgaben.

g) Die Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle; das ausländische Tonnengeld; die Wasserzölle, Backen- und Feuergelder.

h) Die Abgabe von Gold- und Silberarbeiten, und der Ertrag der Post und der Lotterie.

i) Die Einkünfte der Domainen des Prinzen

Friedrich von Oranien, welche durch das Gesetz vom 25. Mai 1816 dem Staate abgetreten worden.

k) Der Ertrag von zu verkaufenden Gegenständen, so wie die aussergewöhnlichen und zufälligen Einkünfte.

In sofern diese Mittel zur Bestreitung der Staatsausgaben unzureichend seyn möchten, wurden im Gesetze weitere Verfügungen zur Deckung des Fehlenden vorbehalten.

Zur Bestreitung der aussergewöhnlichen Pensionen, Leibrenten und anderer ablaufenden Zahlungen, welche auf dem vorhergehenden Status unter der Rubrik des Finanzdepartements einbegriffen sind, hatte das Amortissement-Syndikat nach § 9 des Gesetzes vom 27. Dec. 1822 1,539,080 fl. 77½ Ct. und nach § 1 des Gesetzes vom 5. Juni 1824 425,000 fl. in die Staatskasse zu stürzen.

Bei Vortragung der ausserordentlichen Staatsausgaben, welche der fortwährende Kriegszustand im Jahre 1832 nach sich ziehen konnte, war der Finanzminister, wie früher, vorerst darauf bedacht, keine zu

ängstliche Besorgnisse wegen deren Grösse in den General-Staaten aufsteigen zu lassen. Er fügte daher dem Gesetzentwurfe bei, dass von den für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement verlangten Summen vorerst nur die Hälfte zur Verfügung der Regierung gestellt werden, und die Verwendung des Restes nähern gesetzlichen Bestimmungen unterliegen sollte.

Dieses Mittel hatte eine vortreffliche Wirkung. Ueberdiess war bei der Majorität der Kammer anhaltend die Idee vorherrschend, dass es sich im reinsten Sinne von der Handhabung der National-Ehre und des National-Interesse handle, und dass man durch Ausdauer unter den obwaltenden, schwierigen Umständen am besten seinen Zweck erreichen würde. So geschah es, dass nur 4 Stimmen gegen den ministeriellen Antrag waren.

Im Gesetze vom 4. Jan. 1832 sind jene ausserordentlichen Staatsausgaben folgendermassen festgesetzt:

- 1) für das Departement
der Marine . fl. 3,433,646. 86 Ct.
 - 2) „ „ Finanzdepart. „ 10,064,516. 13 „
 - 3) „ „ Kriegsdepart. „ 31,744,100 —
-
- zusammen fl. 45,242,262. 99 Ct.

Nur die Hälfte der für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement bestimmten Summen war sofort disponible erklärt; die Verwendung des Restes sollte nähern gesetzlichen Bestimmungen unterworfen seyn.

Die Mittel zur Deckung dieser ausserordentlichen Ausgaben konnten nicht anders als mit grossen Schwierigkeiten verbunden seyn. Die Regierung legte dazu den General-Staaten wieder zwei mit einander zusammenhängende Gesetz-Entwürfe vor: der eine betraf eine freiwillige Anleihe, und der andere ein *don gratuit*.

Schon in den Sectionen äusserte sich die Mehrzahl der Deputirten für ersteres Mittel, indem sie einen gezwungenen Beitrag des Volkes unter den obwaltenden Umständen als gefährlich betrachteten, und die Regierung theilte diese Ansichten. Die Anleihe war

nicht bloss auf Herbeischaffung der ausserordentlichen Staatsbedürfnisse berechnet, sondern man verband damit wieder eine der grossen Operationen, wodurch das neuere niederländische Finanzsystem, wie wir bereits bemerkt, sich so sehr auszeichnet: alle seit dem Abfalle Belgiens gemachten Schulden sollten nämlich darin verflochten, und convertirt werden. Zur Erreichung dieses doppelten Zweckes ward die Creirung von nicht weniger als 138 Mill. Gulden 5 % Zinsen tragende Schuld vorgeschlagen.

Lebhaft waren die Debatten über den Gesetzesvorschlag. Zur Vermehrung der Opposition trug besonders der Umstand bei, dass die General-Staaten den Credit für jene Bedürfnisse vorerst nur auf 6 Monate bewilligt hatten, während die Regierung durch die Anleihe sich der Mittel auf das ganze Jahr versicherte. Mehrere Mitglieder glaubten, dass die bis zum 1. Juli benöthigten Gelder vorerst durch ein *don gratuit* oder eine gezwungene Anleihe von 17 bis 18 Millionen

Gulden herbei zu schaffen seyen, und dass, wenn die Umstände in der zweiten Hälfte des Jahres die angegebenen ausserordentlichen Ausgaben nöthig machten, die Mittel dazu durch nähere gesetzliche Bestimmungen angewiesen werden könnten. Der Deputirte, Herr *van Nes*, widersetzte sich besonders dem Vorschlage in einer sehr gehaltvollen Rede. Er glaubte, die feste Aussicht auf ein *don gratuit* von 3% vom Vermögen und mehrere Prozente vom Einkommen (nach Gradationen bis 24%) müsste die vermögenden Klassen in ihrem eigenen Interesse genugsam bewegen, dem Staate dasjenige, was sie bei jenem Zwangsmittel zu bezahlen haben würden, zu 5% Zinsen, ohne die so schädliche Bedingung eines Abzuges von 15%, welcher den Theilnehmern in der vorgeschlagenen freiwilligen 5% Anleihe zugesichert wurde, vorzuschliessen. Die beabsichtigte Conversion rügte er scharf, theils wegen der Vermehrung des Kapitals, welche damit verbunden war, theils wegen des Zweckes, den bestimmten Ablösungen

der Schulden zu entgehen. Die Verminderung der Zinsen um 210,000 fl., womit der Finanzminister diese Massregel zu beschönigen suchte, käme in keine Vergleichung mit einer Kapitalvermehrung von 22,650,000 fl. Nach wiederhergestelltem Frieden würde der Zinsfuss wohl auf 5 % und darunter fallen, und alsdann wäre es Zeit, an die Convertirung der Staatspapiere zu denken, welche höhere Zinsen tragen. — Die politischen Verhältnisse wurden in den Debatten nicht vergessen. Sehr treffend bemerkte der Abgeordnete, Herr *Luzac*: Holland selbst habe das grösste Interesse, dass sein Feind sich durch den fortdauernden Kriegszustand nicht ruinire; denn Belgien stehe als sein grosser Schuldner da, und eine durch Verarmung herbeigeführte Zahlungsunfähigkeit desselben müsste daher auf das Staatswohl von Holland sehr nachtheilig einwirken. Der Finanzminister unterliess nicht, seinen Vortrag wie gewöhnlich, durch eine ebenso pathetische als wortreiche Rede zu vertheidigen. „Endlich,“ rief er unter

anderm aus, „steht hier vor meinem Geiste Europa. — Europa, das unsern Gang beobachtet, das unsere Stimmen abwiegelt, und vielleicht seine Stimme nach der unsrigen richtet“^{*)}. — Der Deputirte, Herr *van Nes*, nahm indessen noch einmal das Wort, um zu bemerken, dass seine vorzüglichsten Einwürfe in dieser wortreichen Rede des Finanzministers nicht allein nicht widerlegt worden, sondern deren selbst nicht einmal erwähnt seye. Bei der Mehrzahl der Abgeordneten waren jedoch die Worte „Eintracht und eine Respect gebietende Haltung gegen das Ausland“ in solcher Verehrung, dass vor dem Zwecke die Mittel zu dessen Erreichung mehr oder weniger untergeordnete Rücksichten wurden, und das Pathetische der vom Minister gehaltenen Rede konnte daher eine doppelte Wirkung

^{*)} In der Beilage zur niederländischen Staatszeitung vom 7. Januar 1832 steht wörtlich:

„Eindelyk staat hier voor mynen geest Europa! Dat Europa, het welk onzen gang bespiedt; onze stemmen weegt, dat zyne stemmen welligt paar de onze regelt.“

äussern. So ward dann der, unsers Bedünkens, mehr als sonderbare Gesetzentwurf mit 31 Stimmen gegen 15 angenommen.

Das daraus entstandene Finanzgesetz vom 6. Jan. 1832 fängt damit an, dass man, ehe zu einer Vermögens- und Einkommens-Steuer geschritten würde, eine freiwillige Anleihe unter billigen Bedingungen versuchen wolle.

Die Grundlagen der Anleihe sind im Wesentlichen die folgenden:

- 1) Zur Bestreitung der ausserordentlichen Staatsbedürfnisse und zur Einlösung der seit dem Abfalle Belgiens gemachten Schulden konnte ein 138 Millionen nicht übersteigendes Kapital creirt werden, welches 5 % Zinsen trägt, unaufkündbar ist, und auf ein besonderes Grossbuch einzuschreiben war.
- 2) Die Grösse der Antheile in der Anleihe wurde auf 2000 fl. Kapital festgesetzt, doch wurden auch verkleinerte Summen von $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{5}$, $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{20}$ angenommen.

3) Die Theilnehmer konnten die Zahlung für einen solchen Antheil auf vier verschiedene Arten machen, nämlich:

a) ganz in baarem Gelde mit 1700 fl.;

b) in einer Obligation von 1000 fl. der gezwungenen 5 % Anleihe von 1830 mit einem Zuschusse von 800 fl. in baarem Gelde;

c) in Schatzkistbilletten, 1000 fl. betragend, mit einem Zuschusse von 600 fl. in baarem Gelde;

d) in Obligationen oder Scheinen der zwei 6 % Anleihen vom 13. April 1831 und 28. Juni 1831, der Gestalt, dass bei 1000 fl. Kapital davon nur ein Zuschuss von 650 fl. in baarem Gelde erfordert wurde.

Die auf den drei verschiedenen Arten von Papieren laufenden Zinsen wurden als baares Geld gerechnet.

4) Die Zahlungen mussten in vier Terminen geschehen, nämlich

$\frac{1}{4}$ am 1. Februar 1832

$\frac{1}{4}$ „ 15. April „

$\frac{1}{4}$ am 15. Juli 1832

$\frac{1}{4}$ „ 15. October „

Die Theilnehmer hatten sich spätestens binnen 14 Tagen nach der Einzeichnung zu erklären, ob sie die Zahlungen ganz in baarem Gelde machen wollten. Im Unterlassungs-Falle mussten die Zahlungen zum Theil in den Papieren, welche man einziehen wollte, nach den drei erwähnten Bestimmungen, geschehen.

- 5) Ausser den Scheinen für die Erfüllung der Termine, worauf später die Einschreibung auf das Grossbuch erfolgte, erhielten die Theilnehmer für den Betrag der baaren Zahlungen noch besondere Beweise auf ihren Namen, welche, wenn man gezwungen gewesen wäre, noch zu dem *don gratuit* seine Zuflucht zu nehmen, dabei als baares Geld in Bezahlung hätten gegeben werden können.
- 6) Wurde in die Anleihe nicht bis zu dem für die Staatsbedürfnisse erfordernten

Beträge eingezeichnet, so blieb es dem König überlassen, eine neue 5 % Anleihe, jedoch unter weniger vortheilhaften Bedingungen, zu eröffnen.

7) Bei Berathung des Budgets von 1834 und der weitem sollte in Erwägung gezogen werden, welche Summe jährlich zur Tilgung dieser Schuld verwendet werden könnte.

8) Die Obligationen und Schatzkistbillette, welche durch die Anleihe in die Staatskasse flossen, sollten monatlich der Rechenkammer übergeben und vernichtet werden. Diese Vernichtung war mit Angabe der Nummern und Grösse der respectiven Schuldscheine öffentlich bekannt zu machen.

Das *don gratuit*, wovon der zweite Abschnitt des erwähnten Gesetzes handelt, wäre von einer in die Vermögensumstände der Particuliere sehr empfindlich eingreifenden Art gewesen. Die Beiträge vom Einkommen stiegen progressiv von $1\frac{1}{2}\%$ bis

24 $\%$, und die Vermögenssteuer war festgesetzt

auf 1 $\%$ von fl. 500 bis unter fl. 700

„ 2 „ „ „ 700 „ „ „ 1000

„ 3 „ „ „ 1000 und darüber.

Wirft man einen Blick auf das Gesetz, wovon Vorstehendes ein Abriss ist, so wird man schwerlich über die Opposition, die gegen dasselbe statt gefunden, verwundert seyn. Die Credite für die ausserordentlichen Staatsbedürfnisse von 1832 waren vorerst nur auf ein halbes Jahr bewilligt, und es däucht uns daher in der Natur der Sache zu liegen, dass die Mittel zur Bestreitung dieser Ausgaben vorerst auch nur für diese Periode anzuweisen waren. Durch das freiwillige Anlehn erhielt aber das Ministerium die Mittel zur Bestreitung der angegebenen Ausgaben für ein ganzes Jahr, und so konnte es der Bewilligung der Credite für den übrigen Theil des Jahres um so mehr versichert seyn, da die geringe Opposition, welche sich gegen den Credit

für die ersten sechs Monate erhoben hatte, grösstentheils auf die Schwierigkeit, die nöthigen Mittel dafür anzuweisen, gegründet war. Diese letzte Schwierigkeit für das folgende halbe Jahr zu vermeiden, war es, was der Finanzminister ohne Zweifel beabsichtigte. — Da man auf den Hintergrund ein *don gratuit* vom Vermögen und Einkommen stellte, so hätte der Reiche sich wahrscheinlich bewogen gefunden, dem Staate die benöthigten Gelder für die ersten sechs Monate zu 5 % vorzuschliessen; denn wenn er es nicht that, so war er vom *don gratuit* bedroht. Aber diese Klasse sich zu befreunden, war vom Anfange an vorherrschendes Finanzprinzip der gegenwärtigen Regierung. Der Finanzminister legte hierüber in seiner mehr erwähnten Rede vom 4. Januar ein offenes Bekenntniss ab, indem er in der Einleitung derselben unumwunden erklärte, dass ihm nächst dem Staate (unter welchem Worte er wohl allem Anscheine nach dessen ehrenvolle Unabhängigkeit verstand) Credit über alles

gehe *). Sollte man nach einer solchen Erklärung nicht zu dem Schlusse berechtigt seyn, dass der Finanzminister seine Eigenschaften als Finanzminister und Staatsmann gar zu häufig vor seinen Funktionen als Präsident des ganz auf den Verkauf von Staatsschuldzetteln gegründeten, geheimen Amortissement-Syndikats verläugne? Offenbar verräth der ganze vorliegende Finanzplan besondere Ansichten über den Einfluss, welchen Creditmittel auf das Staatswohl äussern.

Durfte die Regierung es nicht wagen, eine Art gezwungener Anleihe auszuschreiben,

*) So wichtig auch Credit in jedem Staatshaushalte ist, so kann er doch durchaus nicht auf den Vorgrund gestellt werden; denn er ist eigentlich nur die Folge eines gut geordneten Haushaltes. Das angeführte Bekenntniss des Finanzministers wird daher mit Recht auffallend seyn. Bei einem Finanzsysteme, welches vom ersten Anfange an mit Deficiten (die im Laufe der Zeit immer steigen mussten) zu kämpfen hatte, verfällt freilich die gewöhnliche Regel, und die Leichtigkeit des Verkaufes von Schuldscheinen nimmt endlich die erste Stelle ein.

aus Furcht, sich die reichen Kapitalisten abhold zu machen, so gebot die Staatsklugheit, unter den obwaltenden ungünstigen Umständen eine freiwillige Anleihe auf das dringendste Bedürfniss zu beschränken. Zu einer Convertirung der Staatspapiere von einem höhern Zinsfusse war gewiss damals der ungünstigste Moment; denn dieser Zweck konnte nur vermittelt einer solchen Vermehrung des Kapitals erreicht werden, dass die vorgegebene Zinsenverminderung von 210,000 fl. dagegen in keine Betrachtung kam. Nicht mit Unrecht däucht uns der Deputirte, Herr *van Nes*, diese Massregel mit der Handlung eines minderjährigen Sohnes zu vergleichen, der in der Aussicht auf seines Vaters Tod einem Wucherer den unvernünftigsten Contract unterzeichnet. — Die Papiere, welche man zu convertiren beabsichtigte, wurden überdiess bei der Anleihe auf einen Fuss in Bezahlung genommen, der in keinem Verhältnisse zu den damals bestandenen Börsepreisen war. Die Schatzkistbillette wurden eigentlich 10% über ihren

Nennwerth angenommen; gewiss ein bis dahin bei der Abtragung von Staatsschulden unbekanntes Verfahren. Der Zeitpunkt war nicht allzu entfernt, wo diese Papiere noch auf ungefähr 80% gestanden hatten; und bei den Lieferungen, welche der Staat damals geschlossen, blieb die *valuta*, worin die Lieferanten die Zahlung zu erwarten hatten, gewiss nicht unberücksichtigt, so dass der Staat durch dieses Verfahren in manchen Fällen wohl einen Verlust von 30% leiden konnte. Die jährlichen Ablösungen der gezwungenen 5% Anleihe von 1830 und der zwei freiwilligen 6% Anleihen vom Jahre 1831, welche 3,120,000 fl. erfordern, fingen erst in 1833 an, und es war daher noch nicht die Zeit, zu diesem Zwecke die nöthigen Massregeln zu nehmen, besonders wenn sie mit grossen Opfern verbunden waren. Vergebens beruft der Finanzminister sich auf das Beispiel Englands, welches während des Krieges seine ungeheuren Anleihen grösstentheils in 3% *Stocks* gemacht hat; denn die Geldleiher empfangen

damals diese Fonds auf eine Art, dass sie ungefähr 5 % Zinsen zogen. Nun ist der Staat nicht im Stande, sich seine Zinsensbürde zu erleichtern; und dieses ist es, was England gegenwärtig am meisten drückt. Die während des Krieges gemachten Schulden zu 5 % Zinsen sind in England durch ein paar Conversionen, ohne namhafte Kapitalvermehrung, in $3\frac{1}{2}$ % Fonds verwandelt worden. Bei reifer Ueberlegung konnte daher Englands Beispiel nur zu einer Warnung vor dem beabsichtigten Schritte dienen. Von welcher Seite wir auch die erwähnte Conversion betrachten, so finden wir dazu den ungünstigsten Zeitpunkt gewählt. Nur bei wiederhergestelltem Frieden, und nachdem in dessen Folge das Vertrauen wieder befestigt und der Zinsfuss auf einen niedrigen Standpunkt gekommen ist, lässt sich vernünftiger Weise an eine solche Massregel denken.

Zieht man alles dieses in ernstliche Betrachtung, so kann man, unsers Bedünkens, gar leicht in Versuchung gerathen, der ent-

worfenen grossen Finanzoperation irgend einen geheimen Zweck zum Grunde zu legen. — Geheimniss war vorherrschendes Prinzip derjenigen, welche bis dahin das niederländische Finanzwesen geleitet haben. Als ein laut sprechender Beweis davon stehet da das durch das Gesetz vom 27. December 1822 creirte und mit

94 Millionen $2\frac{1}{2}\%$ Schuldverschreibung

116 „ „ $4\frac{1}{2}\%$ Schuldscheinen

und der Befugniss, Domainen, welche einen reinen Ertrag von 1,750,000 fl. abwerfen, zu veräussern,

ausgestattete, geheime Amortissement-Syndikat, über dessen Thun und Lassen den General-Staaten durchaus keine Controlle zustehet. Eben so wenig findet diese statt rücksichtlich der Kasse der ostindischen Besitzungen, obgleich dieselbe von den General-Staaten eine Garantie für drei Anleihen, zusammen 37,700,000 fl. betragend, zu erlangen gewusst hat. Mit der Hülfe zweier solchen Institute war es bis jetzt den Räthen der Krone leicht, sich die Mittel

zur Befriedigung aller wirklichen oder vermeintlichen Bedürfnisse im Staatshaushalte zu verschaffen, worüber man den General-Staaten die Guttheissung ersparen wollte. Kein Wunder daher, dass von dem Augenblicke der Stiftung des Amortissement-Syndikats an alle grosse Finanzoperationen demselben anvertraut worden. Nun hatte sich aber in der letzten Zeit die öffentliche Meinung so sehr gegen dieses Institut erhoben, dass die Minister es nicht länger wagen durften, sich seiner Hülfe auf dem nämlichen Fusse, wie bisher, zu bedienen; und es möchte daher nicht zu verwundern seyn, wenn sie auf andere Mittel bedacht waren. Und diese scheinen uns in dem vorliegenden Finanzplane nicht ausgeschlossen zu seyn.

Zur Bestreitung der ausserordentlichen Bedürfnisse des ganzen Jahres 1832 wurden ungefähr 45 Millionen Gulden erfordert. Nun ward aber die Regierung, um zugleich andere Staatspapiere zu convertiren, ermächtigt, eine Anleihe bis zum Betrage von 138 Mill.

Gulden zu machen. Dass die beabsichtigte Conversion nicht ganz zu Stand kommen würde, war mit Zuversicht vor auszusehen; denn für die zu verwechselnden Papiere waren jährliche Ablösungen bestimmt, und viele Inhaber fanden darin eine Garantie, welche den neuen 5 % Schuldscheinen fehlte. Der Erfolg hat dieses nur zu sehr dargethan. Der unterbliebenen Conversion ungeachtet hatte die Regierung es in ihrer Macht, die Anleihe bis zu jeder beliebigen Höhe, die das bezeichnete Ziel von 138 Mill. Gulden nicht überstieg, zu benutzen. Waren die Register für die Unterzeichnungen geschlossen, so stand ihr die Börse zu Gebote, so lange sich Käufer für die Papiere zeigten, woran bei der gegenwärtigen Spiel sucht in Staatspapieren mit keinem Grunde zu zweifeln war. Wer dem Geschäftsgange an der Amsterdamer Börse mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird solche Ansichten schwerlich ganz verwerfen können. Und darnach möchte der erörterte Finanzplan einigermassen als ein Versuch er-

scheinen, sich eine neue Bahn zu brechen, auf welcher man im niederländischen Haushalte der bisherigen Hülfe des Amortissement-Syndikats entbehren kann.

Nichts, was eine solche Ueberschreitung wirklich hemmen konnte, liegt im Gesetze. Nach § 18 waren allerdings die Obligationen, Schatzkistbillette und Interimsscheine der Anleihen (*Recepissen*), welche die Staatskasse in Folge der neuen Anleihe erhielt, monatlich der allgemeinen Rechenkammer zu übergeben und zu vernichten. Gegen diese Bestimmung däucht uns aber in die Wagschale gelegt werden zu müssen, was sich rücksichtlich der $4\frac{1}{2}\%$ Syndikat-Obligationen zuge tragen hat. Das Amortissement-Syndikat erhielt nämlich die namhafte Ausstattung von 116 Mill. Gulden $4\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine nur mit der ausdrücklichen Bestimmung, davon keinen andern Gebrauch zu machen, als:

- 1) die 5% Schuldscheine des frühern Syndikats abzulösen, und
- 2) die ausgestellte Schuld, sowohl Certificate als Kansbillette, beide zusammen

zum Preise von 50 fl. für 1000 fl. Nennwerth, einzuziehen;
und um jedem Missbrauche jenes ungeheuren Credits vorzubeugen, ward in seinen Statuten § 36 festgesetzt: „das Amortissement-Syndikat habe, bei der „Anbietung der neuen Schuldscheine zur Registrirung, der „allgemeinen Rechenkammer die „nöthige Anskunft über deren „Verwendung zu den vorgeschriebenen Zwecken zu geben.“

Obgleich nun der letzte — der grössere Zweck, wegen des weit über 50 fl. gestiegenen Courses der ausgestellten Schuld (Certificate und Kausbillette zusammen) mit keiner Wahrscheinlichkeit zu erreichen war, so machte doch das Amortissement-Syndikat bereits am 28. Juli 1823 ein Anlehn von 80 Millionen Gulden zu $4\frac{1}{2}\%$ Zinsen auf den ihm eröffneten Credit, und die Registrirung der dafür ausgegebenen Schuldscheine unterlag nicht der mindesten Schwierigkeit. Der Graf *van Hogendorp* fand

sich dadurch bewogen, in der Sitzung der zweiten Kammer vom 22. Dec. 1823 sein Erstaunen über diese Handelsweise laut auszusprechen, und bemerkte: „es sey un-
„greiflich, wie das Amortissement-
„Syndikat sich mit der allge-
„meinen Rechenkammer über die
„Anleihe von 80 Millionen Gulden
„habe verständigen können.“ — Wer geräth wohl nach einer solchen offenkundigen Thatsache in Versuchung, dem letztern Institute das Verdienst abzusprechen, dass es die stille Vollziehung geheimer Winke als die erste seiner Pflichten betrachte? *)

*) Die allgemeine Rechenkammer in den Niederlanden ist ein Institut, welches eine Controlle über alle Ausgaben und Einnahmen ausüben soll, wie aus § 202 des Grundgesetzes hervorgeht. Dieser Artikel lautet:

*„Il y a, pour tout la royaume, une chambre des
„comptes, chargée de l'examen et de la liquidation des
„comptes annuels des départemens d'administration générale,
„et de ceux de tous comptables de l'État et autres,
„conformément aux instructions données par la loi.“*

Diese Controlle scheint aber nach mehreren Aeusserungen, welche noch später in der zweiten Kammer gemacht worden sind, beinahe mehr der Form als der Wirklichkeit nach statt zu finden.

Die Unterzeichnungen für die Anleihe, welche vom 16. Jan. bis 30. des nämlichen Monats statt finden mussten, betrugen 82,115,200 fl., und der Finanzminister kündigte unterm 25. Febr. öffentlich an, dass, in Folge der vielen Theilnahmen mit baarem Gelde, durch diese Unterzeichnungen ein so grosser Theil der ausserordentlichen Ausgaben gedeckt sey, dass keine gezwungene Beiträge ohne nähere Berathung der Krone mit den General - Staaten würden verlangt werden.

Mit Recht wird man über die Masse von Schulden erstaunen, welche ein kurzer Kriegszustand in dem so sehr verkleinerten Staate bis dahin zur Folge hatte. Es stehet wohl sehr dahin, ob selbst bei völliger Ruhe eine solche Masse von Schuldscheinen im Inlande unterzubringen gewesen wäre, ohne gewisse Convulsionen in den Fonds-Geschäften zu erzeugen. Nun ist aber, abgesehen von dem Kriegszustande, zu berücksichtigen, dass nicht allzu lange vor dem Abfalle Belgiens viele reiche Kapitalisten in Holland

eine gewisse Abneigung gegen die inländischen Staatspapiere gefasst zu haben schienen, in deren Folge grosse Kapitalien aus denselben zurückgezogen wurden. Die im Verhältnisse zu dem Reichthume des Landes so geringe Theilnahme an den zwei freiwilligen 6% Anleihen möchte sich dadurch einigermassen erklären.

Unter diesen Umständen musste die Regierung, welche selbst im Genusse der tiefsten Ruhe anhaltend die Hülfe von Creditmitteln in gar reichlichem Masse benutzt hatte, in keine geringere Verlegenheit gerathen als der päpstliche Stuhl unter *Leo X.* rücksichtlich der Mittel zur Fortsetzung des Baues der St. Peters-Kirche, oder — wie die Geschichte erzählt — noch weit mehr rücksichtlich der Mittel zur Bestreitung anderer Ausgaben, welche nicht zu Regierungszwecken gehören. Das Staatswohl hing nun grossen Theils davon ab, einen tüchtigen *Tetzel* zur Verbreitung von Ablass- oder Staatsschuldzetteln in fremden Ländern zu finden. (Auch der heilige Vater hat heut zu

Tage erstere gegen letztere verwechselt, wovon die rasch auf einander folgenden päpstlichen Anleihen zeugen). Eine nützliche Lehre bot in dieser Hinsicht der Regierung das Verfahren dar, wodurch man einige Jahre früher die sogenannte spanische *rente perpetuelle* an der Amsterdamer Börse einheimisch gemacht hat.

Da der verstorbene König *Ferdinand VII.* die von den Cortes gemachten Anleihen durchaus nicht anerkennen wollte, so wurden die neu ausgegebenen spanischen 5 % Schuld-scheine, sogenannte *rente perpetuelle*, anfänglich an allen Börsen mit Indignation verstossen. Spanische *Tetzel* liessen sich aber dadurch nicht irre machen, sondern verfolgten ihren Plan mit eben so grosser Gewandtheit als Beharrlichkeit. Sie kannten die Börsen. Sie wussten, dass eine Menge kleinerer Papierhändler vom täglichen Papier-spiele lebt, und dass es diesen Leuten nicht wohl einfallen kann, sich im mindesten um den wirklichen Werth des Gegenstandes ihres Spieles zu bekümmern. Um nun diese

Spielsucht auf die Papiere eines Staates zu leiten, werden hauptsächlich zwei Umstände erfordert: erstlich dass ein Cours davon an der Börse notirt werde, und zweitens dass eine grosse Masse davon vorhanden sey, um bei einer etwaigen Lieferung nie in Verlegenheit zu gerathen. Lëtzteres erfordert natürlich keine schwierige Fabrikation. Ersteres war aber unter den angegebenen Umständen etwas schwierig, und nur auf folgende Weise zu bewerkstelligen. — Unter Anleitung eines mit dem Verkaufe der Anleihe beauftragten Agenten vereinigten sich zwei Handelshäuser dahin, dass das eine seinem Correspondenten an einem fremden Platze eine gewisse Quantität Schuldscheine, unter Bestimmung des Preises, zum Verkaufe einsandte, und das andere seinem Correspondenten am nämlichen Platze, unter Uebermachung des Betrages und Bestimmung des Preises, den Auftrag zum Einkaufe dieser Papiere ertheilte. Solche Aufträge wurden natürlich nicht abgelehnt, da die Provision gar leicht zu verdienen war. Durch eine

mehrmalige Wiederholung dieser Operation brachte man es dahin, dass ein Cours notirt ward. Die Operation kostete freilich ihrer Natur nach eine vierfache Provision und eine dreifache Courtage; aber dieses konnte bei einem Staate, der noch nie einen Heller zur Bezahlung der Zinsen von seinen Schuldscheinen in's Ausland gesandt hat, in keine Betrachtung kommen. — Bedenkt man noch, dass die spanischen Staatspapiere vorzüglich nach katholischen Ländern einen starken Absatz gefunden haben, so sollte man beinahe schliessen, dass selbst Ueberredungsmittel besonderer Art bei rechtgläubigen Christen der allein selig machenden Kirche nicht verschmähet worden seyen.*)

*) Manche gründen das Vertrauen, welches sie den spanischen Papieren schenken, auf die Hilfsquellen, welche der Staat in den unermesslichen Besitzungen der Geistlichkeit und der Klöster finden kann. Aber diese Hilfsquellen werden schwerlich zu benutzen seyn, ohne dass eine grosse Katastrophe vorangehe. Und bei einer solchen wird man schwerlich das Interesse der auswärtigen Staatscrediteuren

Nahm man eine solche Lehre zu Herzen, so war die Londner Börse, an welcher in der neuern Zeit der Handel in Staatspapieren aller Art, zum Theil auf Kosten des wirklichen Handels, einen so hohen Schwung genommen hat, das gelobte Land, worauf man vorzugsweise seinen Blick zu werfen hatte. Es bedurfte nur eines Mannes von grossem Ansehen, der daselbst voran ging, und der Tross der kleinern Speculanten folgte von selbst nach. Waren die holländischen Papiere einmal an der Londner Börse eingeführt, so standen ihnen die andern Börsen gewissermassen von selbst offen, indem erstere, sowohl wegen ihres Reichthumes als auch wegen ihres weiten Geschäftskreises, in Fonds-Geschäften den Ton angiebt. — Alles, was zu einem solchen

ausschliesslich berücksichtigen. Bei einem veränderten Regierungssysteme in Spanien wird man vor allem darauf zu sehen haben, das Volk nicht sofort durch eine Steigerung der Abgaben zu reizen, und zu dem Ende andere Hülfquellen zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse zu benutzen suchen.

tiefen Plane gehört, ward mit einer Kunst in Ausführung gebracht, die sich nur von einer langen zärtlichen Pflege des neuern Creditsystemes erwarten lässt. So vortrefflich war die Wirkung der angewandten Mittel, dass die Londner Börse in kurzer Zeit unendlich mehr holländische Staatspapiere kaufte, als der Staat im grössten Drange der Umstände zur Bestreitung seiner ausserordentlichen Bedürfnisse neue zu creiren nöthig hatte. Andere Börsen blieben gegen die Londner nicht zurück, und die holländischen Schuldscheine wurden bald fast überall gänge und gebe. Die ausserordentlichen Papierbeziehungen waren nicht durch die gewöhnliche Handelsbilanz zu decken, und so geschahe es, dass Holland gegen einen Papierverkauf gewissermassen mit Gold überschwemmt ward. Es war nun das Geld des Auslandes, womit für den Augenblick alle noch so ausserordentliche Staatsbedürfnisse bestritten werden konnten. Ohne diese glückliche Wendung der Dinge hätte das halb gezwungene, halb

freiwillige Anlehen in seinen Folgen sehr leicht Unzufriedenheit unter den reichern Klassen erzeugen können, was die Regierung vom ersten Anfange an vor allem zu vermeiden suchte.

Die Credite für die ausserordentlichen Ausgaben der andern 6 Monate von 1832 wurden, wie zu erwarten war, am 14. Juni und 1. November 1832 ohne eigentliche Schwierigkeit bewilligt, indem das erste Mal nur eine Opposition von 4 Stimmen und das zweite Mal nur eine von 2 war.

Der Kriegszustand ohne offene Feindseligkeiten dauerte fort. Noch äusserte sich lauter Enthusiasmus, indem man fest vertraute, dass die Regierung nur annehmbare und ehrenvolle Bedingungen in den Unterhandlungen wegen der Trennung von Belgien beabsichtige. Die grossen Seepplätze, deren Interesse durch die Freiheit der Scheldefahrt sehr gefährdet ist, zeichneten sich dabei vor den Landprovinzen aus, welche bei dieser Frage nicht direktes Interesse haben. Nur eine ganz kleine

Minorität (die natürlich vor der Masse der Nation in keine Betrachtung kommt) theilte, obgleich in wirklicher Vaterlandsliebe nicht zurückstehend, nicht ganz jene Ansichten. Sie wollte wissen, dass bei einer gewissen mächtigen Partei der Glauben an einen allgemeinen Krieg vorherrschend sey, dessen Resultat zu einem dritten Pariser Frieden führen müsse, und dass daraus nicht nur die Wiedervereinigung mit Belgien, sondern auch eine Vergrößerung des Staates durch die Abreissung einiger Gränzprovinzen Frankreichs hervorgehen müsse. — Wünsche werden manchmal zu Erwartungen erhoben, und es fragt sich, ob in dem vorliegenden Falle diese menschliche Schwäche sich nicht auch in einem gewissen Grade geäußert habe. — Waren solche Ansichten der Minorität nicht ganz ungegründet, so würden die enthusiastischen Seeplätze auf jeden Fall in ihren Erwartungen schmerzlich getäuscht worden seyn; denn bei der Bildung eines neuen grössern Staates hätten die nördlichen Niederlande doch wieder nur Provinzen gebildet, von welchen keine

auf Kosten der andern begünstigt werden darf, so dass die Scheldefahrt natürlich von selbst hätte frei seyn müssen. Und ohne einen allgemeinen Krieg, dessen Folgen sich nicht hätten berechnen lassen, war doch mit ziemlicher Zuversicht voraus zu sehen, dass England und Frankreich im Stande seyn würden, die Freiheit der Scheldefahrt durchzusetzen.

Wie dem nun auch seyn mag, so geht aus den Verhandlungen der Conferenz zu London hervor, dass das englische und französische Cabinet (mit Recht oder mit Unrecht) angenommen haben, die holländische Regierung suche, von solchen Hoffnungen getäuscht, die Unterhandlungen wegen einer Uebereinkunft in die Länge zu ziehen, um Zeit zu gewinnen. Jene zwei Cabinete fanden sich dadurch zu den bekannten Gewaltmassregeln bewogen, welche, da Holland sich nicht zur Räumung des belgischen Gebietes verstand, mit dem 15. November 1832 in Vollziehung gebracht wurden.

Gerade in diesem Momente erfolgten die

Berathungen der Gesetzentwürfe, die Festsetzung der ausserordentlichen Ausgaben von 1832, sowie die Mittel zur Deckung derselben betreffend, welche die Regierung den General-Staaten ziemlich früh in den Spätjahrssitzungen vorgelegt hatte, und zwar beinahe ganz in der Gestalt der vorhergehenden. — Tief ward von dem Schwächern die Gewalt des Stärkern gefühlt, und lauter Unwillen sprach sich bei der Nation über jene Zwangsmittel aus; doch glaubte man, durch Beharrlichkeit das Ungewitter abwenden zu können, und daher nicht nachgeben zu müssen. Es ist natürlich, dass diese Stimmung auch in die General-Staaten überging, und der Finanzminister versäumte nicht, dieselbe auf alle mögliche Weise zu benutzen, indem er auf die pathetischste Weise vorstellte: „es handle sich nicht mehr von einer Uebereinkunft, noch von Interessen, sondern der Staat werde mit einem Einfalle bedroht, und man wüsste nicht, was von der Regierung eigentlich verlangt würde.“ Selbst die Opposition theilte jenen Un-

willen der Nation, doch waren einige wenige Mitglieder, welche dafür hielten, dass man dem Drange der Umstände nachgeben müsste.

So gross nun auch die Bereitwilligkeit der General-Staaten war, den Forderungen der Regierung entgegen zu kommen, so fanden doch die zwei Gesetzesvorschläge aus finanziellen Gründen starken Widerstand. Derselbe gründete sich rücksichtlich des erstern vorzüglich darauf, dass man die Bewilligung der Credite zwar nur für sechs Monate, die Festsetzung der ausserordentlichen Ausgaben aber für ein ganzes Jahr verlange, und dass die Zinsen für den Antheil, welchen Belgien von der Staatsschuld zu übernehmen habe, wieder für ein ganzes Jahr ausgeworfen würden. Die Art und Weise, wie der Staat sich die Mittel zur Bestreitung der ausserordentlichen Ausgaben verschaffen wollte, fand man zu drückend. Das freiwillige Anlehn, welches zu dem Ende zuerst versucht werden sollte, beabsichtigte wieder eine Conversion anderer

Staatsschuldscheine, wobei die Obligationen der gezwungenen 5 % Anleihe von 1830 zu 105 % und die Obligationen der zwei freiwilligen 6 % Anleihen von 1831 zu 112 % in Bezahlung zu geben waren. Beide Anträge wurden indessen angenommen, und zwar ersterer mit 34 Stimmen gegen 12, und letzterer mit 31 Stimmen gegen 15.

Durch das Gesetz vom 22. November 1832 sind die ausserordentlichen Ausgaben von 1833 ganz so bestimmt, wie im vorhergehenden Jahre, nämlich:

- | | |
|-----------------------------------|---------------------------------|
| 1) für das Departement der Marine | |
| | auf . . fl. 3,433,646. 86 Ct. |
| 2) „ „ Finanzdep. „ | 10,064,516. 13 Ct. |
| 3) „ „ Kriegsdep. „ | 31,744,100. — |
| | <hr/> |
| | zusammen fl. 45,242,262. 99 Ct. |

Nur die Hälfte der für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement ausgeworfenen Summen ward sofort zur Verfügung der Regierung gestellt, und die Verwendung der andern Hälfte blieb nähern gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.

Das zweite Finanzgesetz vom 22. Nov. 1832, wodurch die Mittel zur Deckung der ausserordentlichen Ausgaben angewiesen worden, handelt zuerst von einer freiwilligen Anleihe, und dann, wenn diese nicht zu Stande kommen sollte, von einem *don gratuit* vom Einkommen und vom Vermögen zugleich.

Der Inhalt des Gesetzes in Beziehung auf erstere ist im Wesentlichen folgender:

- 1) Zur Bestreitung der ausserordentlichen Ausgaben, welche der fortdauernde Kriegszustand in 1833 erfordern kann, so wie zur Einziehung und Vernichtung der übrig gebliebenen Obligationen der 5 % Anleihe vom 22. November 1830 und der zwei 6 % Anleihen vom 13. April und 28. Juni 1831, soll eine Einzeichnung auf das zweite Grossbuch bis zum Betrage von 93,500,000 fl., 5 % Zinsen tragend, eröffnet werden.
- 2) Die Grösse der Anthteile in der Anleihe ward auf 3000 fl. Kapital festgesetzt, doch wurden auch kleinere Einzeichnungen

von $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{5}$, $\frac{1}{10}$, $\frac{1}{20}$, $\frac{1}{30}$ Theilen angenommen. Die Theilnehmer konnten die Zahlungen für jeden ganzen Antheil auf folgende Weise machen:

- a) ganz in baarem Gelde mit 2550 fl.;
- b) in einer Obligation von 1000 fl. der 5 % Anleihe vom 22. November 1830 mit einem Zuschusse von 1500 fl. in baarem Gelde;
- c) in einer Obligation von 1000 fl. der zwei 6 % Anleihen von 1831 mit einem Zuschusse von 1430 fl. in baarem Gelde.

3) Die Zahlungstermine waren:

für $\frac{1}{5}$ vom 1. bis 15. Januar 1833

„ $\frac{1}{5}$ „ 1. „ 15. April „

„ $\frac{1}{5}$ „ 1. „ 15. Juli „

„ $\frac{1}{5}$ „ 1. „ 15. October „

„ $\frac{1}{5}$ „ 1. „ 15. December „

Die übrigen Bedingungen der freiwilligen Anleihe waren ganz die nämlichen, wie bei der vorigen.

Das *don gratuit*, welches man erheben wollte, wenn die freiwillige Anleihe nicht

zu Stand käme, war auf den nämlichen Fuss, wie das vorige Mal, bestimmt.

Unsere Bemerkungen über die vorhergehende Anleihe finden von selbst ihre Anwendung auf diese, nur in einem grössern Grade rücksichtlich der beabsichtigten Conversion, indem die dabei theiligten Papiere zu weit höhern Preisen in Bezahlung angenommen wurden. In diesem Falle konnte man auch nicht die mindeste Zinsenersparniss zum Deckmantel nehmen; im Gegentheile zog der Staat sich eine Vermehrung der Zinsenbürde zu, wenn die Conversion zu Stande kam. Wer die Befugniss benutzte, die Zahlung für die Anleihe zum Theil in einer 6% Obligation von 1000 fl. zu machen, hatte, die Obligation zu ihrem vollen Nennwerth angenommen, 120 fl. weniger zu geben, als derjenige, der die Einzahlungen ganz in baarem Gelde machte; und diese weniger erhaltenen 120 fl. kosteten, da der Zinsfuss der Anleihe sich auf $5\frac{7}{8}\%$ stellt, dem Staate an Zinsen jährlich 7 fl. — Und diess geschahe und

konnte nur geschehen, um einer Ablösung von 4 % im nächsten Jahre zu entgehen. Wenn ein Particulier eine solche Handlung beginge, so würde er als jemand betrachtet werden, der sich in die Hände von Wucherern überliefert; und wir wissen nicht, welcher Unterschied in dieser Hinsicht bei Beurtheilung des Interesse eines staatsbürgerlichen Vereines statt findet. Auffallend wird es immer erscheinen, dass die meisten Mitglieder der General-Staaten in ihrer warmen Vaterlandsliebe diesen Wucher-Punkt im Gesetze ganz übersehen haben. Uebrigens wird es sich schwerlich begreifen lassen, wie bei einem Budget von mehr als 90 Millionen Gulden grosse Verlegenheit entstehen sollte, eine Summe von ungefähr 700,000 fl. anzuschaffen; und diess ist Alles, was die jährliche Ablösung zu 4 % von den übrig gebliebenen ungefähr 17 Millionen Gulden jener 6 % Obligationen erforderte. Aehnliche Umstände walten auch rücksichtlich der Obligationen der 5 % Anleihe von 1830 ob, welche man bei dem neuen 5 % An-

lehen zu 105 % in Bezahlung geben konnte. Ein einleuchtender Grund für die beabsichtigte Conversion lässt sich daher bei der neuen Anleihe eben so wenig, wie bei der vorigen, finden; und man muss unter solchen Umständen beinahe auf den Verdacht gerathen, dass dieser Theil des Gesetzes grossen Theils aus nicht offenkundigen Absichten derjenigen, welche dasselbe entworfen, hervorgegangen sey. Kam die Conversion, wie zu erwarten stand, nicht zum Vollen zu Stande, so lag im Gesetze keine Garantie, wodurch die Minister abgehalten werden konnten, die Anleihe in ihrem ganzen Umfange bis zu der bestimmten Höhe zu benutzen, um sich Mittel zu verschaffen, welche bis jetzt nur das geheime Amortissement-Syndikat darbot. Ueber die Wahrscheinlichkeit eines solchen Gebrauches werden wir Veranlassung finden, mehr zu sagen.

Etwas befremden mag es, dass, nach den vielen gemachten Erfahrungen, ein solcher Geist des Gesetzes von den General-Staaten

gar nicht aufgefasst ward. Aus den Verhandlungen geht keineswegs hervor, dass es ihre Absicht war, die Minister in Stand zu setzen, unter den obwaltenden ungünstigen Zeitverhältnissen mehr Gelder aufzunehmen, als die dringenden Staatsbedürfnisse erforderten.

Erst gegen Schluss des Jahres 1832 erfolgte die Berathung der von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe, die Festsetzung der gewöhnlichen Ausgaben für 1833 und die Mittel zur Bestreitung derselben betreffend.

Die Forderungen für erstere wichen von den für das Jahr 1832 wenig ab; sie betrugen nämlich etwas über 49 Millionen. Der Finanzminister bemerkte, dass, da sich darunter 2,091,900 fl. für vermehrte Zinsen und 587,015 fl. 85 Ct. für das Departement des National-Gewerbfleisses befänden, welche zwei Posten nicht auf dem vorigen Budget waren, sich im Wesentlichen eine Ersparniss von ungefähr 2 Millionen ergebe. Um den General-Staaten eine noch bessere Meinung

rücksichtlich seines Strebens nach Ersparnissen einzuflössen, erklärte er, dass von oben erwähnter Summe vorerst 2 Millionen noch nicht verfügbar seyn sollten.

Selten ward ein Budget stärker und auf mehrere Gründe angefochten. Einer der Sprecher, Baron *van Sytzama*, hielt dem Finanzminister sein eigenes Geständniss vor, dass man vom Anfang an mit keinem Grunde hätte erwarten können, die für das vorige Budget versprochenen Ersparnisse zu erzielen; und glaubte daraus die Folge ziehen zu müssen, dass das Versprechen rücksichtlich der 2 Millionen, welche vorerst noch nicht verfügbar seyn sollten, auch wohl nur auf leere Worte hinauslaufen würden. Die Geheimsinnigkeit des Amortissement-Syndikats lieferte wieder Stoff zu ernstlichen Betrachtungen und scharfen Rügen. Letztere betrafen besonders eine Summe von 130,000 fl., welche das Departement des National-Gewerbflusses dem oben erwähnten Institute an Zinsen zu bezahlen

haben sollte. Man gründete sich dabei auf die jährliche Absonderung einer gewissen Summe Geldes, (zuerst 1,300,000 fl. und später 800,000 fl.) zum Behufe eines Fonds des National-Gewerbflusses, so dass dieses Departement, wenn es überdiess noch Gelder geborgt, sich einer ungesetzlichen Handlung schuldig gemacht habe, indem den General-Staaten die Bewilligung der Staatsausgaben zustehe. Das Vertrauen, welches unter solchen Umständen die allgemeine Rechenkammer verdiene, ward sehr in Zweifel gezogen. Man warf dem Finanzminister vor, dass die Antworten der Regierung auf die in den Sectionen gemachten Bemerkungen nichts enthielten, was für eine wirkliche Antwort gelten könne.

Die fatale Methode, das Budget summarisch, und nicht Posten für Posten, abzustimmen, erregte grosse Unzufriedenheit. Bei näherer Untersuchung ergab es sich, dass, wenn man auf dem vorigen Budget die zufälligen Ausgaben für Wasserbauten, Fortsetzung von Chausséen, Einrichtung einer zweiten

Douanen-Linie in Nordbrabant, Kadaster etc. abzog, das neue Budget nicht nur keine Verminderung, sondern vielmehr noch einige Erhöhung der Ausgaben darbot. Die Besteuerung des Volkes, um solche Ausgaben zu bestreiten, ward auf die Dauer für unerträglich erklärt. Als ein Beweis davon wurde angeführt, dass in Amsterdam ein Ausfall von $\frac{1}{5}$ auf der Personalsteuer wegen schlechter Posten statt gefunden habe. Solche Ansichten äusserte nicht nur die Opposition, sondern selbst die Mehrzahl der Sprecher, welche ein bejahendes *Votum* gaben, dabei aber dieses ausdrücklich nur auf die höchst bedenkliche Lage, worin der Staat sich in diesem Augenblicke befand, gründeten. Auf diese Weise erfolgte, grossentheils aus politischen Rücksichten, die Annahme des Anchlages der Ausgaben in 1833 mit 36 Stimmen gegen 10, und der Mittel zu deren Bestreitung mit 33 Stimmen gegen 13.

Die darauf erfolgten zwei Finanzgesetze sind vom 29. Dec. 1832.

Nach dem ersten derselben sind die gewöhnlichen Staatsausgaben von 1833 folgendermassen festgesetzt:

I. Königliches Haus	fl. 1,425,000. —
II. Staatssecretariat	
u. hohe Kollegien	„ 572,840. —
III. Departement der auswärtigen Angelegenheiten	. „ 596,200. —
IV. Justizdepartement	„ 1,150,000. —
V. Departement des Innern	 „ 3,103,309. —
VI. Depart. der Angelegenheiten des reformirten Kultus etc.	 „ 1,330,000. —
VII. Depart. der Angelegenheiten des kathol. Kultus	. „ 400,000. —
VIII. Departement der Marine	 „ 6,500,000. —
IX. Finanzdepart.	. „ 21,621,484. 41 Ct.
X. Kriegsdepart.	. „ 12,100,000. —
Transport	fl. 48,798,833. 41 Ct.

Transport fl. 48,798,833. 41 Ct.

**XI. Departement des
National- und Ge-
werbfleisses und**

der Kolonien . . „ 587,015. 85 Ct.

zusammen fl. 49,385,849. 26 Ct.

wovon aber zwei Millionen Gulden vorerst noch nicht zur Verfügung des Ministerium seyn sollten. — Ausserdem waren der Regierung 500,000 fl. für unvorhergesehene Ausgaben bewilligt.

Nach dem zweiten jener Gesetze wurden folgende Mittel zur Bestreitung dieser Ausgaben angewiesen:

a) Die direkten Steuern, die Accise, das *Enregistrement* und andere indirekte Abgaben, so wie sie gegenwärtig erhoben, oder ferner durch gesetzliche Verordnungen bestimmt werden, als:

- 1) die Grundsteuer nach dem primitiven Anschlage *) von 8,426,177 fl.;

*) Die Erhöhung der Grundsteuer ist eine Folge des neuen Kadasters, welches theilweise in Wirkung gebracht wurde.

- 2) die Personalsteuer;
- 3) die Abgabe von Patenten;
- 4) die Accise;
- 5) das *Enregistrement* und weitere indirekte Abgaben.

b) Eine Erhöhung von

- 1) 20 % der Grundsteuer und noch 2 % für schlechte Posten;
- 2) 75 % der Personalsteuer, so lange dieselbe auf den gegenwärtigen Fuss erhoben wird, welche 75 % jedoch auf 30 % vermindert werden sollten, sobald ein beabsichtigtes neues Gesetz in Beziehung auf diese Steuer in Wirkung treten würde;
- 3) 50 % der Patentsteuer, mit Ausnahme der Schiffer von kleinen inländischen Fahrzeugen, für welche nur 25 % bestimmt wurden; mit dem 1. Mai 1833, wo das neue Gesetz für Patente in Wirkung trat, wurde dieser Unterschied aufgehoben, und die Erhöhung ohne Unterschied auf 25 % festgesetzt.

4) 25 % der Accise, mit Ausnahme der beabsichtigten Mahlsteuer;

5) 25 % der andern indirekten Abgaben.

c) Die Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle, das ausländische Tonnengeld, die Wasserzölle, Backen- und Feuergelder.

d) Die Abgabe von Gold- und Silberarbeiten, der Ertrag der Posten und der Lotterie.

e) Die Einkünfte der vom Prinzen *Friedrich der Niederlande* dem Staate übertragenen Domainen.

f) Der Ertrag von zu verkaufenden Gegenständen, die aussergewöhnlichen und zufälligen Einkünfte.

g) Eine Zahlung von 1,200,000 fl., welche die Kasse der überseeischen Besitzungen dem Staate zu machen hatte.

Was an diesen Mitteln zur Bestreitung der Ausgaben fehlte, sollte durch nähere gesetzliche Verordnungen gedeckt werden.

Zur Bestreitung der Pensionen, Leibrenten und anderer ablaufenden Zahlungen hatte das Amortissement-Syndikat, nach

§ 9 des Gesetzes vom 27. Dec. 1822, die Summe von 1,437,212 fl. 39 $\frac{1}{2}$ Ct. und, nach § 1 des Gesetzes vom 5. Juni 1824, die Summe von 375,000 fl. in die Staatskasse zu stürzen.

So war denn wieder in dem verkleinerten Staate ein Budget der gewöhnlichen Ausgaben von 49 Millionen durchgegangen, und zwar grössten Theils aus politischen und nicht finanziellen Rücksichten. Es fragt sich nun, waren erstere dermassen überwiegend, um letztere ganz zu verdrängen? Bei der Abwägung dieser Frage ist allerdings nicht zu verneinen, dass der Staat sich in dem Augenblicke, wo die Citadelle von Antwerpen sich zum Falle neigte, in einer sehr kritischen Lage befand. Man hatte aber schon bei der vorigen Intervention Frankreichs gesehen, dass die französische Armee sich unverzüglich zurückzog, sobald ihr Zweck erfüllt war; und bei der zweiten beruhete es auf einer offenkundigen Uebereinkunft, dass ein Gleiches geschehen musste, sobald das Schreckengespenst, welches

Holland bis dahin an der Citadelle von Antwerpen hatte, gefallen war. Für die wirkliche Unabhängigkeit des Staates konnte demnach unsers Erachtens keine so grosse Gefahr obwalten. Englands Politik ist offenkundig eine Handelspolitik, und in dieser liegt es nicht, Holland vernichtet zu sehen, wohl aber die Schifffahrt auf der Schelde durch nichts erschwert zu wissen, um in Antwerpen einen Markt zu finden, der mit den holländischen Seeplätzen in jeder Hinsicht concurrirt. Es ist nicht unser Zweck, zu untersuchen, in wie fern dieses mit Hollands Interesse übereinstimme. Die Frage ist bloss, ob Holland die Kräfte besitze, sich den Absichten Englands in dieser Hinsicht mit Erfolg zu widersetzen. Dieses wird schwerlich ein unbefangener Beurtheiler bejahend beantworten; und nach unsern Ansichten haben Staaten ihre Handlungen eben so gut, als Individuen, nach ihren Kräften abzumessen. Wenn nun die wirkliche Lage der Dinge im Wesentlichen so war, so däucht uns, dass das Budget

wohl auch nach rein finanziellen Gründen hätte abgewogen werden können.

Bei der Art, wie das Budget abgestimmt worden, möchte wohl einiger Zweifel erlaubt seyn, ob der Ausgabenanschlag in seinen verschiedenen Theilen gehörig geprüft worden sey. — Der Finanzminister verzeichnet unter andern die Zinsenvermehrung mit 2,091,900 fl. Es waren aber im Jahre 1832 nach den gesetzlichen Bestimmungen 45 Millionen ausserordentliche Ausgaben durch eine Anleihe zu decken, wovon die wirklichen Zinsen dem Staate ungefähr 6% kosten. Sodann fand auf den gewöhnlichen Ausgaben, welche zu 49 Millionen angenommen worden, keine namhafte Ersparniss statt, während die gesamten Staatseinkünfte der vier letzten Monate von 1831 und der acht ersten Monate von 1832 nach den, den General-Staaten gemachten Mittheilungen nur 39,262,415 fl. aufgebracht haben, so dass sich auch auf dem gewöhnlichen Budgete ein Deficit von ungefähr 10 Millionen ergibt, welches doch

gedeckt werden musste, obgleich keiner Massregel zu diesem Zwecke erwähnt wird. Für die Zinsen von den zwei freiwilligen 6% Anleihen waren im Budgete von 1832 zusammen 1,456,000 fl. ausgeworfen. Nun sind aber für die Zinsen und Ablösung von den übrig gebliebenen 17 Millionen Gulden 6% Obligationen im ersten Jahre 1,700,000 fl. nöthig, und die in 5% Obligationen, vermittelst Kapitalerhöhung, verschmolzenen 22 Millionen kosten ausserdem ungefähr 1,300,000 fl. an Zinsen. Aus diesen drei Umständen ergiebt es sich sichtbar, dass die Zinsen sich reichlich um 4 Millionen vermehrt haben müssen.

Durch das Finanzgesetz vom 29. Dec. 1832 ist in Beziehung auf den jährlichen Einkauf und die jährliche Ablösung der Schuld in 1833 Folgendes verfügt worden:

- 1) Fand der gewöhnliche jährliche Uebergang von fünf Millionen ausgestellter Schuld statt, wofür ein gleiches Kapital von letzter eingekauft werden musste. Nun waren aber bereits 1,915,400 fl.

ausgestellte Schuld, welche für 1833 ausgeloset worden, vernichtet, und das Amortissement-Syndikat hatte daher nur für den Einkauf des Restes von 2,084,600 fl. zu sorgen.

2) War von den $4\frac{1}{2}\%$ Syndikat-Obligationen 1 Million Gulden auszulösen und abzulösen.

3) Hatte das Amortissement-Syndikat von den 30 Millionen Gulden $3\frac{1}{2}\%$ Obligationen 1% vermittelt Einkaufes einzuziehen.

Die Mittel zu diesen drei Obliegenheiten musste das Amortissement-Syndikat in seinen eigenen geheimen Hilfsquellen finden, welche vorzüglich aus dem Verkaufe der bei seiner Ausstattung erhaltenen Schuldscheine bestehen.

Gar zu fühlbar war das bereits ange-deutete Missverhältniss zwischen den gewöhnlichen Staatseinkünften und gewöhnlichen Staatsausgaben, um nicht ein Gegenstand ernstlicher Berathung zu werden. Um dem Uebel so viel als möglich abzu-

helfen, war die Regierung auf neue Wege der Besteuerung bedacht. Die vorzüglichsten, welche zu diesem Zwecke vorgeschlagen wurden, waren eine Abgabe auf Torf und die Mahlsteuer.

Erstere ward mit 36 Stimmen gegen 15 verworfen, theils wegen der vorgeschlagenen Erhebungsart, theils weil sie in ihren Folgen auf die Cultivirung der Torfmoore schädlich eingewirkt haben würde.

Die Mahlsteuer fand auch heftigen Widerstand. Die Opposition gründete sich auf das Drückende derselben für das platte Land, und auch darauf, dass diese Steuer bereits in den meisten Städten erhoben werde, und daselbst einen Hauptgegenstand der städtischen Einnahme ausmache. Die Steuer ist indessen von altem Herkommen in Holland, und fand daher viele Vorsteher, besonders da die Staatskasse so dringend neuer Hülfquellen bedurfte. Unter diesen Umständen erfolgte die Annahme mit 33 Stimmen gegen 15. Der Ertrag davon ist auf ungefähr 3 Millionen Gulden angeschlagen.

Durch das Gesetz vom 29. März 1833 ist die Mahlsteuer folgendermassen festgesetzt:

- 1) von 100 Kil. Waizen, er sey unvermischt oder mit anderem Getraide vermischt, auf 2 fl.
- 2) von 100 Kil. Spelz, er sey unvermischt oder mit anderem Getraide als Waizen vermischt, auf 1 fl. 60 Ct.
- 3) von 100 Kil. Rocken, er sey unvermischt oder mit anderem Getraide als Waizen vermischt, auf 60 Ct.

Den von England und Frankreich ergriffenen feindlichen Maasregeln ward durch den Präliminar-Traktat vom 21. Mai 1833 ein Ende gemacht, in dessen Folge die kriegsgefangene Besatzung der Citadelle von Antwerpen nach Haus zurückkehrte, der in den englischen und französischen Häfen auf die holländischen Schiffe gelegte Embargo aufgehoben, und die holländische Schifffahrt wieder frei gegeben wurde.

Da vermöge dieses Traktates weder Holland noch Belgien zu neuen Feindseligkeiten schreiten durften, so konnte ein grosser

Theil der holländischen Kriegsmacht auf Urlaub entlassen werden, wodurch grosse Ersparnisse in den ausserordentlichen Ausgaben, welche der Kriegszustand mit sich führte, zu erzielen waren.

Die Regierung legte indessen, noch ehe der Präliminar-Traktat zur Publicität gebracht war, den General-Staaten in der Sitzung vom 29. Mai 1833 einen Gesetzentwurf wegen weiterer Subsidien vor, welche der fortwährende Kriegszustand erforderte. Nach demselben waren

für das Departement

der Marine . fl. 1,144,548. 96 Ct.

„ „ Finanzdepart. „ 5,032,258. 7 „

„ „ Kriegsdepart. „ 10,581,366. 66 „

zusammen fl. 16,758,173. 69 Ct.

zu ihrer Verfügung zu stellen.

Nach den Erläuterungen, wovon der ministerielle Antrag begleitet war, sollten die für die Marine und die Landmacht verlangten Summen zur Bestreitung der ausserordentlichen Ausgaben bis gegen Ende von October hinreichend seyn, wo dann die

weitem Bedürfnisse neuer Berathung unterlagen.

Die Verhandlungen über diesen Antrag wurden in der Sitzung der General-Staaten vom 11. Juni eröffnet, nachdem der erwähnte Präliminair-Traktat officiell bekannt war. Natürlich erwartete man in Folge eines solchen Ereignisses eine grosse Verminderung der Armee- und Marinebedürfnisse, wozu aber die Aeusserungen des Ministers wenig Aussicht eröffneten. Die für diese zwei Departemente verlangten Summen wurden daher stark angefochten, während die Zinsen für den Theil der Schuld, welchen man Belgien bestimmt hatte, keinen Abzug leiden konnten. Nun muss aber, wie wir bereits früher bemerkt, nach der ganz ohne Grund aus dem Grundgesetz entlehnten Geschäftsordnung der General-Staaten in Holland eine Abgaben-Festsetzung im Ganzen, und nicht nach ihren verschiedenen Theilen, abgestimmt werden, und die Verwerfung des ganzen Vorschlages wäre wegen der Nähe des Zeitpunktes, wo jene Zinsen

fällig waren, für den Staatskredit gefährlich gewesen.

Unter diesen Umständen machte der Deputirte, Herr *van Nes*, den Vorschlag, dem Könige die Bitte vorzutragen, die Festsetzung der Ausgaben in eben so viele Gesetzentwürfe einzutheilen, als Rubriken der Ausgaben sind.

Mit grosser Einsicht, Klarheit und Würde, entwickelte derselbe seinen, obgleich nur eine Form betreffenden, dennoch sehr wichtigen Antrag. „*Bereits bei seinem ersten Erscheinen in dieser Kammer, begann er, habe ihn ein schmerzliches Gefühl ergriffen bei der Entdeckung, dass mit der Wiederherstellung des Staatsgebäudes, sichtbar zugleich die Keime zu dessen Verfall mit aufgenommen worden seyen. Andere geringere Uebel würden mit der Zeit ohne grosse Schwierigkeiten zu heben gewesen seyn; aber der, in Folge des Missverhältnisses zwischen den Ausgaben und Einnahmen, unvermeidliche Verfall der Finanzen hätte ihm geschienen, gleich im Anfange die kräftigsten Gegenmittel zu erfordern. Trotz des segensreichen Genusses eines sechszehnjährigen*

„Friedens, und trotz der dadurch so sehr gehobenen
„National-Wohlfahrt, habe die belgische Revolution
„die Staatskasse leer, die Hülfsmittel erschöpft und die
„Regierung unvorbereitet gefunden. Diese Revolution
„sey keinesweges die Ursache des Verfalles der
„Finanzen, sondern habe diesen nur beschleunigt.
„Das Uebel liege weit tiefer; der ganze Staats-
„haushalt sey auf einen zu grossen Fuss ange-
„legt worden. Nachdem sechszehn Jahre lang
„weit mehr bewilligt worden, als wozu die Staats-
„einnahmen hinreichten, müsse man fragen, ob
„es, bei den auf die Hälfte verminderten Ein-
„künften, noch unzeitig sey, sich nach Hülfe um-
„zusehen. Uebrigens streite das vorgeschlagene
„Mittel keinesweges gegen das Grundgesetz, und
„es lasse sich auf die Dauer ein grosser Erfolg
„davon erwarten.“

Sehr nachdrücklich ward, wie sich erwarten lässt, dieser Vortrag von vielen, gleich denkenden Mitgliedern unterstützt. Auf der andern Seite traten aber auch Gegner auf, welche mit sachwalterischen Talenten die bis jetzt angenommene Auslegung des Grundgesetzes über dessen sicht-

baren Geist zu erheben, und dieselbe auf's Aengstlichste vor jeder Abänderung (und wäre diese auch noch so sehr durch das Bedürfniss der Nation geboten) zu verwahren suchten. Es ist natürlich, dass das Ministerium mit allem seinem Einflusse sich zu letzter Partei gesellte; denn schon manches Budget war trotz schreiender Gebrechen, womit es behaftet war, durchgegangen, weil die von wirklicher Vaterlandsliebe beseelten Deputirten fürchteten, dass dessen Verwerfung wegen einzelner Theile eine Stockung der ganzen Staatsmaschine zur Folge haben könnte. Nach einer solchen Erfahrung lässt es sich denken, dass das Ministerium Alles aufbot, um ein so kräftig wirkendes Schreckengespenst zu erhalten. So einleuchtend war indessen der fragliche Vorschlag, dass das Ministerium nur eine Majorität von 3 Stimmen erlangen konnte, indem derselbe mit 24 Stimmen gegen 21 verworfen ward.

Sehr interessant waren auch die Debatten über den Gegenstand selbst, nämlich die Bewilligung der verlangten Subsidien. Der

laute Enthusiasmus war nicht mehr so allgemein, und man drang zum Theil tiefer in die wirkliche Lage des Staates ein. Besonders merkwürdig ist die bei dieser Gelegenheit von dem Abgeordneten, Herrn *Fockema* (ein Mann, der helle Einsichten mit Würde und festem friesischen Charakter vereinigt), gehaltene Rede. „Bei allen
„Schriften und Rechtsdeductionen, fing er an,
„habe man die Einkleidungsformen wegzuschieben,
„und die Wahrheit nur in einem ganz engen
„Kreise zu suchen. Dieses wende er auch auf die
„gepflogenen, politischen Unterhandlungen an, und da
„finde er den, von den grossen Mächten unverholen
„ausgesprochenen, festen Willen, dass nicht Gewalt
„der Waffen, sondern eine Uebereinkunft, die Grund-
„lage der Trennung zwischen Holland und Belgien
„festsetzen solle. Hievon ausgehend, habe er alle
„weitere Anstrengungen nicht allein für unzweck-
„mässig, sondern auch für höchst schädlich ge-
„halten. Aus diesem Grunde habe er den Aus-
„hebungen der Miliz und dem Aufbote des Land-
„sturmes seine Stimme versagt, so auffallend dieses
„auch bei der damaligen Aufwallung des Enthusiasmus

„geschienen habe. Es sey Pflicht der Repräsentanten
„des Volkes, ihre Gefühle rücksichtlich der Interessen
„ihrer Mandanten freizusprechen, indem man diese,
„so verschieden sie auch seyen, mit den Ange-
„legenheiten der Dynastie und des Gross-
„herzogthums Luxemburg in den Unterhand-
„lungen mit Belgien vermenge: ein Umstand, worüber
„das Grundgesetz keine Verfügungen getroffen habe.
„Eintracht liege ihm so sehr als irgend jemanden am
„Herzen; er unterscheide aber Eintracht von unter-
„würfiger Nachgiebigkeit und gekünstelter Einigkeit.
„Diesen fehle die eigentliche Kraft von Eintracht; ihnen
„haben von alten Zeiten her immer ein Mangel an
„Sachkenntniss, Furcht oder Vorurtheile zum Grunde
„gelegen.“

Die Finanzlage des Staates ward von vielen
Seiten beleuchtet, und mehrere Sprecher
äusserten mehr als gewöhnliche Besorgnisse
darüber. Grossen Unwillen erregte besonders
der Umstand, dass der Finanzminister, (wie
freilich nach der Abfassung des Gesetzes
mit ziemlicher Zuversicht zu erwarten war),
das Anlehn weit über die Bedürfnisse des
Staates benutzt hatte. Der Betrag, wofür

unterzeichnet worden, ward nämlich im Laufe der Verhandlungen auf 87 Millionen angegeben, wovon ungefähr $56\frac{1}{2}$ Millionen in baarem Gelde bezahlt werden sollten. Da nun die ausserordentlichen Ausgaben nur auf ungefähr 45 Millionen Gulden angeschlagen waren, dabei aber, wie der Finanzminister versicherte, in der ersten Hälfte des Jahres eine Ersparniss von 500,000 fl. bis 700,000 fl. eintrat, und in Folge der veränderten Umstände noch weit grössere Ersparnisse in der andern Hälfte des Jahres nicht wohl ausbleiben konnten; so mussten sich in der Staatskasse grosse Summen Geldes sammeln, zu deren Verwendung keine gesetzliche Bestimmung vorhanden war. — Die Mühe weitläufiger Deliberationen über einen solchen Zweck wollte der Finanzminister vorerst der Kammer ersparen.

Dieses Verfahren des Ministers konnte nicht verfehlen, grosse Unzufriedenheit in der Kammer zu erregen; indessen war die Opposition weit entfernt, fernere Subsidien

für das Kriegswesen ganz zu verweigern, sondern wollte diese nur nach einem geringern Massstabe, der mit den veränderten Umständen in Uebereinstimmung war, bestimmt wissen.

Nicht ähnlicher Meinung war jedoch ein grosser Theil der andern Mitglieder, welche nach wie vor sich den ängstlichsten Besorgnissen überliessen, dass irgend ein Missverständniss zwischen der Regierung und den Volksvertretern in dem gegenwärtigen Augenblicke äusserst nachtheilig auf die äussern Verhältnisse des Landes einwirken könnte. Einige galante sachwalterische Talente kamen wieder dem Ministerium mit eigentlichen Rechtsdeductionen zu Hülfe, und schienen einen Stolz darauf zu setzen, etwas zu vertheidigen, was im wirklichen Interesse des staatsbürgerlichen Vereines zu vertheidigen, eine mehr als schwierige Aufgabe seyn möchte. Auf dem Altare der Eintracht und einer Respect gebietenden Haltung gegen das Ausland sollten alle andere Rücksichten, so sehr sie auch durch das

wirkliche Staatsinteresse geboten wurden, als ein Opfer dargebracht werden.

Nach einem ziemlich langen Kampfe dieser Art ward der ministerielle Antrag mit 28 Stimmen gegen 19 angenommen.

Mit Recht wird es befremden, dass der Finanzminister unter den ungünstigsten Umständen das bewilligte Anlehn bis zu einer Geldaufnahme ausdehnen konnte, welche die ausserordentlichen Staatsbedürfnisse bei weitem überstieg. Waren, wie nach den veränderten Umständen alle Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, in der zweiten Hälfte des Jahres auf dem Anschlage der ausserordentlichen Ausgaben 5 bis 6 Millionen Gulden zu ersparen, so brachte das Anlehn ungefähr 18 Millionen mehr in die Staatskasse, als die von den General-Staaten bewilligten Ausgaben erforderten. Darauf verliert der Staat nicht nur die Zinsen für eine geraume Zeit, sondern man hat auch den Preis, wozu die Staatsschuldscheine ausgegeben worden, gegen den nachher gesteigerten Werth derselben zu berück-

sichtigen. Aus diesen zwei Umständen ergibt sich gewiss eine Aufopferung von 2 Millionen Gulden, wofür sich kein Zweck denken lässt.

Nach allem, was an der Amsterdamer Börse zu beobachten war, entstand übrigens diese Ausdehnung der Anleihe keinesweges aus Einzeichnungen von Particulieren, sondern die Regierung verkaufte, nachdem das Anlehn längst geschlossen war, Schuldscheine an der Börse, was Unzufriedenheit unter den Papierspeculanten erregte. Und diese Klasse von Leuten verdient gewiss in einem Staatshaushalte, der vom ersten Anfange an eine Hauptstütze in dem Verkaufe von Schuldscheinen hatte, alle Aufmerksamkeit.

Unter solchen Umständen gehen Skeptiker so weit, zu argwöhnen, dass die Sendung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Baron *Verstolk van Soelen*, nach London nicht ausschliesslich einen politischen Zweck gehabt habe. Bei der Masse von Schuldscheinen, welche man ausgegeben hatte, war es zweckmässig, Hoffnungen auf

einen nahen Abschluss des Friedens zu erregen, und dadurch frisch gesäte Creditpflanzen in ihrem Aufkeimen vor irgend einem unzeitigen Ungewitter zu bewahren.

In der Sitzung der zweiten Kammer vom 28. October 1833 trug der Finanzminister die Finanzentwürfe für das Jahr 1834 vor.

Das Budget ist ein zweifaches, nämlich eines für gewöhnliche und ein anderes für sogenannte aussergewöhnliche Ausgaben.

Die gewöhnlichen Ausgaben sind die folgenden:

I. Königliches Haus . .	fl. 1,425,000
II. Staatssecretariat und hohe Kollegien	„ 523,820
III. Departement der auswärtigen Angelegenheiten	„ 843,628
IV. Justizdepartement . .	„ 1,000,000
V. Departement des Innern	„ 2,600,000
VI. Depart. des reformirten Kultus etc.	„ 1,179,000

Transport fl. 7,571,448

	Transport	fl.	7,571,448
VII.	Departement des katho- lischen Kultus „		300,000
VIII.	Depart. der Marine . . . „		6,000,000
XI.	Finanzdepartement		
	für die Nationalschuld . . . „		12,375,000
	für Kosten des Depar- tements und weiterer Administrationen, Pen- sionen etc. „		3,600,000
X.	Kriegsdepartement . . . „		11,000,000
	zusammen	fl.	40,846,448

Als aussergewöhnliche Ausgaben werden
aufgeführt:

I.	Königliches Haus	fl.	— — — —
II.	Staatssecretariat u. hohe Kollegien . . . „		48,083. 58 Ct.
III.	Departement der auswärtigen Ange- legenheiten . . . „		277,750. —
IV.	Justizdepartement „		144,500. —
V.	Departement des Innern „		326,000. —
	Transport	fl.	796,333. 58 Ct.

	Transport	fl. 796,333. 58 Ct.
VI. Depart. des refor-		
mirten Kultus etc. „	151,000.	—
VII. Depart. des katho-		
lischen Kultus . . „	100,000.	—
VIII. Depart. der Marine „	500,000.	—
X. Finanzdepartement		
für die National-		
schuld „	8,850,000.	—
für Kosten des		
Depart. etc. . . „	1,549,047.	—
X. Kriegsdepart. . . „	1,100,000.	—
zusammen	fl. 13,046,380. 58 Ct.	

Ausserdem wurde für unvorhergesehene Ausgaben ein Credit von 500,000 fl. verlangt.

Das Versprechen einer Ersparniss von zwei Millionen, in so fern die Umstände dieselbe erlaubten, wird dem Vortrage wieder beigefügt.

Zur Deckung des ersten Budgets sollen verwendet werden:

- 1) Des Landes direkte und indirekte Steuern, Accise, Zölle und fernere Einkünfte, so wie selbige gegenwärtig erhoben werden, oder durch nähere gesetzliche

Vorschriften bestimmt werden möchten ,
als :

- a) die Grundsteuer nach dem primitiven
Anschlage von 8,426,177 fl., mit 2 %
für schlechte Posten;
 - b) die Personalsteuern;
 - c) die Abgabe von Patenten;
 - d) die Accise;
 - e) die Abgaben vom *Enregistrement*, Stäm-
peln, Hypotheken, Collateral-Erb-
schaften etc.;
 - f) die Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle,
ausländisches Tonnengeld, Wasser-
zölle, Bakken- und Feuergelder;
 - g) die Abgabe von Gold- und Silber-
arbeiten.
- 2) Der Ertrag der Posten.
 - 3) Der Ertrag der Lotterie.
 - 4) Eine Zahlung der Kasse der ostindischen
Besitzungen von 1,200,000 fl.

Zur Deckung der sogenannten ausserge-
wöhnlichen Ausgaben wird vorgeschlagen:

- 1) Die Erhöhung der folgenden Abgaben,
als :

- a) der Personalsteuern um 30 %;
 - b) der Patente um 25 %;
 - c) der Accise um 25 %, mit Ausnahme der Mahlsteuer;
 - d) des *Enregistrement* und anderer indirekten Abgaben um 25 %.
- 2) Die Einkünfte der vom Prinzen *Friedrich der Niederlande* abgetretenen Domainen.
- 3) Der Verkaufsertrag von verschiedenen Gegenständen.
- 4) Eine aussergewöhnliche Zahlung der Kasse der ostindischen Besitzungen von 800,000 fl.
- 5) Eine Einschreibung von 4,000,000 fl. 5 % Schuld auf das gestiftete zweite Grossbuch.
- 6) Zur Bestreitung der aussergewöhnlichen Pensionen, Leibrenten und anderer ablaufenden Zahlungen hat das geheime Amortissement-Syndikat in die Staatskasse zu stürzen:
- a) zufolge des Gesetzes vom 27. Dec. 1822 1,321,447 fl. 70 Ct., und

b) zufolge des Gesetzes vom 5. Juni
1824 345,000 fl.

Die Eintheilung des Budgets in zwei Theile gründet sich auf das, von einigen Mitgliedern der General-Staaten, welche den Anblick des Ausgabenanschlages in einer einzigen Form nicht gut zu ertragen vermochten, in den vorhergehenden Sitzungen geäußerte Verlangen. Dem Finanzminister konnte ein solches Verlangen nicht anders als willkommen seyn; denn ist einmal das Budget der unveränderlichen Ausgaben festgesetzt, so darf man nach dem Grundgesetze bis zum Ablaufe der zehnjährigen Finanzperiode nicht mehr darauf zurückkommen; und ein Budget von ausserordentlichen Ausgaben kann vermöge seiner Benennung bei einem oberflächlichen Blicke den Trost gewähren, dass das Uebel vorübergehend sey.

Eine nähere Untersuchung der ausserordentlichen Ausgaben wird aber eine Hoffnung dieser Art sehr schwächen. Wie können die Zinsen der Nationalschuld, von welchen man 8,850,000 fl. dem zweiten Bud-

get zugedacht hat, zu den aussergewöhnlichen Ausgaben gezählt werden? Es ist möglich, dass einige Ersparniss in den Zinsen von ungefähr 15 Millionen Schatzkistbilletten und 6% Obligationen, welche bei den zwei letzten Anleihen nicht convertirt worden, zu erzielen sey; doch dieselbe wird schwerlich über 100,000 fl. betragen.

Die Erhöhung der Grundsteuer ist dieses Mal weggelassen, wahrscheinlich um den Abgeordneten der Landprovinzen, welche so heftige Klagen gegen dieselbe geführt, das Budget gefälliger zu machen.

Es entstehet dadurch ein Ausfall von ungefähr 1,700,000 fl., der inzwischen durch die Mahlsteuer ausgeglichen wird. Diese hat in 4 Monaten ungefähr 1 Million Gulden betragen, so dass 8 Monate mehr, welche das neue Budget davon zu genießen hat, ungefähr 2 Millionen mehr einbringen werden. Die gesammte Staatseinnahme der 4 letzten Monate von 1832 und der 8 ersten von 1833 wird mit 45,035,045 fl. verzeichnet, und es wäre daher keine namhafte Veränderung zu

erwarten, wofern die aufs neue vorgeschlagene Accise auf Torf und Steinkohlen nicht durchgeht.

Indem die Zinsen der Nationalschuld auf den zwei Budgeten zusammen mit 21,225,000 fl. ausgeworfen worden, ist angenommen, dass Belgien den ihm zugedachten Antheil von 8,400,000 fl. pünktlich bezahlen werde, worauf indessen im Allgemeinen nicht mit völliger Zuversicht gerechnet wird.

Zur völligen Deckung der im Budget von 1833 begriffenen Ausgaben verlangt der Finanzminister noch eine Einschreibung von 6,340,000 fl. auf das neue Grossbuch, welche von der letzten, auf 93,500,000 fl. bestimmten Anleihe noch nicht zu Gelde gemacht worden sind. Diese 6,340,000 fl. betragen nach dem gegenwärtigen Course ungefähr

fl. 6,000,000

durch den bereits benutzten

Theil der Anleihe sind in die

Staatskasse geflossen . . „ 56,500,000

Transport fl. 62,500,000

Transport	fl. 62,500,000
die wirkliche Staatseinnahme	
hat betragen	„ 45,000,000
so dass, nach vorliegenden	
Thatsachen, nicht weniger als	
ungefähr	fl. 107,500,000
zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse von	
1833 würden erfordert werden.	

Dieses übersteigt aber so sehr den Anschlag derselben, dass man beinahe vermuthen sollte, der Minister seye bei Benutzung der Anleihe vor allem darauf bedacht gewesen, sich um jeden Preis eine gut gefüllte Kasse zu verschaffen, und betrachte, nachdem er diesen Zweck erreicht, die Einwilligung der General-Staaten rücksichtlich der Verwendung der Gelder als einen untergeordneten Gegenstand.

Sollen jene 6,340,000 fl. zur Ausgleichung des Unterschiedes zwischen den gewöhnlichen Ausgaben und Einnahmen von 1833 dienen, so würde es sich ergeben, dass auf erstern die versprochene Ersparniss von 2 Millionen Gulden nicht nur unterblieben sey, sondern

an deren statt selbst eine Vermehrung von einer gleichen Summe statt gefunden habe.

In dem Budget der gewöhnlichen Ausgaben für 1834 sind übrigens keinesweges die Kosten einbegriffen, welche der fortwährende Kriegszustand erfordert. Für diese ist ein eigenes Budget zu erwarten, welches auch bei wiederhergestelltem Frieden nicht sofort ganz verschwinden kann, und wohl auf lange Zeit eine neue, sehr starke Pensionsliste zurücklassen wird.

Auf den Erfolg der Verhandlungen über die vorliegenden neuen Gesetzentwürfe werden wir am Schlusse zurückkommen.

Wenig Erfreuliches ergiebt sich aus den Begebenheiten im niederländischen Staatshaushalte, welche wir bis dahin zu verzeichnen hatten. — Ein mit reichen Hülfquellen versehener Staat hatte seinen Haushalt vom ersten Anfange an so wenig auf ein richtiges Ebenmass zwischen Einnahme und Ausgabe gebauet, dass sich in den sechs Jahren von 1823 bis zum Ende von 1828 durcheinander ein theils offenkundiges, theils stilles, jährliches Deficit von ungefähr 16 Millionen Gulden berechnen liess. Dieser Staat wird durch eine Revolution in zwei Theile zerissen, und dem kleinern desselben, welchen die nördlichen Provinzen bilden, bleibt, bei einer um die Hälfte geschmälerten Einnahme, vorerst die ganze Bürde der Staatsschuld. Der Trennung folgt nicht sofort Ruhe, sondern ein gegenseitiger Kriegs-

zustand, in welchem jener kleinere Theil beinahe unbegreifliche Anstrengungen macht. Anleihe folgt auf Anleihe. Die Entwürfe zu denselben verrathen selten etwas von einem tief denkenden Staatsmanne, sondern weit mehr die Eingebungen von Fonds-Speculanten, welchen nur ihr eigenes Interesse am Herzen liegt. Eine schlechte Operation wird durch die andere noch verschlechtert; grosse und zum Theil unnöthige Opfer lässt der Staat sich gefallen, um Geld zu finden.

Werfen wir nun einen Blick auf die Schuldenbürde, welche auf dem verkleinerten Staate lastet, so lange Belgien nicht den ihm davon zugedachten Antheil übernimmt, und alsdann seine Verpflichtung pünktlich erfüllt.

Beim Anfange des Jahres 1830 war die $2\frac{1}{2}\%$ wirkliche Schuld, sogenannte Integralen, ... fl. 780,000,000
wovon seitdem nur eine ganz unbedeutende Kleinigkeit getilgt worden ist.

Transport fl. 780,000,000

Transport fl. 780,000,000

Nach den officiellen Mittheilungen sind von der unterm 22. Nov. 1830 decretirten gezwungenen 5% Anleihe noch übrig, ungefähr . . „ 8,000,000

desgleichen von den zwei unterm 13. April und 28. Juli 1831 gemachten freiwilligen 6% Anleihen „ 6,000,000

desgleichen von den, in Folge des Gesetzes vom 22. Nov 1830, ausgegebenen Schatzkistbilletten . . . „ 9,500,000

Die Kapitalsumme der zwei unterm 6. Jan. und 22. Nov. 1832 decretirten freiwilligen 5% Anleihen beträgt . . „ 169,400,000

Von 4 $\frac{1}{2}$ % Syndikat-Ob-
ligationen sollen übrig seyn „ 107,000,000

Von 3 $\frac{1}{2}$ % do. do. „ 29,100,000

Transport fl. 1,109,000,000

Transport fl. 1,109,000,000

Den Betrag der nicht eingelöseten Domain-Losrenten hat das geheime Amortissement-Syndikat nicht bekannt gemacht; wir nehmen muthmasslicher Weise dafür an „ 20,000,000

macht zusammen Kapital fl. 1,129,000,000

Zinsen tragende Schuld, welchem durch die neuen Finanzmaassregeln bereits wieder einige Vermehrung bevorsteht.

Zu dem kommt noch die Bürde der ausgestellten Schuld, welche folgendermassen zu berechnen ist.

Es waren davon bis 1825 auf das Grossbuch eingeschrieben . . fl. 1,192,111,000
wovon ausgeloset worden sind

in 1816 . . fl. 6,000,000

„ 1817 . . „ 5,000,000

„ 1818 . . „ 5,000,000

„ 1819 . . „ 5,000,000

„ 1820 . . „ 5,000,000

in 1821 . . „ 5,000,000

Transport fl. 31,000,000 fl. 1,192,111,000

Transport fl. 31,000,000 fl. 1,192,111,000
„ 1822 . . „ 5,000,000
„ 1823 . . „ 5,000,000
„ 1824 . . „ 5,000,000
„ 1825 sind aus-
geloset bis 1849
125,000,000 fl.,
wovon in den 9
Jahren bis 1833
jährlich 5 Mil-
lionen in wirkli-
che Schuld über-
gehen mussten,
macht. . . „ 45,000,000

Das Amortis-
sament-Syndikat
hat von der bis
1849 ausgelose-
ten, todten Schuld
weiter an sich ge-
bracht und ver-
nichtet . . „ 30,733,400

Transport fl. 121,733,400 fl. 1,192,111,000

Transp. fl. 121,733,400 fl. 1,192,111,000

Von dem nicht
ausgelos. Theile
der ausgestellten
Schuld sind in
Folge gesetzli-
cher Verordnun-
gen eingekauft
und vernichtet
worden

1819 fl. 5,000,000

1820 „ 9,000,000

1821 „ 10,000,000

1822 „ 10,000,000

1823 „ 5,000,000

1824 „ 5,000,000

1825

bis

1849 „ 125,000,000

„ 169,000,000

„ 290,733,400

Transport fl. 901,377,600

Transport fl. 901,377,600

- In der Zwischenzeit sind
von der österreichisch-belgi-
schen Schuld und andern
alten festen Schulden noch
convertirt worden fl. 15,200,000
wovon die folgenden
besondern Auslosun-
gen statt fanden

1826 . fl. 120,000

1827 . „ 322,000

1828 . „ 572,000

1829 . „ 441,000

1830 . „ 200,000

„ 1,655,000

„ 13,545,000

fl. 914,922,600

Davon besitzt das Amor-
tissement-Syndikat . . . „ 98,231,000
welche an den spätern Aus-
losungen Theil nehmen.

Die Gesamtmasse der
todten Schuld zu Lasten des
Staates wäre demnach fl. 816,691,600

Für etwaige weitere Einschreibungen von

totter Schuld findet eine Nachlosung von 1 auf 200 für jedes Jahr bis 1849 statt.

Mit 1850 beginnen wieder die jährlichen Auslosungen von 5,000,000 fl., und eine gleiche Summe ist alsdann jährlich einzukaufen und zu vernichten.

Die jährlichen Bedürfnisse des Staates für die Zinsen und festgesetzte Ablösung und Amortisirung der verzeichneten Schuld sind folgendermassen zu berechnen.

Beim Anfange des Jahres 1830 war die $2\frac{1}{2}\%$ wirkliche Schuld (sogenannte Integralen), 780 Millionen Gulden, wovon die Zinsen zu $2\frac{1}{2}\%$ betragen . fl. 19,500,000

Nach den offiziellen Mittheilungen sind von der unterm 22. Nov. 1830 dekretirten gezwungenen 5% Anleihe noch übrig 8,000,000 fl., wovon die Zinsen betragen . „ 400,000

Desgleichen von den zwei unterm 13. April und 28. Juli 1831 dekretirten 6% Anleihen

Transport fl. 19,900,000

	Transport	fl. 19,900,000
6,000,000 fl., wovon die		
Zinsen betragen	„	360,000

Desgleichen von den, in Folge des Gesetzes vom 22. Nov. 1830, ausgegebenen Schatzkistbilletten 9,500,000 fl., wovon die Zinsen betragen . . . „ 570,000

Die Kapital - Summe der zwei, unterm 6. Januar und 22. November 1832 dekretirten, freiwilligen 5 % Anleihen ist 169,400,000 fl., wovon die Zinsen betragen . „ 8,470,000

Die monatlichen Auslosungen von den übrig bleibenden 1,000,000 fl. gezwungener 1 % Anleihe betragen im Jahre „ 600,000

Von 4½ % Syndikat - Obligationen sollen übrig seyn 107 Millionen, wovon die Zinsen betragen „ 4,815,000

Transport	fl. 34,715,000
-----------	----------------

	Transport	fl. 34,715,000
und von den $3\frac{1}{2}\%$ Syndikat-		
Obligationen 29,100,000 fl.,		
wovon die Zinsen betragen	„	1,018,500

Das Amortissement-Syndikat hat den Betrag der unter der Benennung, Domain-Losrenten, ausgegebenen Schuld-scheine, die auf ihre Verfallzeit uneingelöst geblieben sind, nicht bekannt gemacht: wir berechnen aber muthmasslicher Weise die Zinsen davon auf

	„	800,000
--	---	---------

Von den $4\frac{1}{2}\%$ Syndikat-Obligationen wird jährlich ausgelöst und abgezahlt

	„	1,000,000
--	---	-----------

Von den creirten 30 Millionen $3\frac{1}{2}\%$ Syndikat-Obligationen ist jährl. 1% , oder 300,000 fl., vermittelt Einkaufes zu tilgen. Wir nehmen dafür den Cours von 70% an, macht

	„	210,000
--	---	---------

	Transport	fl. 37,743,500
--	-----------	----------------

Transport fl. 37,743,500

Gegen die ausgeloseten 5 Millionen ausgestellter Schuld, welche jährlich in Zinsen tragende Schuld übergehen, ist immer eine gleiche Kapitalsumme von dieser letzten einzukaufen, und zu tilgen. Nun hat aber das Amortissement-Syndikat sich von der bis zum Jahre 1849 ausgeloseten todten Schuld bereits einen gewissen Theil angeschafft und vernichtet. Dieser Theil beträgt, ein Jahr in das andere gerechnet, nicht ganz 2 Millionen. Wenn wir nun von obigen 5 Millionen 2 volle Millionen abziehen, so bleiben jährlich 3 Millionen wirkliche Schuld einzukaufen, welche wir zum

Transport fl. 37,743,500

Transport	fl. 37,743,500
Course von 48 % annehmen	
zu	„ 1,440,000

Demnach wären die jährl.

Bedürfnisse f. d. Staatsschuld	fl. 39,183,500
--------------------------------	----------------

Die andern Staatsbedürfnisse, mit Ausschliessung der aus einem Kriegszustande hervor gehenden, betragen nach den vorgelegten zwei

Budgeten für 1834 ungefähr	„ 33,000,000
----------------------------	--------------

Macht zusammen . . .	fl. 72,183,500
----------------------	----------------

Die gesammten Staatseinkünfte der 4 letzten Monate von 1832 und der 8 ersten von 1833 hat der Finanzminister auf ungefähr 45 Mill. angegeben. Wir wollen annehmen, dass noch eine Erhöhung derselben um 3 Mill. zu erzielen sey, und rechnen daher fl. 48,000,000

Die besondern Einnahmen des geheimen Amortissement-Syndikats sind nicht genau bekannt. Sie bestehen hauptsächlich aus 13 % Erhöhung

Transport	fl. 48,000,000
-----------	----------------

Transport fl. 48,000,000
 der meisten Abgaben, mit
 Ausnahme der Grund-, Perso-
 nal- und Mahlsteuer, aus dem
 Ertrage der noch unverkauft-
 en Domainen und den Zinsen
 von den in seinen Koffern
 wahrscheinlich noch vorhan-
 denen Schuldscheinen, welche
 Gegenstände wir, nach Ab-
 zuge der beträchtlichen Ver-
 waltungskosten dieses Insti-
 tutes, *) zusammen auf . . „ 4,500,000
 schätzen.

Macht . . fl. 52,500,000
 Folglich wäre gegen die Aus-
 gaben von „ 72,183,500
 ein Deficit von fl. 19,683,500

*) Nach einem unterm 15. Jan. 1829 publicirten
 Bruchstücke, welchem man die Benennung „Status“
 beigelegt hat, betragen die jährlichen Ver-
 waltungskosten des geheimen Amortissement-
 Syndikats 225,000 fl.: gewiss ein schweres Opfer,
 welches die Nation für ein unbegreifliches
 Geheimniss der Regierung zu bringen hat!

Transport fl. 19,683,500

Angenommen auch, dass
Belgien den ihm, in den bekann-
ten 24 Artikeln bestimmten
Zinsenantheil jährl. richtig mit „ 8,400,000
bezahle, so bleiben noch fl. 11,283,500
zu decken übrig.

Dieses ist nach unsern Einsichten das
günstigste Resultat, welches sich aus der
wirklichen Lage der Dinge im nieder-
ländischen Staatshaushalte ziehen lässt;
denn je tiefer man in dessen Natur ein-
dringt, desto mehr Gründe wird man finden,
eher eine Verschlimmerung als eine Ver-
besserung der Darstellung, die wir so eben
davon entworfen, für wahrscheinlich zu
halten.

Vorerst ist es noch nicht völlig ge-
wiss, dass Belgien sich bei einem Definitiv-
Traktate verpflichten werde, an Holland
jährlich 8,400,000 fl. für Zinsen der Staats-
schuld zu bezahlen. Gesetzt aber auch, es
geschehe, so walten im Allgemeinen ziemlich
starke Zweifel rücksichtlich der anhaltend

pünktlichen Erfüllung dieser Verpflichtung ob. Grosse Anstrengungen würden von Seiten Belgiens dazu erfordert werden, wenn sein Haushalt auch ohne eine andere Zinsenbürde wäre. Nun hat aber Belgien, eben so wie Holland, sich während des Kriegszustandes in Schulden zu drückenden Bedingungen vertieft, und wird Mühe haben, bei wiederhergestelltem Frieden seinen Haushalt so zu ordnen, dass die Staatseinkünfte zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse hinreichen. Eine drückende Besteuerung erträgt das Volk nicht, wie die während seiner Vereinigung mit Holland gemachte Erfahrung gezeigt hat; und es lässt sich daher nicht denken, dass eine bedeutende Vermehrung der Staatseinnahme durch neue Abgaben zu erzielen seyn werde. Unter solchen Umständen müsste Belgien, wenn es jene Verpflichtung übernimmt, nothwendig zu Creditmitteln seine Zuflucht nehmen, welche vermöge ihrer Natur gewöhnlich keine zu lange Dauer haben.

Indem der Finanzminister die Staatsausgaben, ohne die Bedürfnisse für die Staats-

schuld auf ungefähr 33 Millionen berechnet hat, ist nicht der Folgen gedacht, welche ein Kriegszustand auch bei wiederhergestelltem Frieden auf eine lange Zeit nach sich zieht. England und alle andere Staaten haben dieses nach Beendigung der Kriege gegen *Napoleon* auf eine sehr empfindliche Weise erfahren, und Holland wird wohl keine Ausnahme machen. Gegen die Bedürfnisse, welche wahrscheinlich aus den nothwendigen Folgen des Kriegszustandes entstehen werden, wollen wir jedoch die Ersparnisse in die Wagschale legen, welche möglicherweise durch eine Vereinfachung der zu kostbaren Verwaltung zu erzielen seyn können, und worauf die General-Staaten in jeder Sitzung so stark andringen.

Es sind, wie wir bereits bemerkt, im niederländischen Staatshaushalte zwei geheime Kassen, nämlich die des Amortissement-Syndikats und die der ostindischen Besitzungen. Nun setzen nach unsern Ansichten geheime Kassen auch geheime Bedürfnisse voraus. Das Mass dieser be-

stimmen zu wollen, wäre für jeden Uneingeweihten mehr als Vermessenheit; aber nach aller Wahrscheinlichkeit sind diese geheimen Bedürfnisse nicht unbedeutend, und bei einer Beurtheilung des niederländischen Finanzwesens däucht uns dieser Umstand nicht übersehen werden zu dürfen. *)

Das Mass der Besteuerung kann nicht anders als voll gemessen seyn, wenn eine Bevölkerung von ungefähr $2\frac{1}{2}$ Millionen Seelen, bei keinem zu grossen Naturreichthume des Landes, 45 Millionen Staatsabgaben aufbringt. Ausserdem sind noch besondere Abgaben für das Amortissement-Syndikat (13⁰/₁₀₀ Erhöhung auf einem grossen Theile der Steuern), sowie für die Provinzen und

*) Unter andern sagt ein Gerücht, welches wir jedoch auf keine Weise verbürgen wollen, dass belgische Beamte die Hälfte ihrer Besoldung als Wartgeld aus der Staatskasse beziehen, und dass ihnen die andere Hälfte als Zulage aus einer geheimen Kasse bezahlt werde. Wie dem nun auch sey, so ist wohl schwerlich in Abrede zu stellen, dass das Daseyn von geheimen Kassen solchen oft grundlosen Gerüchten immer Nahrung geben muss.

Communen; sodann werden die Bedürfnisse für die Unterhaltung der Dämme, Wasserwerke und Wassermühlen jährlich umgelegt. Nach den Erörterungen, welche in der zweiten Kammer statt hatten, ist anzunehmen, dass die Nation auf diese Weise jährlich 70 Millionen Gulden für Abgaben aller Art zu bezahlen hat.

Schwer lastet eine solche Besteuerung auf dem Volke, besonders auf dem Mittelstande desselben, und eben so allgemein als unverholen ist das Verlangen nach einer Entlastung. Ob unter so bewandten Umständen die Regierung auf die Dauer im Stande seyn werde, die gegenwärtige Besteuerung beizubehalten, möchte mit Recht einigem Zweifel unterliegen. Selbst in den General-Staaten haben sich laute Stimmen erhoben, dass es der Nation unmöglich sey, die gegenwärtige Bürde auf die Dauer zu tragen.

Ein wichtiger Umstand ist auch dieser, dass, wie die Erfahrung gezeigt hat, mit einer fortschreitenden Steigerung der Ab-

gaben sich deren Ertrag im Allgemeinen, in Folge des verminderten Wohlstandes des Volkes, vermindert. Der bereits angeführte Ausfall von $\frac{1}{5}$ in der Personalsteuer zu Amsterdam ist wohl ein laut sprechender Beweiss, dass Holland hierin keine Ausnahme macht. Der Verfall der früher so blühenden holländischen Fabriken ist von Vielen der Besteuerung der nothwendigsten Bedürfnisse des Lebens und der dadurch entstandenen Vertheuerung des Lebensunterhaltes zugeschrieben worden. Haben auch andere Umstände dazu mitgewirkt, so lässt sich doch nicht in Abrede stellen, dass vertheuerter Arbeitslohn bei gesteigerter Concurrenz den Untergang der Fabriken zur Folge haben muss. Allerdings ist in Holland das Handelsinteresse vorherrschend; aber auch dieses erträgt keine durch Besteuerung herbeigeführte, allzu sehr vertheuerte Lebensweise, um so mehr, da der Handel Hollands vermöge seiner geographischen Lage und sonstigen Verhältnisse immer vorzüglich ein Zwischenhandel war,

der heut zu Tage wegen der grossen Concurrenz, besonders von Hamburg und Bremen, bei weitem nicht mehr die frühern Gewinne abwirft. Zudem wird die wichtige Erwerbsquelle, welche für Holland aus dem Handel fliesst, keinesweges durch einen zweckmässigen Zolllarif befördert. Die Zölle sind zwar in Holland meistens nicht so hoch, als in vielen andern Ländern; aber dennoch durchaus nicht den Bedürfnissen des Zwischenhandels angemessen. Eine gründliche Erörterung dieses wichtigen Gegenstandes gehört nicht zu dem Bezirke einer Finanzdarstellung; auch haben wir denselben bereits in einem frühern Werke: „Die Beleuchtung des Kampfes über Handelsfreiheit und Verbotssystem in den Niederlanden etc.“ ausführlich abgehandelt.

Uebrigens hat die Deckung eines Deficits, wie das angegebene, auf dem Wege des Credits eine so rasche Vermehrung der Zinsen zur Folge, dass die Lage des Staatshaushaltes sich beinahe sichtbar verschlim-

mern muss. Bereits hat der Finanzminister wieder die Creirung von 10,340,000 fl. neuer, 5 % Zinsen tragender Schuld vorgeschlagen.

Aus allem, was wir angeführt, wird sich unstreitig ein warnendes Beispiel aufdringen, welche Folgen die Abweichung von gesunden staatswirthschaftlichen Grundsätzen nach sich ziehet. Tief lag schon das Uebel, als man, um den Unwillen der General-Staaten über das gehässige Wort *Deficit* etwas zu beschwichtigen, zu der Stiftung eines geheimen, durchaus nicht der Controlle der General-Staaten unterworfenen Institutes — des mehr erwähnten Amortissement-Syndikats — schritt, und demselben eine Ausstattung von

94 Millionen $2\frac{1}{2}$ % Schuld,
116 Millionen $4\frac{1}{2}$ % Schuldscheinen,
nebst der Befugniss, Domainen, welche einen reinen Ertrag von 1,750,000 fl. abwerfen, zu veräussern, gab, ohne an eine Deckung der Zinsen von den neuen Schuldscheinen und des Ausfalles der Einkünfte von den veräusserten Domainen

zu denken. So grell muss ein solches Genesmittel erscheinen, dass man schwerlich versucht seyn wird, dem Urheber davon bloss Unkunde zuzuschreiben: verborgene Absichten des Privatinteresse könnten, unsers Bedünkens, einen überwiegenden Antheil daran haben. — Mit der Anwendung eines solchen Genesmittels musste das Uebel natürlich rasch steigen, und es bedurfte nur noch eines ausserordentlichen Ereignisses, wie der Abfall Belgiens und der dadurch herbeigeführte Kriegszustand, um es in nicht allzulanger Zeit auf seine gegenwärtige Höhe zu bringen.

Noch sind keine Kennzeichen zu erblicken, dass ein ernstliches Bestreben obwalte, dem fortschreitenden Uebel auch wenigstens nur so weit, als die Umstände es erlauben, entgegen zu arbeiten. Schon die ganz eigene Anordnung des niederländischen Staatshaushaltes lässt unseres Erachtens dieses nicht wohl erwarten. In unserer vorigen Schrift haben wir vier, in demselben wirklich bestehende Budgete angegeben. Sie sind nach

den neuesten Verhandlungen gegenwärtig die folgenden, als :

- 1) Das der sogenannten gewöhnlichen Ausgaben, welches bis jetzt nicht ganz durch feste Steuern zu decken war, sondern theils einen Zuschuss vom geheimen Amortissement-Syndikat, theils die Benutzung von directen Creditmitteln erforderte.
- 2) Das der Ausgaben, welche der Kriegszustand nach sich zieht, und worauf wohl seiner Zeit eine starke Pensionsliste folgen wird. Die Deckung desselben muss ganz in Creditmitteln gesucht werden.
- 3) Das jedem ungeweihten Auge verschlossene des geheimen Amortissement-Syndikats, und endlich
- 4) das der ostindischen Besitzungen, welches in jeder Hinsicht mit dem vorhergehenden an Geheimsinnigkeit wetteifert.

— Es sind demnach vier Haushaltungen in einem einzigen, nicht allzugrossen Staate;

und da kann es doch nicht wohl fehlen, dass man nicht öfters in Verlegenheit gerathe, welcher dieser Haushaltungen man diesen oder jenen Gegenstand zuzuschreiben habe. Bei einer solchen Anordnung würden die Angelegenheiten eines Particuliers wahrscheinlich bald in Verwirrung gerathen; und sollte ein Staat, bei welchem der scharfe Sporn des individuellen Interesse fehlt, in dieser Hinsicht glücklicher seyn?

Nach unsern Ansichten müssen beträchtliche Ersparnisse im Staatshaushalte aus dem Gebote der Nothwendigkeit hervorgehen, da sie nach der Natur der Sache nicht eingeführt werden können, ohne dass manches Privatinteresse dadurch angegriffen wird. Dieses Gebot der Nothwendigkeit bestehet aber im strengsten Sinne nicht, so lange ein paar geheime Kassen da sind, woraus sich Ausgaben bestreiten lassen, deren Verzeichnung auf dem Budgete den General-Staaten missfällig werden könnte. Es kann daher nicht allzusehr befremden, wenn der Finanzminister seine ganze Kunst

aufbietet, um das Bestehen der geheimen Kassen so lange als möglich zu vertheidigen.

Gar gefährlich für das Staatswohl können geheime Kassen und sich oft wiederholende, grosse Operationen dadurch werden, dass sie den Finanzvorstehern und Finanzleitern sehr leichte Mittel darbieten, sich auf Kosten des Staates zu bereichern. Wäre nun einmal der niederländische Finanzminister nicht ein Mann von der ausgezeichnetsten Rechtlichkeit, so möchte es (und träte er auch sein Portefeuille in notorisch zerrütteten Vermögensumständen an) eine leichte Aufgabe für ihn seyn, selbst bei einer nur mässigen Besoldung binnen wenigen Jahren ein sehr beträchtliches Vermögen zu sammeln, und alsdann im Genusse ländlicher Musse auf seinen Lorbeeren auszuruhen.

Wirft man noch einen etwas scharfen Blick auf die eigentliche Lage des niederländischen Staatshaushaltes, so wird man den Gedanken schwerlich ganz unterdrücken können, dass diejenigen, welche denselben bis jetzt geordnet und geleitet, keine Ur-

sache haben, die schleunige Zurückkehr von Frieden und Ruhe, bei deren Genusse die Nation sich ernstlichern Betrachtungen ihrer innern Angelegenheiten widmen kann, zu wünschen. Und sollte man hieraus nicht mit Grund folgern, dass solche Verhältnisse einen entscheidenden Einfluss auf die in London wegen der Angelegenheiten mit Belgien gepflogenen Unterhandlungen äussern konnten, ja vielleicht wirklich geäussert haben?

Ein Staatsübel, wie der erörterte Zustand der niederländischen Finanzen, muss seiner Natur nach aus sehr tiefliegenden Ursachen hervorgegangen seyn.

Unstreitig ward der erste und sichtbarste Grundstein dazu gelegt durch das Verfahren der Regierung bei den ersten ausserordentlichen Bedürfnissen, welche nach Abwerfung des napoleonischen Joches ein Kriegszustand mit der Wiedergeburt des Staates zugleich herbeiführte. Bei der damaligen Stimmung der Nation würde die Regierung keine grossen Schwierigkeiten gefunden haben, sich die benöthigten Mittel zur Bestreitung solcher ausserordentlichen Staatsausgaben durch eine gezwungene Anleihe zu mässigen Zinsen zu verschaffen. Statt dessen nahm sie aber ihre Zuflucht zu einem halb freiwilligen, halb gezwungenen An-

lehn, und verband dieses mit einer der grössten Finanz - Operationen. Die ganze Staatsschuld ward, mit verhältnissmässiger Kapitalerhöhung, auf den gleichen Zinsfuss von $2\frac{1}{2}\%$ gebracht, und die unter *Napoleon* davon gestrichenen zwei Dritttheile wurden, vermittelst jährlicher Auslosungen von fünf Millionen Gulden, wieder in's Leben gerufen. Auf diese Weise entsagte der Staat der Möglichkeit, bei veränderten Zeitverhältnissen sich seine Zinsbürde im mindesten zu erleichtern, während die Zinsen tragende Staatsschuld einen jährlichen Anwuchs von 5 Millionen erhielt. Um diesem letzten Uebel vorzubeugen, wurde allerdings jährlich eine gleiche Summe wirklicher Schuld eingekauft und vernichtet; aber eine Amortissementskasse, die nicht auf einen reinen Ueberschuss der Staatseinkünfte gegründet ist, wird wohl mit Recht als eine blosser Chimäre betrachtet. Und nichts weniger als ein solcher Ueberschuss war im niederländischen Staatshaushalte; denn alle Administrationen wurden gleich im Anfange

auf einen viel zu grossen Fuss angelegt, so dass auch ohne jenen grossen Missgriff jährlich ein namhaftes Deficit gewesen seyn würde. Indem man es nicht wagte, die Nation durch neue Steuern mit den Folgen dieses doppelten Missgriffes auf eine empfindliche Weise bekannt zu machen, war die Hülfe nur in Creditmitteln zu suchen, die vermöge ihrer Natur jedes Jahr kostbarer wurden. Noch war kein Jahrzehnt verflossen, und die Finanzen zeigten sich bereits in einer Gestalt, welche dem nicht ganz oberflächlichen Beobachter die grössten Besorgnisse wegen der Zukunft einflössten.

Ungerügt blieb dieser Zustand der Dinge keineswegs. Es waren aber mehr einzelne Stimmen, die sich dagegen erhoben, als eine laut ausgesprochene öffentliche Meinung über ein Uebel, welches auf die Dauer die Sicherheit des Eigenthums, eine Hauptgrundlage der bürgerlichen Gesellschaft, in mancher Beziehung sichtbar gefährdete. Warme, thätige Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten des Landes, ohne

durch den Drang der Umstände hervorgerufen zu seyn, war nie eine Hauptcharakteristik des Nordniederländers: seine Bürgertugenden waren immer mehr ruhiger, passiver Art. Zudem fand der reiche Kapitalist durch die Anleihen Gelegenheit, sein Geld zu hohen Zinsen unterzubringen; und, von dem augenblicklichen Gewinne verblindet, bekümmerte er sich wenig um die Zukunft. Was Belgien betrifft, so nahm es sehr wenig Antheil an den Anleihen, und das von der Regierung befolgte Finanzsystem konnte ihm ziemlich gleichgültig seyn, so lange keine Vermehrung der Abgaben dadurch entstand. Hierin liegen unstreitig Elemente, welche der Regierung in der Verfolgung ihrer Finanzpläne sehr zu statten kamen. Diese waren aber öfters von einer Natur, dass es fast unbegreiflich erscheinen muss, wie sie in den General-Staaten durchgehen konnten, in welchen es keinesweges an hellsehenden Männern fehlte, welche die Massregeln der Regierung in ihrem wahren Lichte darstellten. — Welchem

ändern Umstände kann dieses wohl beizumessen seyn, als einem übermässigen, höchst schädlichen Einflusse, welchen die Regierung von den Institutionen des Landes entlehnt.

Diese beruhen vorzüglich auf dem in 1815 verfertigten, sogenannten Grundgesetze.

Ohne eine eigentliche Widersprache erfolgte dessen Annahme in den nördlichen Niederlanden, gleichsam in einem Taumel, als ob mit der neuen Dynastie alle Uebel, welche das schwere Joch eines fremden Herrschers zurückgelassen hatte, von selbst genesen würden. Nicht so verhielt es sich mit Belgien, wo die Annahme nur dadurch zu erzielen war, dass die Regierung alle Stimmen der nicht erschienenen Notablen für bejahend erklärte: ein Verfahren, wodurch sofort ein Keim zu grosser Unzufriedenheit gelegt ward.

Einiger Aufschluss über die wirkliche Beschaffenheit dieser Constitutionsurkunde däucht schon aus folgender Stelle des Berichtes, welchen die mit deren Revision

beauftragte Commission am 13. Juli 1815
abgestattet hat, hervorzugehen:

*„Nous n'avons pas eu l'orgueil de tout pénétrer,
„la prétention de tout régler. Nous avons fait la
„part de l'expérience future, et au lieu de dispo-
„sitions décisives et tranchantes, nous avons souvent
„posé des pierres d'attente, où votre sagesse, éclairée
„par le temps et par d'autres conseils, placera des
„institutions qui sont plutôt indiquées que fixées, et
„qui complèterant, sans lenteur comme sans précipi-
„tation, l'édifice dont nous avons seulement tracé
„les dimensions et fixé les bases.“*

Nach einer solchen Aeusserung möchte
man wohl versucht seyn, in jenem Docu-
mente mehr einen Entwurf zu einer Ver-
fassungsurkunde, als eine Verfassungs-
urkunde selbst, zu erblicken.

Indem wir nun zur Betrachtung einzelner
Theile des Grundgesetzes übergehen, sind
wir vermöge der Natur unserer Abhandlung
vorzüglich darauf beschränkt, darzuthun,
in wie fern die Räthe der Krone sich ver-
mittelst desselben einen so sehr überwie-
genden Einfluss zu verschaffen vermochten,

dass das sichtbar verderblichste Finanzsystem in einem constitutionellen Staate durchzusetzen war. Wir beobachten dabei nicht die Folgeordnung der Artikel jener Urkunde, sondern diejenige, welche die Ausführung unsers Vorhabens mit sich bringt.

Es ist wohl eine unangefochtene Wahrheit, dass die Art, wie Gesetze angewendet und ausgeführt werden, noch mehr auf das Wohl eines Landes einwirkt, als die Beschaffenheit der Gesetze selbst; und unstreitig dehnt sich dieses auch auf Verfassungs-urkunden aus. Hievon ausgehend, sind zuvörderst die Verordnungen in Beziehung auf die Wahlen der Abgeordneten zu berücksichtigen, welche die Rechte des Volkes gegenüber der Krone zu vertreten haben.

Gar sehr weichen diese Verordnungen in den Niederlanden von den in andern constitutionellen Staaten bestehenden ab.

§ 6 des Grundgesetzes lautet im französischen Texte:

„Le droit de voter dans les villes et les campagnes;

*„ainsi que l'admissibilité dans les administrations
„provinciales et locales, est réglé par les status
„provinciaux et locaux.*

Nach diesen Statuten und den weitem Bestimmungen von § 134 des Grundgesetzes wählen die Staatsbürger, welche eine gewisse Summe an direkten Steuern bezahlen, Wähler, und zwar mittelst versiegelter Zettel, welche am Hause abgeholt werden. Die Functionen dieser Wähler sind nach § 133 darauf beschränkt, die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderathes zu wählen.

Die Stadt- und Gemeinderäthe erwählen die Mitglieder der Provincial - Staaten, welchen dann ihrerseits die Ernennung der Mitglieder der zweiten Kammer zustehet.

§ 144 des Grundgesetzes lautet:

*„Les États des provinces nomment dans ou hors
„leur sein les membres de la seconde Chambre des
„États - Généraux. — Ils les choisissent, autant
„que possible, dans les diverses parties des pro-
„vinces.*

Die Provincialstände sind aus drei Ständen, nämlich :

- 1) dem Adel oder der Ritterschaft,
- 2) den Bürgern der Städte, und
- 3) den Bewohnern des platten Landes

zusammengesetzt.

Die Anzahl ihrer Mitglieder wird nach § 130 durch den König bestimmt.

Nach § 137 ernennt der König Commissairs, welche in den Provincial-Staaten präsidiren.

Auf diese Weise wird das Princip, welches von den Interessen des Volkes ausgehen soll, einer dreifachen Filtrirung unterworfen, ehe es in der zweiten Kammer der Krone gegenüber erscheinen kann.

Weder der Stadt- und Gemeinderath, noch die Provincialstände machen ihre Wahlen öffentlich. Wie schon die Art ihrer Erwählung vermuthen lässt, waren beide früher der Sitz eines oligargischen Princip, welches wohl auf die Ankündigung einer Verfassungsurkunde nicht von selbst verschwindet.

Da die Anzahl der Mitglieder der Provincialstände ziemlich beschränkt ist, so muss

es der Regierung um so leichter werden, die Wahlen für die zweite Kammer nach ihrem Sinne zu leiten. Schwerlich wird man den Räthen der Krone die Ueberwindung zutrauen, eine solche Gelegenheit unbenutzt zu lassen, um freisinnige, hellsehende Männer, welche ihre Stimme streng nach dem Interesse der Nation abwiegen, aus der Kammer entfernt zu halten. Ist der Einfluss der Regierungs-Commissairs nicht immer überwiegend, so dringt er doch häufiger durch, als zu wünschen wäre. Man hat mehrmalen gesehen, dass ausgezeichnete Mitglieder der General-Staaten, welche schädliche Regierungsmassregeln in ihrem wahren Lichte dargestellt haben, nach dem Ablaufe ihrer dreijährigen Function nicht wieder gewählt wurden.

Die ausserordentliche Sorge, welche man für die Abwehrung des demokratischen Principis getragen hat, scheint uns übrigens in keinem Lande weniger erfordert zu werden, als in Holland; denn der Bataver ist bekanntlich von ruhigem Charakter, und

in seinen verschiedenen bürgerlichen Verhältnissen durchgehends nicht von der Leidenschaft ergriffen, sich über seine Sphäre erheben zu wollen.

Die Mitglieder der ersten Kammer werden nach § 80 vom Könige lebenslänglich unter Personen gewählt, welche dem Staate grosse Dienste geleistet haben, oder sich durch Geburt oder auch durch Vermögen auszeichnen.

Der Einfluss der Regierung auf die Zusammensetzung dieser Kammer muss demnach noch grösser seyn, als auf die der zweiten Kammer.

Die erste Kammer berathschlagt bei verschlossenen Thüren, und hat bis jetzt wenig von sich hören lassen, was nach dem so eben Angeführten wenig Befremden erregen wird.

Die öffentliche Meinung hält sie für eine nicht ganz glückliche Nachahmung anderer Constitutionen, und für eine Pflanze, welche in Holland keinen ihr zuträglichen Boden gefunden hat.

Uebrigens ist sie auch eines der schönsten

Vorrechte eines gesetzgebenden Körpers beraubt, indem sie der Krone keine Vorschläge zu Gesetzen machen darf. Dieses steht nur der zweiten Kammer zu; denn § 114 lautet:

*„Le droit de provoquer une délibération des
„États - Généraux sur une proposition à faire au
„Roi, appartient exclusivement aux membres de la
„seconde Chambre etc.“*

Ist ein solcher Vorschlag in der zweiten Kammer angenommen, so wird er nach § 115 an die erste Kammer gesandt, welche nach § 116 und 117 denselben gutheissen oder verwerfen kann.

Dem Könige steht dann nach § 118 das Recht zu, die vorgetragene Bitte der General-Staaten zu gewähren, oder dieselbe ohne irgend einige Motivirung mit dem Ausdrucke:

„Le Roi délibérera,“
zurückzuweisen.

Es ergiebt sich hieraus, dass die Rätthe der Krone die weitumfassendsten Mittel besitzen, freisinnigen Berathungen des

wirklichen National-Interesse in den Kammern entgegen zu wirken, nämlich durch ihren Einfluss auf die Wahlen, und dann durch eine ganz einfache, unmotivirte Verwerfung der, eine Verbesserung bezweckenden Vorschläge. Die menschliche Natur müsste sich gewissermassen verläugnen, wenn solche Mittel ganz unbenutzt gelassen würden.

Wir haben bereits mehrmalen des sonderbaren Verfahrens gedacht, das Budget nur summarisch und nicht nach seinen einzelnen Theilen abzustimmen. Die Vertheidiger desselben stützen sich auf das Grundgesetz, wovon § 121 lautet:

*„Le budget des dépenses du royaume doit avoir
„l'assentiment des États-Généraux; il est présenté
„par le Roi à la seconde Chambre dans la session
„ordinaire.“*

Offenbar schreibt dieser Artikel nicht die Abstimmung des Budgets nach seinen einzelnen Theilen vor, aber eben so wenig schliesst er diese aus. Nun ist es doch ein gar alter, bekannter Rechtsgrundsatz,

dass der Richter in Fällen, wo das Gesetz sich nicht deutlich ausspricht, an seine *mens sana* verwiesen ist. Und wie will man mit dieser eine summarische Abstimmung des Budgets in Einklang bringen? Eben so gut könnte eine gesetzliche Vorschrift erlassen werden, dass im gewöhnlichen Leben ein Kaufmann oder anderer Partikulier keine Bemerkungen über einzelne Theile einer ihm ertheilten Rechnung machen dürfe, sondern dieselbe entweder ganz gutheissen, oder ganz verwerfen müsse. Sehr stark in die Sinnen fallend ist es wohl, dass es eines ganz besondern Einflusses in den Kammern bedurfte, um eine Gesetzauslegung, wie die angegebene, geltend zu machen.

Uebrigens sagt § 127:

„*Les dépenses de chaque département d'administration générale sont l'objet d'un chapitre séparé du budget etc.*“

woraus man unsers Erachtens mit allem Grunde zu schliessen berechtigt ist, dass es die Absicht des Gesetzgebers gewesen

sey, jedes dieser Kapitel in den General-Staaten besonders behandelt zu sehen.

Für die Abkürzung der Verhandlungen über das Budget trägt das Grundgesetz alle Sorge, indem nach § 123 und 124 die gewöhnlichen Ausgaben, mit den Mitteln zur Deckung derselben, für eine Reihe von zehn Jahren festzusetzen sind. Nur die ausserordentlichen, unvorhergesehenen und ungewissen Ausgaben sind jährlichen Berathungen unterworfen.

Sehr zweifelhaft möchte es seyn, ob die gewöhnlichen Ausgaben und die Mittel zu deren Bestreitung sich so festsetzen lassen, dass in dem Zeitraume von zehn Jahren keine wesentliche Veränderung darin entsteht; und wenn diese eintritt, so ist der Zweck des Gesetzes verfehlt.

Eine Constitution ohne Verantwortlichkeit der Räthe der Krone kann nur schwache Garantien darbieten, und diese Verantwortlichkeit ist bis jetzt in den Niederlanden förmlich verweigert. Alle Handlungen der Minister können nöthigen Falles mit dem

Schleier der Majestät des Thrones bedeckt werden. Vergebens haben sich bis jetzt manche Stimmen in den General-Staaten erhoben, um diesem Uebel abzuhelpfen.

Nach § 175 soll ein oberstes Tribunal im ganzen Lande seyn, welches den Namen „hoher Gerichtshof“ trägt.

Rücksichtlich seiner weit umfassenden Functionen schreibt § 177 Folgendes vor:

*„Les membres des États-Généraux, les chefs
„des départemens d'administration générale, les
„conseillers d'État et les commissaires du Roi dans
„les provinces, sont justiciables de la Haute-Cour, pour
„tous délits commis pendant la durée de leurs fonctions.*

*„Pour délits commis dans l'exercice de leurs
„fonctions, ils ne peuvent être poursuivis qu'après
„que les États-Généraux ont autorisé la poursuite.“*

Die Errichtung dieses Gerichtshofes ist aber bis jetzt ein frommer Wunsch geblieben. Dieselbe sollte gleichzeitig mit der Einführung eines neuen Gesetzbuches statt finden. Nun wird bekanntlich an diesem, vom Anfange der gegenwärtigen Regierung an, unter der Leitung des gegenwärtigen

Justizministers gearbeitet; aber trotz der, viele Jahre lang in den General-Staaten darüber gepflogenen, mühsamen Verhandlungen vermochte man noch nicht, dieses wichtige Werk zu vollenden. Das Justizwesen in den Niederlanden beruhet daher auf einem Provisorium, und so lange dieses dauert, fehlt der competente Gerichtshof, welcher über einen der in jenem Artikel des Grundgesetzes bestimmten Fälle Recht sprechen könnte.

Gleichsam um das Uebel wo möglich noch zu vergrößern, ist unterm 5. Oktober 1822 auf den gemeinschaftlichen Rath des Oberjägermeisters der nördlichen Provinzen, des Justizministers und des Ministers des Innern und der Wasserbauten (so lautet die Einleitung nach Staatsblatt Nr. 44), eine Ordonnanz erlassen worden, kraft welcher, wenn gerichtliche Klagen gegen Behörden oder Beamte, oder überhaupt wegen Angelegenheiten, welche nach den Gesetzen, oder auch nach erlassenen Ordonnanzen, zu den Attributen der administrativen Gewalt

gehören, anhängig gemacht werden, die Gouverneure der Provinzen nach ihrem Gutfinden das Recht haben, zu befehlen, dass die administrative Gewalt einschreite, und dass das gerichtliche Verfahren darin niederzuschlagen sey.

Diese Ordonnanz, obgleich zu keinem Gesetze erhoben, ist in dem constitutionellen Staate noch in voller Kraft. Während der Vereinigung Belgiens mit Holland hat sie besonders viel zu der in ersterm geherrschten Unzufriedenheit beigetragen; auch in dem letztern werden bittere, wenn auch nicht eben so laute, Klagen darüber geführt, die indessen, im Falle keine zeitige Abhülfe erfolgt, auf die Dauer ebenfalls sehr gefährliche Folgen haben können.

Wir suchen im Grundgesetze vergebens nach Bestimmungen, worauf die Fortdauer dieser Ordonnanz sich gründen könnte.

§ 105 lautet:

*„Le pouvoir législatif est exercé concurremment par
„le Roi et les États-Généraux.“*

Ist die Gesetzgebung gemeinschaftlich

durch die Krone und die General-Staaten auszuüben, so folgt doch von selbst, dass Regierungsverordnungen in Beziehung auf die Rechtspflege, welche in dringenden Fällen während des Schlusses der Kammern erlassen werden, diesen bei ihrer Zusammenkunft zur Berathung vorzulegen sind. Sehr mangelhaft däucht uns das von den königlichen Prärogativen handelnde, sechste Kapitel des Grundgesetzes (§ 56 bis 70), indem es mit keinem Worte von diesem wichtigen Gegenstande spricht. Die Absichten des Gesetzgebers in Beziehung auf denselben können aber wenig Zweifel unterliegen, wenn man erwägt, dass § 68, kraft dessen der König in dringenden Fällen während des Schlusses der Kammern Dispensationen zu Gunsten von Particulieren verleihen kann, am Schlusse lautet:

*„Le Roi donne connaissance aux États-Généraux
de toutes les dispenses qu'il a accordées dans l'in-
tervalle d'une session à l'autre.“*

Nun ist es in jeder weisen Gesetzgebung strenger Grundsatz, dass administrative

Behörden in streitigen Fällen durchaus kein Vorrecht zum Nachtheile der Unterthanen geniessen sollen.

Auffallend mag es seyn, dass eine Ordonnanz, welche man, nach ihrer Einleitung zu urtheilen, vorzüglich als das Werk des Oberjägermeisters möchte betrachten dürfen, vor den Gerichten grössere Kraft hatte, als der sichtbare Geist des Grundgesetzes. Sollte man den Grund davon zum Theil nicht in dem Provisorium des Gerichtswesens suchen müssen, während dessen Dauer die Richter nicht lebenslänglich eingesetzt sind, sondern nach dem Gutdünken der Regierung abgesetzt werden können?

Das Grundgesetz verfügt in dieser Hinsicht anders, und sichert den Richtern die nöthige Unabhängigkeit zu; denn § 186 lautet:

„Les membres de la Haute-Cour, des Cours provinciales et des tribunaux criminels, ainsi que les procureurs-généraux et autres officiers ministériels près ces cours et tribunaux, sont nommés à vie.

„La durée des fonctions des autres juges et officiers ministériels est fixée par la loi. Aucun

*„juge ne peut être privé de sa place pendant la
durée légale de ses fonctions, que sur sa demande
ou par un jugement.“*

Aus dem Angeführten erhellet nur zu klar, dass in den Niederlanden durchaus kein Richter ist, bei welchem die Einwohner, im Falle einer Kränkung ihrer Rechte durch den Fiscus, sich Recht verschaffen könnten.

Die Folgen davon können nicht anders als sich manchmal empfindlich fühlen lassen, um so mehr, da die Ministerien ihre Bescheide auf eingelieferte Beschwerden ganz unmotivirt geben. Auf diese Art ist der Bürger der Willkühr jeder administrativen Behörde blossgestellt, was gar leicht zu einer Art von bureaucratischer Anarchie führen kann. *)

*) Es ist uns auf eine glaubwürdige Weise versichert, dass, während für Insinuationen, welche nach der bestehenden Rechtspflege die streitenden Parteien in gewissen Fällen sich einander durch einen Gerichtsboten machen lassen, in Amsterdam für das Enregistrement eine feste Taxe von ungefähr 2 $\frac{1}{2}$ fl. bezahlt wird, ein Steuereinnnehmer in einer Provinzialstadt sich

Nach § 179 kommt dem hohen Gerichtshofe die Oberaufsicht über die Justizverwaltung zu, so dass mit seiner Errichtung das Justizministerium unnöthig wird. Wenn nun dieses nicht aus allen seinen Kräften eine Arbeit förderte, deren Beendigung seine eigene Existenz bedrohet, so würde es nicht allzusehr gegen die Natur der Sache verstossen.

Bei den vielen Bemerkungen, welche seit geraumer Zeit sowohl in den General-Staaten als ausserhalb derselben über das Grundgesetz gemacht worden, hat man bis jetzt § 60 theils übergangen, theils nur leicht berührt; und gerade dieser Artikel däucht uns wegen seiner direkten und indirekten Einwirkung auf den Staatskörper eine be-

ganz in dem nämlichen Falle, der Protestation ungeachtet, mehr als das hundertfache hat bezahlen lassen, und dass alle Reclamationen deswegen bei den höhern Behörden mit dem gewöhnlichen Ausdrücke:

„wird von der Hand gewiesen“
abgeschlagen worden sind.

sondere Betrachtung zu verdienen. — Derselbe lautet:

*„La direction suprême des colonies et des possessions
du royaume dans les autres parties du monde ap-
partient exclusivement au Roi.“*

Die direkte Einwirkung ist, dass die Angelegenheiten der Colonien und der so wichtigen ostindischen Besitzungen von dem Haushalte des constitutionellen Staates ganz abgesondert sind, indem die General-Staaten keine Controlle darüber haben. Es stehet daher ganz in der Macht der Krone, diese Länder als Privatdomainen, und nicht als Besitzungen des Staates, zu verwalten. Aus dem geringen Aufschlusse, welcher bis jetzt den General-Staaten über die Angelegenheiten der ostindischen Besitzungen ertheilt worden, ist beinahe zu schliessen, dass ersteres überwiegend sey. Bei ausserordentlichen Geldbedürfnissen, womit deren Verwaltung einigemal gepaart ging, ward indessen die Hülfe der General-Staaten in Anspruch genommen, und bei solchen Gelegenheiten erfolgten einige Mittheilungen,

welche jedoch von keiner sehr befriedigenden Art waren. Nach dem neuen Budget sollen die Unkosten des Departements der Colonien ganz aus der ostindischen Kasse bestritten werden, daher die General-Staaten nur noch weniger mit dem Interesse der ausser-europäischen Besitzungen in Berührung kommen werden. Von den nachtheiligen Folgen solcher Verhältnisse möchte schon dieses als ein sprechender Beweis gelten können, dass die ostindische Kasse ihre Firma zu Anleihen hergeben musste, von deren Ertrage nach der bereits angeführten Behauptung von Cands-ten Brink, ein grosser Theil nicht nach seiner Bestimmung gewandert ist.

Noch unendlich wichtiger erscheint uns der mittelbare Einfluss, welchen eine solche Verwaltungsart wichtiger Besitzungen nach dem gewöhnlichen Gange der Dinge auf den ganzen Staatskörper auszuüben drohet. Wir gründen diese Ansichten sowohl auf die ältere als auf die neuere Geschichte.

Jene Besitzungen sind Eroberungen. Nun

haben beinahe alle Staaten, welche bedeutende Eroberungen machten, in so fern die Interessen der Sieger und Besiegten nicht sofort ganz in einander verschmolzen wurden, mit ihren Eroberungen zugleich die Keime zu ihrem Verderben eingesogen. Besonders war dieses der Fall mit Eroberungen in entfernten Gegenden. — Mit einer grossen Ausdehnung des Gebietes wird es natürlich der Regierung schwieriger, alle Verwaltungszweige gehörig zu übersehen, und Missbräuchen in denselben zuvorzukommen. Dieser Umstand allein kann indessen nach unsern Ansichten nicht wohl jene Wirkung hervorgebracht haben; wir möchten weit eher dabei eine moralische Ursache als überwiegend betrachten. Bei den Eroberern musste nach der Natur der Sache, wie auch die Staatsverfassung war, die vollziehende Gewalt in ihren verschiedenen Verzweigungen durch die Masse von Gunstaustheilungen, wozu die Besetzung von einträglichen Aemtern und Bedienungen in den eroberten Ländern Gelegenheit darbot,

einen übermässigen, unnatürlichen Einfluss auf den ganzen Staatskörper erlangen. Die menschliche Natur ist sich immer gleich geblieben: vor der Begierde nach Reichthum und Genuss verschwanden nach und nach reine Bürgertugenden. Gegen eine Gunst-austheilung ward, unter den angegebenen Umständen, kein Interesse des Volkes in die Wagschale gelegt. Diejenigen, welche die vollziehende Gewalt ausübten, vermochten sich über die Bedürfnisse und die Interessen der Nation hinwegzusetzen; bald schnell, bald langsam, löseten sich die herrlichsten Institutionen auf, und am Ende der Staat selbst.

Als das am lautesten sprechende Beispiel davon ist das welterobernde Rom aufgezeichnet. Auch der Fall des persischen und macedonischen Reiches, so wie des carthaginensischen Freistaates, möchte bei näherer Untersuchung grossen Theils ähnlichen Ursachen zuzuschreiben seyn.

Ein neueres Beispiel bieten Spanien und Portugal dar. Mit der Eroberung der an

edlen Metallen und den herrlichsten Gaben der Natur gleich reichen Länder Amerika's hörte das Fortschreiten dieser damals blühenden, kräftigen Staaten auf. Trotz der Hülfquellen, welche die von den amerikanischen Besitzungen gezogenen Schätze darboten, sanken sie im Laufe der Zeit von erster politischer Höhe bis auf ihren gegenwärtigen niedrigen Standpunkt zurück. Selbst in ihrem bürgerlichen Wohlstande blieben sie, der anhaltenden reichen Gaben Amerika's ungeachtet, gar sehr gegen andere Nationen zurück. Welcher anderen Ursache kann dieses beizumessen seyn, als dem unnatürlichen Einflusse, welchen ihre Regierungen durch die Masse von einträglichen Anstellungen in den reichen Besitzungen auf den Staatskörper ausübten, in dessen Folge sie im Stande waren, die Bedürfnisse des Volkes unbeachtet zu lassen, ja sich über dieselben ganz hinwegzusetzen? Ohne diesen unnatürlichen, verderblichen Einfluss würde das Gebot der Nothwendigkeit jene beiden Regierungen wohl gelehrt haben, gesundern

staatswirthschaftlichen Principien zu huldigen, und Mönchsthum und Pfaffenwesen in gehörige Schranken zurückzuführen. Die schrecklichen Folgen, welche ein solcher unnatürlicher Zustand der Dinge endlich herbeiführen musste, haben sich gerade im gegenwärtigen Momente auf's stärkste offenbart, und bedürfen, als eine vor Jedermanns Augen liegende Thatsache, keiner Erörterung.

Die englischen Besitzungen in Ostindien verhalten sich, die respectiven Staatseinkünfte zum Massstabe genommen, gegen das Mutterland ungefähr eben so, wie die holländisch - ostindischen. England verschmähet in deren Verwaltung die Lehre fremder Erfahrung nicht. Schon längst ist es allgemein anerkannt, dass es auf den ersten Anblick als die grösste Ungereimtheit erscheinen müsse, eine Gesellschaft von Kaufleuten über eine Bevölkerung von mehr als 100 Millionen Seelen herrschen zu sehen; zugleich war man aber auch von der Ueberzeugung durchdrungen, dass es ein noch

grösseres Uebel wäre, diese Gewalt in die Hände des Ministeriums zu legen, indem dieses alsdann durch die Masse von Gunst-austheilungen, wozu die Besetzung der vielen einträglichen Stellen in Ostindien Gelegenheit darbietet, einen unnatürlichen Einfluss auf den Staatskörper erlangen würde, in dessen Folge die Auflösung der herrlichsten Institutionen nicht wohl ausbleiben könnte. Aus diesem Grunde hat man der ostindischen Compagnie in England bei der letzten Revision ihrer Charte wohl den Rest ihres Handelsmonopols entzogen, aber die Regierung des Landes gelassen. Man scheint diese Institution einigermaßen als ein nothwendiges Fontanell an einem zu vollsäftigen Körper zu betrachten, da der Einfluss der Regierung und des Parlamentes im Wesentlichsten auf eine wohlthätige Aufsicht zur Vorbeugung einer Ausartung derselben beschränkt ist.

Die gänzliche Abweichung der niederländischen Gesetzgebung rücksichtlich der Regierung der ostindischen Besitzungen von

der sich so sehr bewährten englischen muss ohne Zweifel sehr auffallen. Es ist wahr, die frühere ostindische Compagnie in Holland war des Todes oligargischer Gebrechen gestorben, und hatte keine angenehmen Erinnerungen zurückgelassen. Dieses konnte aber kein Grund für den Gesetzgeber seyn, in diesem wichtigen Punkte alle höhern Staatsrückichten zu beseitigen, und, während er auf alle mögliche Weise das demokratische Princip in Schranken zu halten suchte, gar nichts zur Hemmung einer Uebervollsättigkeit des monarchischen Principes zu verfügen. Die Charakteristik des Volkes däucht uns auch nicht dazu zu berechtigen. — Der Bataver musste seinen Wohnsitz mit grosser Mühe und lange anhaltenden Anstrengungen einem feindlichen Elemente abgewinnen, und gegen dieses zu erhalten suchen. Derjenige, welcher sich hierin auszeichnete, durfte wohl mit Recht von seinen Mitbürgern geschätzt werden, und dieses Ansehen konnte sich um so leichter fortpflanzen, da die

Erhaltung des Erworbenen noch lange eine unausgesetzte, mehr als gewöhnliche Sorge und Kunst erforderte. Vielleicht erklärt sich dadurch einigermassen die besondere Achtung, welche in Holland auch in spätern Zeiten unter ganz veränderten Umständen dem Reichthume geworden ist. Mit der grossen Achtung des Reichthumes gehet in der Regel auch ein verhältnissmässiges Streben nach dessen Erlangung gepaart; und wenn sich eine solche Neigung bei einer Nation entwickelt hat, so möchten wohl doppelte Rücksichten in Beziehung auf den Einfluss, welchen die Verwaltung entfernter, reichen Besitzungen auf den Staatskörper ausüben kann, zu beobachten seyn. Wir sehen daher nicht ein, warum man in Holland auf ähnliche Vorsichtsmassregeln, gegen eine Uebervollsättigkeit des Regierungsprincips, wie die in England genommenen, verzichten sollte. Die Folgen einer solchen hoch gestiegenen Uebervollsättigkeit werden doch die nämlichen, wie beim menschlichen Körper, seyn: es entstehen unheilbare

Auswüchse, welche zuletzt die Lebensgeister verzehren. Wie die Geschichte lehrt, vermag keine Verfassung, wie sie auch sey, dagegen zu schützen; nach unsern Ansichten kann eine constitutionell-monarchische Regierung durch einen übermässigen, vom Orient entlehnten Einfluss gar leicht in eine constitutionell-patriarchalisch-monarchische ausarten, und dieses Amalgam möchte schwerlich irgend ein Staatskörper ertragen.

Wir wagen nicht zu bestimmen, wie weit sich dieses Uebel, welches sich gewöhnlich nur stufenweise im Laufe der Zeit entwickelt, bereits in den niederländischen Staatskörper eingeschlichen habe. An seinem Daseyn möchte aber schwerlich ganz zu zweifeln seyn, wenn man bedenkt, dass ein Gesetzesvorschlag zur Genesung der immer steigenden Finanzgebrechen durchgehen konnte, der sichtbar nichts anderes bezweckte, als die Stiftung einer geheimen Kasse mit einer Ausstattung von mehr als 200 Millionen Gulden an Crediten, über deren Benutzung

den Repräsentanten des Volkes keine Verantwortung zu geben ist.

Wenn etwa ein paar Finanzminister, von Profession Sachwalter, bei den Glückwünschen zum Antritte ihrer Portefeuille ganz aufrichtig bekennen, ihre Ernennung zu dem ihnen anvertrauten hohen Posten sey ein grosses Unglück, indem sie von demselben gar nichts verständen: sollte man dann nicht mit Grund ahnden, dass irgend ein schleichendes Gift schon grosse Fortschritte gemacht habe?

Wir sind übrigens weit entfernt, andeuten zu wollen, dass es am zweckmässigsten seyn würde, die Verwaltung der holländischen Besitzungen in Ostindien, wie früher, wieder einer Handels-Compagnie zu übertragen. Nur im Laufe der Zeit hat die englisch-ostindische Compagnie sich zu demjenigen gestaltet, was sie gegenwärtig ist; und bestände sie nicht, so würde sie jetzt schwerlich gestiftet werden. Unsers Bedünkens könnte die Verwaltung der holländisch-ostindischen Besitzungen einem

besondern Collegium übertragen werden, über welches die Regierung und die General-Staaten nur eine strenge Controlle ausüben. Die Mitglieder einer solchen collegialischen Behörde müssten, um dem Zwecke völlig zu entsprechen, nicht von der Regierung, sondern von der Nation gewählt werden.

Je mehr man die ausgehobene Stelle des Berichtes der zur Revision des Grundgesetzes niedergesetzten Commission betrachtet, desto mehr wird man wohl verwundert seyn, dass in dieser Urkunde die grösste Sorge getragen wurde, einer weitem Ausbildung desjenigen, wozu nur die Grundlage gelegt worden, so viel als möglich entgegen zu arbeiten.

Nach § 230 wird nämlich, um über irgend eine Veränderung des Grundgesetzes zu berathschlagen, eine ausserordentliche Zusammenkunft der zweiten Kammer mit einer doppelten Anzahl von Mitgliedern erfordert, und nach § 232 müssen bei Prüfung des Vorschlages dazu zwei Drittel der gewöhnlichen Mitglieder gegenwärtig seyn, und

drei Viertel davon für dessen Annahme stimmen.

Laut § 233 darf während einer Regentschaft durchaus keine Veränderung des Grundgesetzes und der Erbfolge vorgenommen werden.

Bei solchen Schwierigkeiten wird es leicht erklärbar, dass der Buchstabe des Grundgesetzes bis jetzt erhalten geblieben ist, obgleich dessen wesentliche Bestandtheile in Beziehung auf die Finanzen durch die Stiftung des oft gedachten geheimen Amortissement-Syndikats untergraben sind.

Aus § 1 erhellet übrigens deutlich, dass das niederländische Grundgesetz für den, aus der Vereinigung der nördlichen und südlichen Provinzen, entstandenen Staat gemacht worden ist. Durch den Abfall der letztern entsteht nun ein neuer Staat, welcher nach der Natur der Sache ein neues, seinen veränderten Verhältnissen angemessenes Grundgesetz bedarf. Stark ist darauf in den General-Staaten bei vielen Gelegenheiten angedrungen worden. Die

Räthe der Krone scheinen sich aber sehr ungern von einer Urkunde zu trennen, vermittelst deren sie im Stande waren, oft die sonderbarsten Pläne durchzusetzen. Vielleicht hat auch dieses keinen geringen Antheil auf den verzögerten Gang der Unterhandlungen über die Trennung von Belgien gehabt.

Schon aus der Art, wie die Wahlen der Repräsentanten des Volkes geschehen, möchte man mit einigem Grunde zu schliessen berechtigt seyn, dass ein Versuch, das constitutionell-monarchische Princip auf das früher in Holland bestandene, geheimsinnige oligarchische einzupfropfen, bei der Verfertigung des Grundgesetzes vorherrschend gewesen sey. Ueber die Folgen davon wird die Geschichte sich vielleicht in keiner allzu entfernten Epoche weiter aussprechen.

N a c h t r a g.

Die Verhandlungen über die verschiedenen, von der Regierung den General-Staaten vorgelegten Gesetzentwürfe in Beziehung auf die Finanzen, deren wir zum Theil bereits gedacht haben, sind im Laufe des Monats December 1833 beendigt worden.

Ein ausserordentliches Budget mit 8,850,000 fl. Zinsen für eine feste Staatsschuld war eine zu sonderbare Erscheinung, um einigermaßen die Probe bestehen zu können. Der Finanzminister kam indessen durch die Einwürfe, welche gegen diese sonderbare Form gemacht wurden, keinen Augenblick in Verlegenheit, sondern legte den General-Staaten unverzüglich neue Entwürfe vor, welche die Staatsausgaben für

1834 und die Mittel zu deren Bestreitung in einem einzigen Budget zusammen fassten.

Die Grösse der erstern blieb unverändert auf 53,892,828 fl. 58 Ct. mit der beigefügten Klausel, dass davon 2 Millionen Gulden vorläufig nicht zur Verfügung seyn sollten.

Letztere wurden aber mit zwölf *Cents additionnels* auf der Grundsteuer vermehrt, wogegen, statt der anfänglich zur Deckung des Fehlenden verlangten 4 Millionen Gulden, nur 3 Millionen neue 5% Schuld creirt werden sollten.

Eine Schuldvermehrung zur Bestreitung gewöhnlicher Ausgaben erregte jedoch in den Sectionen, welche das Budget zu prüfen hatten, grossen Aerger, und der Finanzminister beeilte sich, diesen zu beschwichtigen, und den General-Staaten wieder einen neuen Entwurf vorzulegen, in welchem auf jenen Credit verzichtet wird, jedoch unter der Bedingung, dass nähere gesetzliche Verordnungen zur Deckung des Fehlenden vorbehalten bleiben, wofern sich nicht ein richtiges Ebenmass zwischen den Staats-

einnahmen und Staatsausgaben, es sey durch eine Vermehrung der erstern oder eine Verminderung der letztern, erzielen lasse.

Der vorläufige Abzug von 2 Millionen auf dem Ausgaben-Verzeichnisse genügte den General-Staaten nicht, worauf der Finanzminister kein Bedenken trug, denselben sofort in einen bestimmten zu verwandeln.

Es waren die für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement verlangten grossen Summen, welche den grössten Stein des Anstosses abgaben, und der Finanzminister fand sich dadurch bewogen, dieselben nur als Credite vorzutragen, worauf man näher zurückkommen würde, sobald mit wiederhergestellter Ruhe die ausserordentlichen Bedürfnisse aufhörten.

Alle diese Willfährigkeit des Finanzministers machte indessen keinen solchen Eindruck auf die General-Staaten, dass die Regierung wegen des Ausganges der Verhandlungen über die vorgelegten Gesetzentwürfe ruhig seyn konnte; denn gar zu

laut und allgemein sprach sich das Verlangen nach wirklichen und grossen Einschränkungen des zu kostbaren Staatshaushaltes aus, worauf schon in den vorhergehenden Sitzungen so stark gedrungen worden war.

In dieser Verlegenheit nahm der Finanzminister seine Zuflucht zu dem schon mehr erprobten Mittel eines königlichen Versprechens, welches er den General-Staaten mit folgenden Worten mittheilte:

„Der Finanzminister ist ermächtigt, im Namen des Königs zu erklären, dass alle angegebenen Mittel zu Ersparnissen, welche sowohl die frühern als die gegenwärtig vorliegenden Berichtabstattungen der Sectionen enthalten, bestimmt und mit dem besten Vorsatze in Erwägung gezogen werden sollen; unverzüglich solle dazu geschritten, und bereits in dem Haushalte des folgenden Jahres alles vermindert und abgeschafft werden, was dafür empfänglich ist, um so den Zweck, wornach die Regierung und die General-Staaten gemeinschaftlich streben, zu erreichen, nämlich ein voll-

„kommenes Gleichgewicht zwischen den Einnahmen
„und gewöhnlichen Staatsbedürfnissen herzustellen.

„Dieser Vorsatz ist so bestimmt und unver-
„änderlich gefasst, dass im Namen des Königs auf
„eine eben so ausdrückliche Weise erklärt wird,
„mit dem Jahr 1835 solle, wofern keine unvorher-
„gesehenen und zufälligen Umstände eintreten, und
„wofern die vorgeschlagene Accise auf Brennstoffe,
„nebst der Verbesserung der auf Zucker eingeführten,
„angenommen werde, der Ausgabenanschlag so ein-
„gerichtet sey, dass Einnahme und Ausgabe mit
„einander übereinstimmen, ohne ein Deficit darzu-
„bieten.“

Nachdem alles dieses vorangegangen war,
wurden die Debatten über das Budget von
1834 in der Sitzung der zweiten Kammer vom
17. December 1833 eröffnet.

Die, schon zur Zeit der Verhandlungen über
die weitere Benutzung der Credite für die
ausserordentlichen Ausgaben in 1833, bemerk-
bare Abnahme des lauten Enthusiasmus des
Volkes hatte in der Zwischenzeit Fortschritte
gemacht; des langen provisorischen Zu-
standes müde, verlangte man immer stärker

nach einem Ende der Unterhandlungen über die Angelegenheiten mit Belgien. Wie gewöhnlich blieb auch diessmal die Stimmung des Volkes den Generalstaaten nicht fremd, und sprach sich von Seiten der Opposition stark aus. Diese bemerkte, dass man sich noch ganz in der nämlichen Lage befände, wie vor 3 Jahren, nur mit dem Unterschiede, dass die Kräfte des Staates durch eine um reichlich 10 Millionen Gulden vermehrte Zinsbürde seitdem sehr geschwächt worden seyen. Scharf ward das Budget sowohl wegen seiner Form als seiner wesentlichen Bestandtheile angegriffen.

Erstere hatte hauptsächlich das Anstössige, dass man mehrere Ministerien in einander verschmolzen hatte; am meisten ward die Vereinigung des Ministerium der Colonien mit dem der auswärtigen Angelegenheiten als etwas ebenso Sonderbares als Zweckwidriges gerügt. Es wollte nicht einleuchten, wie dadurch wesentliche Ersparnisse zu erzielen seyen, da die in den respectiven Departements Angestellten doch zur Verrichtung der

nöthigen Geschäfte nach wie vor beibehalten werden müssten. Der Umstand, dass das Departement der Colonien aus dem Budget ganz verschwunden war, gab Veranlassung zu einiger Erörterung des § 60 des Grundgesetzes, nach welchem die höchste Leitung der Angelegenheiten der Colonien und überseeischen Besitzungen ausschliesslich dem Könige zustehet. Diese Bestimmung, glaubte man, sey nicht anders auszulegen, als dass die Verordnungen in Beziehung auf den innern Haushalt dieser Länder, die Regulirung der örtlichen Abgaben daselbst etc., nicht den, für den Haushalt des Mutterlandes eingeführten Formen unterliegen. Nur in diesem Sinne lasse sich die im § 60 enthaltene Bestimmung vertheidigen; wollte man ihr eine grössere Ausdehnung geben, so würden die Bande zwischen dem Mutterlande und den Colonien gänzlich gelöst werden. Das Argument, dass die General - Staaten über die Angelegenheiten der ostindischen Besitzungen nicht zu Rathe zu ziehen seyen, halte daher keinen Stich; denn dass diese Länder Be-

sitzungen des Mutterlandes seyen, könne doch nicht bestritten werden. Es ward die Frage aufgeworfen:

*„Wem eigentlich die sogenannte Colonial - Kasse
„gehöre; ob zwischen derselben und dem Mutterlande
„eine Scheidewand bestehe; ob sie auf sich selbst stehe,
„so dass das Mutterland mit ihr nichts zu thun habe;
„ob das Mutterland ihren Zustand nicht kennen und
„ob es nicht wissen dürfe, wo und in wessen Händen
„diese Kasse sich eigentlich befinde?“*

Wollte man, auf jenen Artikel gestützt, die Verwaltung der ostindischen Besitzungen ganz der Einsicht und Controlle der General-Staaten entziehen, so würde schon dadurch die dringende Nothwendigkeit einer unverzüglichen Revision des Grundgesetzes erwiesen seyn.

Man sah in dem Verschwinden des Departements der Colonien aus dem Budget eine gefährliche Tendenz, Ausgaben, die sich durch Einnahmen ausgleichen lassen, der Controlle der General - Staaten zu entziehen.

Eine grosse Unzufriedenheit liess sich

hören, dass der Finanzminister der *Omnis homo* sey, welcher über alles, was es auch beträfe, selbst Diplomatie und Politik nicht ausgenommen, allein Red' und Antwort gebe.

Das Anstössige, welches das innere Wesen des Budgets darbot, lag vorzüglich in der Grösse der für die verschiedenen Departements verlangten Summen. Auch angenommen, dass die bestimmt, jedoch ohne Anweisung der Departements, versprochene Ersparniss von 2 Millionen Gulden wirklich in Erfüllung gebracht würde, blieb noch immer ein namhaftes Deficit, indem die Staatseinkünfte sich mit Zuziehung der vorgeschlagenen neuen Steuern nur auf ungefähr 48 Millionen Gulden berechnen liessen. Alle vom Finanzminister angewandten Hülfsmittel vermochten nicht, das schon oft geäusserte Verlangen nach durchgreifenden Ersparnissen im Staatshaushalte zu stillen. — Und wie könnte es, nach der gemachten Erfahrung, auch anders seyn? — Mehrere vom Minister kunstmässig angegebenen Ersparnisse wurden durchaus nicht einleuchtend

befunden; namentlich war dieses der Fall mit der Verminderung der ausserordentlichen Kosten für Wasserbauten und Fortsetzung der Chausseen, rücksichtlich welcher Ausgabenverminderung man bemerkte, dass die Abnahme von ausserordentlichen Bedürfnissen dieser Art in der Natur der Sache liege, und daher keineswegs von einer wesentlichen Einschränkung des Staatshaushaltes zeugen könne. Auf dem neucreirten Posten von ablaufenden Bezahlungen ward dem Minister selbst eine Erhöhung von reichlich 50,000 fl. vorgerechnet. — Drei Sectionen, führte einer der Opponenten an, hätten sich bestimmt dahin erklärt, dass das ganze Verwaltungswesen auf einen zu grossen Fuss eingerichtet, und noch ganz so, wie während der Vereinigung mit Belgien, beschaffen sey. Die Besoldungen der höhern Beamten, nämlich der Minister, Staatsräthe, Inspecteurs und Directeurs, höhern Offiziere der Land- und Seemacht etc., seyen zu hoch. Nicht theilweise, sondern allgemein müssten in dieser Hinsicht Ersparnisse eingeführt

werden. Anzufangen wäre mit den Pensionen und Wartgeldern, und dann fortzusteigen selbst bis zu den Besoldungen, welche im Grundgesetze festgesetzt worden.

Die **a l l g e m e i n e R e c h e n k a m m e r** ward nicht übergangen. Einer der Sprecher fragte, wie § 202 des Grundgesetzes in Ausführung gebracht würde. Ob die Rechenkammer keine anderen Instruktionen, als die durch das Gesetz vorgeschriebenen, befolge. Ob sie sich gehörig rechtfertigen könne in Beziehung auf die Rechnungslegung und Verantwortung, welche sie von allen dem Staate im Rechnungswesen Verpflichteten zu fordern hat?

Merkwürdig ist die von dem Deputirten, Herrn *van Dam van Isselt*, bei dieser Gelegenheit gehaltene Rede:

„*Der Millionen viele,*“ bemerkt er unter andern, „*hätten die Repräsentanten des Volkes während drei unheilvoller Jahre zum Besten des Vaterlandes für die ausserordentlichen Bedürfnisse bewilligt, und man dürfe nun wohl fragen, wo denn Ersparnisse im gewöhnlichen Haushalte ein-*

„geführt worden seyen. Niedrigen Beamten habe
„man einen Theil ihres Gehaltes genommen, und
„dadurch, ohne Nutzen, Elend gestiftet; aber die
„Minister, Staatsräthe und die übrigen hohen Be-
„amten würden für dasjenige, was sie von ihrer
„Besoldung verloren, durch sogenannte Zulagen ent-
„schädigt. Die Pensionen von 3, 4, 5, 7 und
„10 Tausend Gulden seyen ungeschmälert geblieben,
„und selbst solche belgischen Beamten, deren Betragen
„sich keinesweges unverdächtig gezeigt, zögen reichliche
„Gehalte aus der Staatskasse. Man sage aber den-
„noch, es sey erspart. Zwei Millionen seyen auf
„dem Budget des gegenwärtigen Jahres abgezogen,
„und ein gleicher Abzug sey für das folgende Jahr
„versprochen. Ausserdem seyen die Ausgaben um
„400,000 fl. weniger angeschlagen. Solche Ver-
„sprechungen seyen aber schon seit 1816 anhaltend
„gemacht worden, ohne dass etwas davon verwirklicht
„wäre. Die traurigen Beweise vom Gegentheile liegen
„nur zu klar vor. In den Finanzjahren 1830,
„1831 und 1832 habe sich ein Deficit von beinahe
„17 Millionen Gulden ergeben; von dem in 1833
„statt gefundenen wolle er nicht sprechen. Nun sage
„man mit einer gewissen Naivität, dass auf der An-

„leihe von 1833 ein Ueberschuss von $10\frac{1}{2}$ Millionen
„sey; aber in einem Athemzuge füge man bei, es ver-
„stehe sich von selbst, dass man ohne die Zustimmung
„der Kammern diese Gelder vorläufig gebraucht habe,
„um den Gang der Staatsmaschine nicht aufzu-
„halten, und dass man Mittel werde suchen müssen,
„die frühern Deficite zu decken. Wer habe wohl
„die Verantwortung von den mehr als 100 Millionen,
„welche für die ausserordentlichen Bedürfnisse be-
„willigt worden, gesehen? Weder die Rechenkammer
„noch die General-Staaten. Und unter solchen Um-
„ständen dürfe man sagen, dass erspart worden sey,
„und dass man wegen der Zukunft ohne Besorgnisse
„seyn müsse. — Mit Uebergehung der geringern
„Gegenstände wolle er seine Bemerkungen auf ein
„paar Hauptpunkte beschränken. Zuerst finde er
„die für das Kriegsdepartement ausgeworfene Summe
„von 12,100,000 fl. für gewöhnliche Zeiten zu hoch.
„Niemand könne mehr als er überzeugt seyn, dass
„der Nation die heilige Pflicht obliege, gegen die-
„jenigen, welche sich der edlen militärischen Lauf-
„bahn gewidmet haben, gerecht zu seyn. Aber Ge-
„rechtigkeit könne auch mit Sparsamkeit gepaart
„gehen. Auf die von den Sectionen gemachten Be-

„merkungen sey geantwortet worden, dass das Ver-
„theidigungssystem nicht auf das Budget gebaut seyn
„könne, sondern dass das Budget auf das Ver-
„theidigungssystem gebaut seyn müsse. Ein sonder-
„barer Machtspruch! Eines der verdienstvollsten
„Mitglieder der General-Staaten, ein Abgeordneter
„der Provinz Geldern, habe mit dem grössten Fleisse
„eine, wie er glaube, der Regierung nicht unbekannte
„Schrift vollendet, woraus hervorgehe, dass alle
„nöthigen Vertheidigungsanstalten des Landes mit
„weniger als 9 Millionen Gulden zu bestreiten seyen,
„so dass man auf diesem Punkte eine Ersparniss von
„3 Millionen erzielen könne. Man solle ja nicht
„vergessen, dass die Nation nur einen kleinen Staat
„mit geringen Hülfsmitteln bilde, der nicht im Stande
„sey, kostbare, glänzende und grosse Heere zu unter-
„halten. Von der Marine wolle er hier nicht
„sprechen; doch glaube er, dass, bei guter Ad-
„ministration und strenger Aufsicht, auch bei der-
„selben ansehnliche Ersparnisse werden einzuführen
„seyn, ohne sie ausser Stand zu stellen, ihren
„wichtigen Zweck zu erfüllen. — Er hege zu viel
„Achtung und Ehrerbietung gegen das Staatsober-
„haupt, um sich auszusprechen über die undelikate

„und, seines Erachtens, gegen das Grundgesetz ver-
„stossende Handelsweise des Ministerium, den Namen
„des Königs in ihre Discussionen zu bringen, und
„seine Versprechungen in die Wagschale ihrer Be-
„rathschlagungen zu legen. Bei einem solchen Ver-
„fahren spreche man nicht von dem constitutionellen
„Könige, dessen Macht, Rechte und Verpflichtungen
„durch das Grundgesetz bestimmt sind, sondern man
„würde unmittelbar von der Person des Königs
„sprechen müssen, und dieses verbiete ihm die Be-
„scheidenheit. — Im Anfange der Sitzungen habe
„der Minister der auswärtigen Angelegenheiten sie
„mit den Unterhandlungen zu Zonhoven über den
„Militärweg nach Mastrich bekannt gemacht, von
„dem Gange der allein wichtigen Unterhandlungen,
„welche Frieden oder Krieg betreffen, habe er aber
„geschwiegen. Es sey hohe Zeit, dass einmal ein
„Ende derselben komme. Nach seinen Ansichten
„habe die Regierung, ohne Zurückhaltung, sowohl
„den fremden Mächten als der Nation ihre Friedens,
„bedingungen bekannt zu machen, und dabei zu
„bemerken, dass man, wenn die Annahme nicht binnen
„einer bestimmten Zeit erfolge, diese in Brüssel holen
„werde. Dürfe man dieses nicht thun, aus Furcht,

*„den Weg des Sieges abermals durch französische
Heere verschlossen zu sehen, so mache man Frieden;
denn jeder Tag Verzuges sey ein weiterer Schritt
zum finanziellen Verderben.“*

Mehrere andere Sprecher stützten ihr verneinendes *Votum* vorzüglich auf die, über die vorigen Budgette gemachten Bemerkungen.

Fand die Bewilligung der Staatsausgaben diessmal einen heftigern Widerstand als gewöhnlich, so zeigte sich doch eine noch weit grössere Unzufriedenheit über die zur Deckung derselben vorgeschlagenen Mittel. Um darzuthun, dass die bereits bestehenden Steuern auf die Dauer von der Nation nicht getragen werden können, wurde im Allgemeinen auf die Ausfälle verwiesen, welche sich jedes Jahr darauf ergeben haben. Wie man auch die Abgaben erhöhe, welche neue man auch dabei füge, und wie man auch die Schätzung derselben mache, immer zeige sich ein Ausfall, woraus hervorgehe, dass die Nation die ihr aufgelegten Lasten entweder nicht tragen könne oder nicht wolle. Als ein specieller Beweiss des

schweren Druckes der Abgaben ward angeführt, dass ein Kaffeewirth in Nordbrabant, welcher ein Haus von 600 fl. Mieth bewohnt, eine gleiche Summe für Patent- und Personalsteuer zu entrichten hat. Am schärfsten ward die beabsichtigte Erhöhung der Grundsteuer gerügt. Einer der Sprecher erklärte, er habe die innige Ueberzeugung, dass der Landmann, wenn er nicht an den Bettelstab kommen solle, durchaus entlastet werden müsse.

Trotz aller von der Opposition angeführten Gründe fehlte es den ministeriellen Anträgen nicht an Vertheidigern und Anhängern. Die meisten derselben gründeten ihre Anhänglichkeit hauptsächlich auf die Zeitverhältnisse, auf den guten Willen, welchen die Regierung durch den bestimmt bewilligten Abzug von 2 Millionen gezeigt habe, und auf das weitere Königliche Versprechen. Das vom Finanzminister in Beziehung auf ein früheres Versprechen dieser Art abgelegte Bekenntniss, dessen wir p. 112 erwähnt haben, war bei ihnen in tiefste Ver-

gessenheit begraben. Einer der wärmsten Vertheidiger der ministeriellen Anträge trug die Verantwortlichkeit der Minister in einem constitutionellen Staate als eine Ungereimtheit vor, und zählte sie zu den Theorien, die nach Anleitung eines geistreichen Schriftstellers mit einem Spazierstocke von schönem Aussehen zu vergleichen seyen, in welchem sich ein Mordwerkzeug verborgen befände. Mit einem bewunderungswürdigen Scharfsinne stellte er als Gegensatz die Lehre auf, dass die Verantwortlichkeit im Haushalte eines constitutionellen Staates nur auf dem Gewissen des constitutionellen Fürsten beruhe. Ein anderer nicht weniger warmer Vertheidiger der Gesetzesvorschläge, liess sich besonders angelegen seyn, die Kammer über die Lage des Staatshaushaltes zu beruhigen, und berechnete dabei die Zinsbürde der Staatsschuld nur auf 21 Millionen Gulden, was, auch die noch immer einigem Zweifel unterworfenene Uebernahme von 8,400,000 fl. durch Belgien in Anschlag ge-

bracht, ungefähr 10 Millionen unter der Wirklichkeit ist.

Nach sehr lebhaften Debatten dieser Art blieben endlich das Vertrauen auf das königliche Versprechen und die Besorgniss, dass das geringste Missverständniss zwischen der Regierung und den Repräsentanten des Volkes auf die äussern Verhältnisse des Landes nachtheilig einwirken möchte, überwiegend, und der Ausgaben-Anschlag für 1834 ward mit 36 Stimmen gegen 16, die Festsetzung der Mittel zur Deckung der Ausgaben aber nur mit 28 Stimmen gegen 24, angenommen.

Die daraus hervorgegangenen zwei Finanzgesetze sind am 23. Dec. mit der königlichen Section versehen worden.

Nach dem ersten dieser Gesetze sind die gewöhnlichen Staatsausgaben in 1834 folgendermassen festgesetzt, als:

I. Königliches Haus fl. 1,425,000. —

II. Staatssecretariat u.

hohe Kollegien . „ 571,903. 58 Ct.

Transport fl. 1,996,903. 58 Ct.

	Transport	fl. 1,996,903. 58 Ct.
III. Departement der auswärtigen An- gelegenheiten . . . „		1,121,378. —
IV. Justizdepartement „		1,144,500. —
V. Departement des Innern „		2,926,000. —
VI. Departement der Angelegenheiten des reformirten Kultus etc. „		1,330,000. —
VII. Departement der Angelegenheiten des römisch-katho- lischen Kultus etc. „		400,000. —
VIII. Depart. d. Marine „		6,500,000. —
IX. Finanzdepartement A für die National- schuld „		21,225,000. —
B für Kosten des Dep. u. anderer Administrationen, Pensionen etc. . . „		5,149,047. —
	Transport	fl. 41,792,828. 58 Ct.

Transport fl. 41,792,828. 58 Ct.

X. Kriegsdepartement „ 12,100,000. —

zusammen fl. 53,892,828. 58 Ct.

Davon sind jedoch zwei Millionen ausser Verfügung zu halten, und die für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement ausgesetzten Summen sollen nur als Credite für 1834 betrachtet werden, auf welche man später bei wiederhergestellter Ruhe und bei dem Aufhören der ausserordentlichen Bedürfnisse, welche die gegenwärtige Lage der Dinge erzeugt, zurückkommen wird.

Für unvorhergesehene Ausgaben ist die Summe von 500,000 fl. der Regierung bewilligt, und zu deren Bestreitung werden vorerst die Ersparnisse angewiesen, welche sich auf den verschiedenen Rubriken des Budgets erzielen lassen. Was auf diese Weise nicht gedeckt werden kann, soll unter die Ausgaben eines folgenden Jahres gebracht werden.

Durch das zweite Gesetz sind folgende

Mittel zur Deckung der im Budget von 1834 begriffenen Ausgaben angewiesen, als:

1) Die direkten und indirekten Steuern, so wie sie gegenwärtig erhoben, oder ferner durch gesetzliche Verordnungen bestimmt werden, nämlich

a) die Grundsteuer mit 8,426,177 fl. in der Hauptsumme, unter Beifügung von 2 *Cents additionnels* für schlechte Posten;

b) die Personalsteuern;

c) die Abgabe von Patenten;

d) die Accise;

e) das *Enregistrement* und andere indirekte Abgaben für Stempel, Hypotheken, Erbschaften etc.;

f) die Ein-, Aus- und Durchfuhrzölle, ausländisches Tonnengeld, Wasserzölle, Schifffahrtsabgaben, sowie Bakken- und Feuergelder.

2) Der Ertrag der Posten.

3) Der Ertrag der Lotterie.

4) Eine Erhöhung unter der Benennung

„*Cents additionnels*“ der folgenden Steuern und Abgaben, als:

- a) von 12 % der Grundsteuer;
 - b) 30 % der Personalsteuer;
 - c) 25 % der Abgabe von Patenten, mit der Bestimmung, dass die *Cents additionnels* von den Personalsteuern und Patenten bis zum letzten April 1835 erhoben werden;
 - d) 25 % der Accise, mit Ausnahme der Mahlsteuer und des Stempels für Bezahlung derselben (*timbre collectif*);
 - e) 25 % des *Enregistrements* und anderer indirecten Abgaben.
- 5) Die Einkünfte der, in Folge des Gesetzes vom 25. Mai 1816, vom Prinzen *Friedrich der Niederlande* abgetretenen Domainen.
- 6) Der Ertrag von zu verkaufenden Gegenständen, so wie die aussergewöhnlichen und zufälligen Einkünfte.
- 7) Eine Zahlung von 2 Millionen Gulden, welche die Kasse der überseeischen Besitzungen zu machen hat.

In so fern, es sey durch eine Vermehrung der Einnahmen oder eine Verminderung der Ausgaben, die zur Deckung der Staatsbedürfnisse angewiesenen Mittel unzureichend seyn möchten, sollen nähere gesetzliche Bestimmungen vorgeschlagen werden.

Zur Bestreitung der ausserordentlichen Pensionen, Leibrenten und anderer ablaufenden Zahlungen hat das Amortissement-Syndikat, nach § 9 des Gesetzes vom 27. Dec. 1822, die Summe von 1,321,447 fl. 70 Ct. und, nach § 1 des Gesetzes vom 5. Juni 1824, die Summe von 345,000 fl. in die Staatskasse zu stürzen.

Unmittelbar auf die Regulirung des Budgets von 1834 folgten die Verhandlungen über einen Gesetzesvorschlag, wornach der Rest der Gelder, welche durch das Gesetz vom 22. Nov. 1832 für die ausserordentlichen Staatsbedürfnisse von 1833 bestimmt worden, zur Verfügung der Regierung gestellt werden sollten.

Einstimmig erkannte man die Nothwendig-

keit an, für die Bezahlung der am 31. Dec. fälligen Zinsen des Theiles der Staatsschuld, der Belgien zugedacht ist, die nöthigen Mittel anzuweisen, um den Staatscredit nicht Noth leiden zu lassen; dagegen erhob sich einiger Widerspruch gegen die für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement verlangten Summen. Derselbe war vorzüglich darauf gegründet, dass durch das Gesetz vom 22. Nov. 1832 nur die ausserordentlichen Ausgaben von 1833 bestimmt worden seyen, und dass daher, in so fern die Zeitverhältnisse in 1834 ebenfalls ausserordentliche Ausgaben nöthig machten, zu deren Deckung ein besonderes Gesetz vorgetragen werden müsse. Im Ganzen zeigte es sich aber wieder, dass, wenn die Gelder einmal durch eine Anleihe herbeigeschafft sind, die Einwilligung der General-Staaten zu deren Verwendung keinen allzu grossen Schwierigkeiten unterliegt; denn der Regierungsantrag ward mit 42 Stimmen gegen 9 angenommen.

Das darauf erfolgte Gesetz ist bereits

am 21. Dec. 1833 mit der königl. Sanction versehen worden.

Es fängt damit an, dass in Folge namhafter Ersparnisse auf den ausserordentlichen Crediten, welche durch die Gesetze vom 22. Nov. 1832 und 14. Juli 1833 für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement bewilligt worden, reichlich hinreichende Mittel zur Bestreitung der ausserordentlichen Ausgaben dieser zwei Departements für das laufende Jahr vorhanden sind, dass aber auch im folgenden Jahre die Nothwendigkeit ausserordentlicher Ausgaben für dieselben vorerst obwalten werde. Unter diesen Umständen wird von den durch das Gesetz vom 22. November 1832 festgesetzten Summen der Rest zur Verfügung der Regierung gestellt, und zwar

für das Departement

	der Marine .	fl.	572,274.47 Ct.
„	„	Finanzdepart.	„ 5,032,258. 6 —
„	„	Kriegsdepart.	„ 5,290,683. 34 —
	zusammen	fl.	10,895,215.87 Ct.

Die vorgeschlagene Accise auf Torf ward

in der Sitzung vom 21. December 1833 mit 37 Stimmen gegen 13, und die auf Steinkohlen mit 41 Stimmen gegen 9, angenommen.

Auch der Gesetzesvorschlag, die Verbesserung der Accise auf Zucker betreffend, ging mit 41 Stimmen gegen 9 durch.

Der Gesetzentwurf zur Deckung des Deficites von 1833, vermittelt einer Einschreibung von 6,300,000 fl. 5% Schuld auf das zweite Grossbuch, fiel bei der ersten Vortragung am 19. December 1833 mit 31 Stimmen gegen 19 durch.

Der Minister bemerkte indessen bei der Vertheidigung dieses Gesetzentwurfes, dass die Regierung die verlangte Geldhülfe durchaus nicht entbehren könne, da sich aus den vorgelegten Rechnungen des Staatshaushaltes von 1830, 1831 und 1832 ein Deficit von 16 Millionen Gulden ergebe, welches bereits in diesem Augenblicke bis auf die schreckliche Höhe von 22 Millionen gestiegen sey. Die Repräsentanten des Volkes hätten daher alle Ursache zufrieden

zu seyn, dass nicht die Deckung des ganzen Deficites verlangt worden sey.

In Folge dieser trostvollen Versicherung ward den General-Staaten ein neuer Gesetz-entwurf zu dem nämlichen Zwecke in einer etwas veränderten Form vorgelegt, dessen Annahme in der Sitzung vom 27. December 1833 einstimmig erfolgte.

Durch das daraus hervorgegangene Gesetz ist die Regierung ermächtigt, ein Kapital von 6,300,000 fl. 5 % Zinsen tragende Schuld auf das zweite Grossbuch einzuschreiben und zu Gelde zu machen, um dadurch einen Theil des Deficites, welches in den Finanz-jahren von 1830 bis Ende 1833 durch die Ungleichheit zwischen den bewilligten Ausgaben und den zur Bestreitung derselben angewiesenen Mitteln entstanden ist, zu decken.

Die übliche jährliche Schuldentilgung blieb nicht vergessen. Durch das Finanz-gesetz vom 23. December 1833 ward zu dem Ende dem geheimen Amortissement-Syndikat auferlegt :

1) auf die gewöhnliche Weise den Einkauf von $2\frac{1}{2}\%$ wirklicher Schuld zu bewerkstelligen, welchen der jährliche Uebergang von 5 Millionen Gulden ausgestelltter Schuld erfordert. Nun sind von der für 1834 ausgeloseten, ausgestellten Schuld bereits 2,027,600 fl. vernichtet worden, so dass dieser Einkauf sich auf 2,972,400 fl. beschränkt.

2) Eine Million Gulden von seinen $4\frac{1}{2}\%$ Schuldscheinen vermittelst Auslosung einzuziehen.

3) Dreimal hundert tausend Gulden von seinen $3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheinen einzukaufen.

Aus demjenigen, was wir von den letzten Verhandlungen der General-Staaten mitgetheilt haben, ergiebt es sich deutlich, dass die Schwierigkeiten in Beziehung auf die Ordnung des niederländischen Staatshaushaltes sehr im Steigen sind. Dringt man nur etwas in dessen eigentliche Verhältnisse ein, so wird man die Gründe, womit das Budget bestritten worden, gewiss nicht verwerflich finden.

Was die Form des Budgets betrifft, so finden wir auch die Verschmelzung des Departements des National - Gewerbflusses und der Colonien in das Departement der auswärtigen Angelegenheiten höchst sonderbar, und würde uns auferlegt, daraus eine Folgerung zu ziehen, so wäre sie keine andere, als dass man für den Fall, dass der National-Gewerbflüss durch das Uebermaas von Besteuerung und dadurch herbeigeführte Vertheuerung des Lebensunterhaltes vollends aus dem Lande vertrieben wird, zum voraus darauf bedacht sey, mit demselben wenigstens noch diplomatische Verbindungen zu unterhalten.

Wir beschränken indessen unsere Betrachtungen auf das Wesentliche, und da finden wir zuvörderst, dass das bestimmte Versprechen eines Abzuges von 2 Millionen Gulden vorzüglich dazu beigetragen hat, dem vorgetragenen Ausgabenanschlage für 1834 eine so stark überwiegende Anzahl von Anhängern zu verschaffen. Dieser Abzug ward aber nicht mit Verzeichnung der De-

partements, auf welchen er statt finden soll, sondern nur in Bausch und Bogen angegeben. Gewiss ein höchst sonderbares Verfahren bei der Ordnung eines Staatshaushaltes! Was ist wohl daraus zu schliessen? — Hatte der Finanzminister die vollkommene Gewissheit, dass eine solche Ersparniss wirklich zu erzielen seyn wird, so musste er auch im Stande seyn, die Departements anzugeben, welche derselben unterliegen. Bei einer etwas mehr als oberflächlichen Prüfung kann daher die Unterlassung einer solchen Angabe nicht anders als das Vertrauen in das vom Finanzminister gemachte Versprechen sehr schwächen. Es walten aber auch noch andere Umstände ob, welche, unsers Bedünkens, nicht erlauben, auf dieses Versprechen ein grosses Gewicht zu legen. Die für das Departement der Marine und das Kriegsdepartement ausgeworfenen Summen sind nämlich, wie wir bereits bemerkt, für blosse Credite erklärt, und vermöge dieser Bestimmung müssen die Ausgaben beider Departements näher regulirt werden. Das

angeführte Gesetz vom 21. December 1833 spricht ausdrücklich davon, dass im Laufe des Jahres 1834 ausserordentliche Bedürfnisse für dieselben statt finden; auch liegen diese in der Natur der Sache, da es sich nicht begreifen lässt, wie unter den obwaltenden Zeitverhältnissen die bisherigen ausserordentlichen Kosten des Kriegsdepartements von 31,744,100 fl. ganz verschwinden können. Die Regierung ist daher genöthigt, den General-Staaten ein Extrabudget von den ausserordentlichen Ausgaben vorzulegen, welche der fortdauernde, besondere Kriegszustand ohne erlaubte Feindseligkeiten nach sich ziehet; und bei solchen Verhältnissen ist nichts leichter, als jene 2 Millionen von dem Budget der gewöhnlichen Ausgaben abzuziehen, und dagegen die ausserordentlichen Ausgaben um so viel höher zu stellen. In dem Kriegszustande eines neu zu organisirenden Staates möchte selbst eine strenge Scheidewand zwischen gewöhnlichen und ausserordentlichen Ausgaben für die Land- und Seemacht zu den unmöglichen Dingen

gehören. Ausserdem war es seit der Stiftung des geheimen Amortissement-Syndikats im niederländischen Staatshaushalte das strengste systematische Princip, alle Uebel, welche zu Beschwerden Veranlassung gaben, durch Ueberschreibung von einer Rechnung auf die andere zu heben; und das Ministerium musste daher sich selbst verläugnen, wenn es auf die so sehr bewährte, magische Kraft dieses Mittels verzichtete.

Einer der Abgeordneten, Herr *Schimmelpenninck van der Oye*, nahm keinen Anstand zu erklären, dass die für das Budget neu erfundene Klausel, eine gewisse Summe Geldes ausser Verfügung zu stellen, durchaus trügerisch sey, so lange die Unkosten der Departements, worüber dieser Abzug vertheilt werden soll, durch den Ertrag der Creditgesetze gedeckt werden können. — Schon die jährlichen Deficite müssen über die Verwirklichung oder Nichtverwirklichung solcher, immer mit Geheimsinnigkeit versprochenen Ersparnisse absprechen. — Im Laufe der jüngsten Verhandlungen über den

Staatshaushalt sind die Deficite der Finanzjahre 1830, 1831 und 1832 bestimmt auf ungefähr $16\frac{1}{2}$ Millionen Gulden angegeben, und das Deficit von 1833 auf ungefähr $6\frac{1}{2}$ Millionen; das eigene Geständniss des Finanzministers bei der Vertheidigung des ersten Gesetzentwurfes, die Einschreibung von 6,300,000 fl. 5 % Schuld auf das Grossbuch betreffend, liegt darüber vor. Nun sind die ausserordentlichen Ausgaben, welche der Kriegszustand nach sich zieht, durch besondere Creditgesetze gedeckt worden, so dass diese Deficite ausschliesslich den gewöhnlichen Staatshaushalt betreffen. Nach diesen Thatsachen wollen wir noch einmal das Budget von 1833 betrachten.

Durch dasselbe sind die gewöhnlichen Staatsausgaben, ohne den versprochenen Abzug von 2 Millionen Gulden, festgesetzt auf fl. 49,385,849. 26 Ct.

Die Staatseinkünfte der vier letzten Monate von 1832 und der acht ersten

Transport

 fl. 49,385,849. 26 Ct.

Transport fl. 49,385,849. 26 Ct.
von 1833 hat der Finanz-
minister angegeben auf . „ 45,035,045. —
es fehlen demnach zur
Deckung der Ausgaben fl. 4,350,804. 26 Ct.

Das wirkliche Deficit
von 1833 beträgt aber . . „ 6,500,000. —
so dass noch fl. 2,149,195. 74 Ct.
mehr, als die festgesetzten Ausgaben, aus-
gegeben seyn müssen.

Diese, wie uns däucht, unverwerfliche Be-
rechnung zeigt, wie der Finanzminister sein
Versprechen rücksichtlich einer Ersparniss
von zwei Millionen Gulden auf dem Budget von
1833 erfüllt hat. Und wie könnte man berechtigt
seyn, für 1834 etwas Besseres zu erwarten?

Aus der Rede des Herrn *van Dam van Isselt*
geht deutlich hervor, dass von den unge-
heuern Crediten, welche zur Bestreitung
der ausserordentlichen Ausgaben bewilligt
worden, noch gar keine Verantwortung ab-
gelegt ist. Die Regierung hat daher ein
weites Feld, Ausgaben, die sie, als ge-
wöhnliche vorgetragen, von den General-

Staaten gerügt zu sehen befürchtet, mit dem Mantel des Ausserordentlichen zu bedecken.

Bei den grossen Schwierigkeiten, womit die Regulirung des gewöhnlichen Haushaltes gepaart ging, lag es ganz in den Regeln der parlamentarischen Taktik, die Festsetzung der Mittel zur Deckung der Deficite und der ausserordentlichen Ausgaben etwas zu verschieben. Nach den vom Finanzminister gemachten Aeusserungen werden aber Gesetzvorschläge zu dem Ende nicht ausbleiben. Da derselbe auch von der Einziehung der 6% Schuldscheine gesprochen hat, so ist, nach dem früheren Verfahren bei solchen Gelegenheiten zu urtheilen, nicht ohne Grund zu erwarten, dass er wieder eine grosse Finanzoperation beabsichtige, überzeugt, dass, wenn einmal durch eine Anleihe eine reichlich gefüllte Kasse gemacht ist, die Einwilligung der General-Staaten zur Verwendung der Gelder keinen allzu grossen Schwierigkeiten unterliege.

Wie sehr die Gewohnheit des Ministerium, in jeder Verlegenheit den Namen des Königs

zu Hülfe zu rufen, gegen alles parlamentarische Verfahren streitet, bedarf wohl keiner Erörterung. Die angeführte, übermässig scharfsinnige Definition der Verantwortlichkeit in dem Haushalte eines constitutionellen Staates, welche einer der wärmsten Vertheidiger der ministeriellen Anträge gemacht hat, däucht uns sich nicht für eine constitutionell - monarchische, sondern nur für eine constitutionell - patriarchalisch - monarchische Regierung zu eignen. Wer kann wohl verneinen, dass die Folgen solcher Ideen oder Träume nicht sichtbar in einer geheimen Kasse mit mehr als 200 Millionen Gulden Crediten, worüber die General - Staaten sich aller Controlle begeben haben, aufgeschlossen seyen?! — Auch abgesehen von allen constitutionellen Grundsätzen, wird wohl Niemand in Abrede stellen, dass ein Minister, welcher ein Königliches Versprechen vorträgt, und nach der Hand bekennt, die Erfüllung desselben sey gleich im Anfange mehr als zweifel-

haft gewesen, mit seinem hohen Berufe sehr wenig vertraut zu seyn verräth.

Je mehr wir in die vorliegenden That-
sachen eindringen, desto weniger können
wir begreifen, wie es möglich seyn sollte,
mit dem Jahre 1835 ein Ebenmass zwischen
den Ausgaben und Einnahmen im nieder-
ländischen Staatshaushalte herzustellen.
Nach der von uns gemachten Berechnung,
welche, mit Ausnahme der Domain-Losrenten
des Amortissement - Syndikats, auf unum-
stösslichen That-
sachen beruht, betragen
die jährlichen Bedürfnisse für die Zinsen
und eine kleine festgesetzte Ablösung der
Staatsschuld etwas über 39 Millionen Gulden.
Diese Bürde ist bereits durch die Creirung
von 6,300,000 fl. neuer 5 % Schuld vermehrt,
und eine fernere, nahe Vergrösserung steht
ihr sichtbar bevor, da die bestehenden
Deficite und die fortwährenden ausserordent-
lichen Ausgaben nur durch Creditmittel zu
decken sind. Auf diese Weise muss mit
1835 die Staatsschuld im niederländischen
Haushalte gewiss 40 Millionen Gulden ver-

schlingen, während auf den andern Staatsausgaben von ungefähr 33 Millionen vorerst keine Ersparniss zu erwarten ist, da der Kriegszustand, auch bei wiederhergestellter Ruhe, eine starke Pensionsliste zurück lassen wird. Hiernach däucht uns ein weiteres Steigen des — ohne den Abzug des Belgien zugeordneten Antheiles an der Staatsschuld, — schon jetzt beinahe 20 Millionen Gulden betragenden Missverhältnisses zwischen den gewöhnlichen Staats-Einnahmen und Ausgaben unausbleiblich zu seyn. — Wie werden wohl unter solchen Umständen die Rätthe der Krone sich zu helfen suchen, um sich rücksichtlich jenes Versprechens keine allzugrosse, allzuanstössige Blösse zu geben? Wir für uns können nichts anders denken, als dass sie ihre schon so lange geübte Taktik wieder anwenden, und dasjenige, was nicht durch gewöhnliche Mittel gedeckt werden kann, auf andere Rechnungen überschreiben werden. Zwei geheime Kassen bieten zu dem Ende alle erwünschte Hülfsmittel dar. Es kommt uns indessen zweifel-

haft vor, ob man die geheimen Kassen allzu sehr angreifen werde, da man deren Fonds vielleicht zu andern, ganz geheimen Zwecken bestimmt hat. In diesem Falle ist in dem Versprechen selbst noch ein anderer Ausweg zu finden. Dasselbe spricht nämlich nur von einem Gleichgewichte zwischen den Einnahmen und gewöhnlichen Staatsbedürfnissen. Nun walten in jedem Staate auch ungewöhnliche Ausgaben ob, welche zwar ablaufen, aber sich in der Regel wieder durch neue ergänzen; und für diese kann nach jener Bestimmung ein besonderes Budget verfertigt werden. Man dürfte um so mehr berechtigt seyn, ein solches Verfahren für wahrscheinlich zu halten, da sich in den General-Staaten selbst theilweise eine gewisse Disposition geäußert hat, ein besonderes Budget für die ausserordentlichen Bedürfnisse zu sehen. Dass aber auf diese Weise ein Königliches Wort, wodurch die Minister versucht haben, die Nation über die wirkliche Lage des Staatshaushaltes zu beruhigen, würdig gelöst werde, wird

wohl Niemanden einleuchten, der über die Verhältnisse zwischen Fürsten und Volk nicht gleichgültig denkt.

Dass das Ministerium, trotz seines ausserordentlichen Einflusses, für die Bewilligung der Steuern nur eine Mehrheit von 4 Stimmen erhalten hat, kann nicht anders als zu ernstlichen Betrachtungen führen, wenn man erwägt, dass in den General-Staaten durchaus keine systematische Opposition besteht. Diese so geringe Stimmenmehrheit ist wohl ein unverwerflicher Zeuge von dem schweren Drucke der Abgaben, unter welchem die Nation gebückt gehet. Mehrere der bejahenden Stimmen waren, wie wir bereits bemerkt, nur auf die ausserordentlichen Zeitverhältnisse gegründet. Einer der eifrigsten Vertheidiger der ministeriellen Anträge hat erklärt, dass die höchst möglichen Einkünfte nach seinen Ansichten nicht höher als auf 45 bis 46 Millionen Gulden zu bringen seyn werden. Hiernach ist es sehr wahrscheinlich, dass, bei dem Verschwinden der bisherigen ausserordentlichen Zeitverhältnisse

und wiederhergestellter Ruhe, sich ein überwiegendes Verlangen nach einer Entlastung des Volkes äussern werde. Und wie ist diese möglich, da die Staatsbedürfnisse durch die Folgen der zur Deckung der Deficite gebrauchten Creditmittel in fortwährendem Steigen sind?

Die eingeführte Accise auf Torf und Steinkohlen hatte schon früher in Holland bestanden. Während der Vereinigung mit Belgien ward sie abgeschafft, und dagegen eine Abgabe auf Schornsteine gelegt, welche zu den Personalsteuern gehört. Letztere bleibt beibehalten, so dass das Volk nun für eines der nothwendigsten Lebensbedürfnisse mit einer doppelten Abgabe belastet ist. — In wie fern die Veränderung der Accise auf Zucker ihrem Zwecke entsprechen werde, muss die Zeit lehren. Es ist möglich, dass der Fiskus einigen direkten Vortheil davon einernte; aber trotz der starken Prämie auf die Ausfuhr von raffinirtem Zucker, welche sich aus dem vorigen Systeme ergab, gingen die holländischen Zucker-

raffinerien in der letzten Zeit zurück. Die Entziehung eines Theiles der bisherigen Prämie muss um so empfindlicher für sie seyn, da sie durch die Ausdehnung des preussischen Zollvereines mit einem noch grössern Verluste ihres auswärtigen Absatzes bedrohet sind. Nun wirkt der Verfall eines bedeutenden Industriezweiges, wie das Zuckerraffiniren in Holland immer gewesen ist, ungünstig auf die Staatseinkünfte ein, und es fragt sich, ob der Fiskus bei dieser Massregel nicht indirekt verlieren werde, was er direkt gewinnt? — Die holländische Regierung hat es wohl sehr zu bereuen, dass sie die ihr nicht allzu lange nach der Vereinigung Belgiens mit Holland, wie behauptet worden, von Preussen gemachten Anträge zu einem, von den liberalsten Grundsätzen ausgehenden Handelstraktate für seine Rheinprovinzen von der Hand gewiesen hat. Ohne die Verwerfung dieser Anträge hätte das Binnenland und Küstenland sich für den Handel auf eine natürliche Weise vereinigen lassen, während

die gegenwärtig zwischen Holland und Deutschland bestehenden Handelsverhältnisse, unsers Erachtens, für beide Theile gleich viel zu wünschen übrig lassen.

Schon zur Zeit der Vereinigung mit Belgien ward über den Druck der Abgaben geklagt; und wenn man erwägt, dass, während die meisten andern Regierungen in dem langen Zeitraume des Friedens ihren Völkern mehr oder weniger eine Entlastung von dem Drucke der Abgaben gewähren konnten, die niederländische sich in der Nothwendigkeit befand, auf neue Mittel der Besteuerung zu denken, so können diese Klagen nicht wohl als ganz verwerflich erscheinen. Nun sind aber seit dem Abfalle Belgiens die Abgaben in dem so sehr verkleinerten Staate um 9 bis 10 Millionen Gulden erhöht worden; und dadurch allein möchte die Frage entstehen, ob die Nation im Stande seyn werde, die gegenwärtige Abgaben - Bürde auf die Dauer zu tragen?

Die Hülfsmittel, welche der Staat in dem Besitze reicher Colonien findet, scheinen

uns von Manchen gar sehr überschätzt zu werden. Es ist hier nicht der Ort, in eine ausführliche Erörterung der Frage über die wirklichen oder vermeintlichen Vortheile von Colonien für das Mutterland zu treten. Während England beim Besitze von Colonien aufblühte, fand mit Spanien und Portugal, welche weit reichere Besitzungen in Amerika hatten, das Gegentheil statt. Sehen wir nicht den Handel der Hanseestädte, Hamburg und Bremen, auch ohne Colonien eben so blühend, ja noch blühender als den Handel der holländischen Seeplätze? — Nehmen wir indessen auch an, dass die Staatskasse des Mutterlandes eine Hülfquelle in dem, von der Natur besonders gesegneten Java finden könne, so scheint es uns doch zweifelhaft, ob dieselbe den für 1834 angegebenen Zuschuss von 2 Millionen Gulden auf die Dauer übersteigen werde; denn Java ist dem Mutterlande auch auf mancherlei Weise indirekt zinsbar. — Zuvörderst ist es Handelsbeschränkungen unterworfen. Seine Häfen sind zwar nicht gegen die Schifffahrt fremder

Nationen geschlossen; aber diese unterliegen einer solchen Erhöhung der Ein- und Ausfuhrzölle, dass der grösste Theil seines Handels dadurch ein Monopol des Mutterlandes wird. Selbst dem Handel des Mutterlandes mit dieser Besetzung fehlt die nöthige Freiheit; denn bestehen auch keine unmittelbaren, gesetzlichen Beschränkungen desselben, so haben doch die Räthe der Krone der besondern Begünstigungen eine solche Hülle und Fülle über die niederländische Handelsgesellschaft auszuspanden gewusst, dass diese immermehr die Unternehmungen von Particulieren verdrängt und ein Monopol erhält. Nun hat die Erfahrung bis zur höchsten Evidenz dargethan, welchen verderblichen Einfluss das Handelsmonopol einer Compagnie auf die Wohlfahrt eines Landes ausübt; und es liegt daher in der Natur der Sache, dass die Hülfquellen des öffentlichen Schatzes durch solche Begünstigungen sehr geschwächt werden. Die wichtigsten Contracte von Produkten, welche die Regierung auf Java zu verkaufen hat,

sind ausschliesslich, ohne Zulassung einer Concurrency, mit jener Handelsgesellschaft abgeschlossen worden. Ihr ward selbst ein Theil des Gewinnes abgestanden, welchen die ostindische Kasse auf der kupfernen Münze hat, und dadurch allein entstehet, wie in der angeführten Schrift von *Cands ten Brink* p. 65 angegeben wird, auf die unerklärbarste Weise ein jährlicher Verlust von 300,000 fl. bis 400,000 fl. für den Haushalt der ostindischen Besitzungen. — Endlich kehren die meisten Beamten und Particuliere, wenn sie sich in Ostindien ein Vermögen gesammelt haben, mit demselben nach Europa zurück, und so werden den überseeischen Besitzungen jährlich grosse Kapitalien entzogen.

Erwägt man diesen vierfachen indirekten Tribut, welchen Java dem Mutterlande zu entrichten hat, so wird man schwerlich erwarten, dass es überdiess noch eine allzu grosse, direkte Zahlung in den öffentlichen Schatz des Mutterlandes werde machen können.

Aus allem Angeführten möchte sich wohl

die Ueberzeugung aufdringen, dass es ausserordentlicher Mittel bedarf, um den immer steigenden Gebrechen des niederländischen Staatshaushaltes gründlich abzuhelpen, und eine richtige Ordnung desselben herzustellen. So lange geheime Kassen bestehen, sind die Repräsentanten des Volkes nicht einmal im Stande, das Uebel in seinem ganzen Umfange zu erblicken und zu beurtheilen. Es dünkt uns daher nichts natürlicher, als dass der erste Schritt zu einer wirklichen Besserung die Unterdrückung der geheimen Kassen seyn muss. Unmittelbar folgen muss die Revision und Modification der Institutionen des Landes, von welchen die Rätthe der Krone einen übermässigen, unnatürlichen Einfluss entlehnt haben, vermittelst dessen sie bis jetzt die verderblichsten Finanzpläne durchzusetzen wussten. Ohne diese vorangegangenen Hauptschritte wird man, so weit wir zu urtheilen vermögen, bei allem Streben nach einer Besserung nur Wasser in das Fass der Danaïden schöpfen.



Osiander, Heinrich Friedrich,

Geschichtliche Darstellung der niederländischen Finanzen vom Anfange des
Jahres 1830 bis Ende des Jahres 1833 Mit einigen Betrachtungen über das
niederländische Grundgesetz

Stuttgart, Amsterdam 1834

Belg. 196 q

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10274363-6